Unterrichtung

durch die Delegation der Bundesrepublik Deutschland in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Tagung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 11. bis 15. April 2011 in Straßburg

Inhaltsverzeichnis

	Seite	
I Teilnehmer	1	Abgeordneter Andrej Hunko (DIE LINKE.),
II Einführung	1	Abgeordnete Annette Groth (DIE LINKE.),
III Schwerpunkte der Beratungen	2	Abgeordneter Johannes Pflug (SPD),
IV Entschließungen und Empfehlungen ..	12	Abgeordnete Marina Schuster (FDP),
V Reden deutscher Delegations- mitglieder	57	Abgeordneter Bernd Siebert (CDU/CSU),
VI Mitgliedsländer des Europarates	69	Abgeordnete Karin Strenz (CDU/CSU),
VII Funktionsträger der Parlamentarischen Versammlung des Europarates	70	Abgeordneter Dr. Johann Wadephul (CDU/CSU),
		Abgeordneter Karl-Georg Wellmann (CDU/CSU),
		Abgeordnete Katrin Werner (DIE LINKE.).
		II Einführung
		Dem Europarat als ältester gesamteuropäischer Organisa-
		tion, die sich das Ziel gesetzt hat, Menschenrechte,
		Rechtsstaatlichkeit und parlamentarische Demokratie zu
		schützen und zu fördern, gehören derzeit 47 Mitgliedstaa-
		ten an. Nach der Satzung sind Organe des Europarates
		das Ministerkomitee und die Parlamentarische Versamm-
		lung. Das Ministerkomitee, in dem die Außenminister der
		47 Mitgliedsländer vertreten sind, ist das Organ des Euro-
		parates, das über die Arbeit der Organisation entscheidet.
		Die Parlamentarische Versammlung (ER PV) ist das
		beratende Organ des Europarates und wird auch als „de-
		mokratisches Gewissen Europas“ bezeichnet. Weitere
		Institutionen des Europarates sind insbesondere der Euro-
		päische Gerichtshof für Menschenrechte und der Men-
		schenrechtskommissar des Europarates.
		Die Parlamentarische Versammlung wählt unter anderem
		den Generalsekretär der Versammlung, den Menschen-
		rechtskommissar, sowie die 47 Richter des Europäischen
		Gerichtshofs für Menschenrechte. Außerdem wählt sie
		den mit weitreichenden Befugnissen ausgestatteten Gene-
		ralsekretär des Europarates. Dieses Amt hat derzeit der
		frühere Parlamentspräsident von Norwegen, Thorbjørn
		Jagland, inne. Die 318 Mitglieder der Versammlung wer-
		den von den nationalen Parlamenten aus ihren eigenen
		Reihen entsandt. Die deutsche Delegation besteht aus
		18 Mitgliedern des Deutschen Bundestages sowie deren
		Stellvertreterinnen und Stellvertretern.

I Teilnehmer

An der zweiten Teilsitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (ER PV) vom 11. bis 15. April 2011 in Straßburg nahmen die folgenden Mitglieder der deutschen Delegation teil¹:

Abgeordneter **Christoph Strässer** (SPD), stellvertretender Leiter der Delegation,

Abgeordnete **Doris Barnett** (SPD),

Abgeordnete **Marieluise Beck** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Abgeordnete **Viola von Cramon-Taubadel** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Abgeordneter **Axel E. Fischer** (CDU/CSU),

Abgeordneter **Erich G. Fritz** (CDU/CSU),

¹ Mitglieder der deutschen Delegation in der ER PV sind im Folgenden als Abgeordnete beziehungsweise Abgeordneter, Mitglieder anderer Delegationen in der ER PV als Delegierte beziehungsweise Delegierter bezeichnet.

Auf der Grundlage von Berichten, die von den Mitgliedern der nationalen Delegationen in der ER PV erarbeitet und in den Ausschüssen beraten werden, diskutiert und verabschiedet die ER PV Entschlüsse oder Stellungnahmen, die an die Parlamente der Mitgliedstaaten gerichtet sind. Des Weiteren gibt die ER PV zu unterschiedlichen Politikfeldern Empfehlungen an das Ministerkomitee ab. Für die Annahme einer Empfehlung ist eine Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich.

Die Mitglieder der ER PV gehören nicht nur ihren nationalen Delegationen an, sondern sind auch in politischen Gruppen organisiert. Derzeit gibt es in der ER PV die folgenden fünf politischen Gruppen: die Europäische Volkspartei (EPP/CD), die Gruppe der Europäischen Demokraten (EDG), die Sozialistische Gruppe (SOC), die Gruppe der Liberalen, Demokraten und Reformer (ALDE) und die Gruppe der Vereinigten Europäischen Linken (UEL).

Die Parlamente aus Israel, Kanada und Mexiko besitzen Beobachterstatus in der ER PV. Der Sondergaststatus des Parlaments von Belarus ist im Jahr 1997 ausgesetzt worden.

Als zusätzliches beratendes Organ des Europarates wurde 1994 der Kongress der Gemeinden und Regionen geschaffen. Er hat unter anderem die Aufgabe, die Teilhabe der Gemeinden und Regionen an den Aktivitäten des Europarates sicherzustellen.

III Schwerpunkte der Beratungen

In Mittelpunkt der zweiten Teilsitzung der ER PV 2011 standen der Bericht zur religiösen Dimension des interkulturellen Dialogs sowie die Debatten zur Situation in Nordafrika und zur Problematik der Ankunft einer großen Zahl illegaler Einwanderer, Asylsuchender und Flüchtlinge in den südlichen europäischen Küstenregionen. Zur Versammlung sprachen der Generalsekretär des Europarates, **Thorbjørn Jagland**, der türkische Ministerpräsident **Recep Tayyip Erdoğan**, und der Menschenrechtskommissar des Europarates, **Thomas Hammarberg**. Zum Bericht „Die religiöse Dimension des interkulturellen Dialogs“ nahmen Stellung: **Seine Seligkeit Daniel**, Patriarch der Rumänisch-Orthodoxen Kirche, **Seine Eminenz Kardinal Jean-Louis Tauran**, Präsident des Päpstlichen Rates für den interreligiösen Dialog des Vatikans, **Professor Mehmet Görmez**, Leiter des Präsidiums für Religionsangelegenheiten der Türkei, **Oberrabbiner Berel Lazar**, Oberrabbiner Russlands, sowie **Prälat Bernhard Felmberg**, Bevollmächtigter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union. Zum Bericht „Die Todesstrafe in den Mitgliedstaaten des Europarates und Ländern mit Beobachterstatus – eine inakzeptable Verletzung der Menschenrechte“ nahm der Präsident der Internationalen Kommission zur Abschaffung der Todesstrafe, **Frederico Mayor Zaragoza**, Stellung.

Der türkische Außenminister **Ahmet Davutoğlu** berichtete als Vorsitzender des Ministerkomitees über die Tätigkeit dieses Gremiums.

Für das von Norwegen zu besetzende Richteramt beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) wurde **Erik Mose** mit 93 von 154 abgegebenen Stimmen gewählt.

Die von der Versammlung angenommenen Entschlüsse und Empfehlungen sind in Kapitel IV in deutscher Übersetzung abgedruckt. Weitere Informationen zu der zweiten Teilsitzungswoche 2011 befinden sich in englischer und französischer Sprache unter <http://www.coe.int/>

Die religiöse Dimension des interkulturellen Dialogs (Empfehlung 1962)

In der Empfehlung geht die Versammlung auf die innerhalb des Europarates entwickelte positive Dynamik ein, die die Einbeziehung von Fragen im Zusammenhang mit dem interkulturellen Dialog und seiner religiösen Dimension begünstigt. Die Versammlung stellt fest, dass das Problem oft in der Einstellung gegenüber der Vielfalt liege. Daher müsse jeder lernen, seine Unterschiede positiv mit anderen zu teilen und andere mit ihren Unterschieden akzeptieren. Nur so könnten Gesellschaften aufgebaut werden, die zusammenhielten, die offen für Vielfalt seien und die Würde eines jeden Einzelnen respektierten. Die Versammlung empfiehlt dem Ministerkomitee, eine echte Partnerschaft für Demokratie und Menschenrechte zwischen dem Europarat, den religiösen Glaubensgemeinschaften und den wichtigsten humanistischen Organisationen zu fördern. Hierfür sollte das Ministerkomitee einen Arbeitsort für einen Dialog zwischen dem Europarat und hochrangigen Vertretern von Religionen und nicht-konfessionellen Organisationen einrichten. Darüber hinaus sollte das Ministerkomitee verstärkt die Arbeit des Europäischen Wergeland-Zentrums in Oslo unterstützen, so dass es in die Lage versetzt werde, mit den Mitgliedstaaten des Europarates bei Projekten zusammenzuarbeiten, die die interkulturelle und interreligiöse Dimension der Lehrer- und Erzieherausbildung betreffen.

In der Debatte führte Berichterstatterin **Anne Brasseur** (Luxemburg – ALDE) für den Ausschuss für Kultur, Wissenschaft und Bildung aus, der soziale Zusammenhalt einer Gesellschaft sei gefährdet, wenn sie von einigen religiösen Gruppierungen abgelehnt werde. Verschiedenheit dürfe nicht ignoriert oder als Bedrohung empfunden, vielmehr müsse sie als Bereicherung geschätzt werden. Die Aufgabe sowohl der ER PV als auch der religiösen Führer sei es, auf diese gesellschaftlichen Herausforderungen zu reagieren und Gemeinsamkeiten zu betonen, wobei alle Religionen die grundlegenden europäischen Werte und die EMRK respektieren sollten. Diskriminierung, Hass und Verachtung dürften nicht geduldet und die Religions- und Gewissensfreiheit müssten gefördert werden. Um international und regional Gespräche zwischen staatlichen und kirchlichen Vertretern zu ermöglichen, sollte sich der Europarat trotz der Trennung von staatlicher Macht und Religion mit der Thematik befassen. Auch auf anderen Ebenen sollten Foren für einen offenen Dialog, für den Bildung eine notwendige Voraussetzung sei, geschaffen werden. Die hochrangigen Vertreter der Kirchen sollten den Religionslehrern Kenntnisse über andere Religionen

vermitteln, so dass diese ihre Schüler anderer Religionszugehörigkeit besser verstehen und den Dialog mit anderen Glaubensrichtungen führen könnten.

In seiner Stellungnahme für den Politischen Ausschuss legte **Latchezar Toshev** (Bulgarien – EPP/CD) dar, Europa bilde eine multikulturelle Gemeinschaft, die sich trotz der ethnischen und religiösen Differenzen einer gemeinsamen Zukunft verschrieben habe. Daher bilde der interkulturelle Dialog das europäische Grundkonzept. Zwar hätten die europäischen Länder verschiedene historische Entwicklungen durchlaufen, das Bekenntnis zu gemeinsamen Werten eine sie jedoch. Auch habe der Säkularismus die gesellschaftliche Bedeutung der Religion nicht verringert. Glaubensgemeinschaften sollten sich somit verstärkt in die öffentliche Diskussion einbringen.

In seiner Stellungnahme erläuterte **Seine Seligkeit Patriarch Daniel von Rumänien**, er halte die religiöse Dimension für die tiefstreichende Dimension des interkulturellen Dialogs. Er begrüßte das Bemühen des Europarates, für die durch die religiöse Vielfalt zunehmende Bedrohung der sozialen Kohäsion Lösungen zu suchen. Die durch unterschiedliche Religionszugehörigkeit entstehenden Spannungen seien bislang von der Politik nur unzureichend berücksichtigt und erst durch gewaltsame Ausschreitungen in den Fokus gerückt worden. In vielen Ländern würden innerstaatliche Spannungen durch eine verstärkte Immigration und die damit einhergehende schwindende soziale Kohäsion zunehmen. Zentrale Fragen seien, wie Assimilation ohne Aufgabe der eigenen Identität möglich sei und wie nationale Identitäten gewahrt werden könnten. Es müsse sich eine Kultur der Koexistenz, die die Gesellschaft bereichern und zur Konfliktvermeidung beitrage, entwickeln. Dabei spiele Bildung eine entscheidende Rolle. Der Dialog könne jedoch nicht von außen gesteuert werden, sondern müsse aus der gemeinsamen Verantwortung von Kirchen, Staaten und internationalen Organisationen für das menschliche Leben und die Natur erwachsen.

Der Präsident des Päpstlichen Rates für interreligiösen Dialog, **Seine Eminenz Kardinal Jean-Louis Tauran**, legte dar, die Kultur stelle einen entscheidenden Bestandteil des Menschen und seines biologischen wie sozialen Daseins dar, wohingegen die Religion ein Mittel sei, mit dem die großen Fragen der Menschheit angesprochen werden könnten. Der christliche Glaube solle dem Menschen keine Vorschriften machen, sondern ihn an seine Verantwortung für sich und die Umwelt erinnern, sowie dem menschlichen Leben einen Sinn geben. Die ganze Menschheit könne davon profitieren, wenn die besten Inhalte einer jeden Religion vereinigt würden. Dies setze jedoch Bildung voraus. Die Wurzeln des Europarates seien christlich, auch wenn der Einfluss des Judentums, der arabischen Welt und der Aufklärung nicht übersehen werden dürften.

Der Leiter des Präsidiums für Religionsangelegenheiten der Türkei, Professor **Mehmet Görmez**, hob hervor, das Wesen der Religion sei nicht ursächlich für die hier angesprochenen Probleme. Religionen könnten erst dann zum Wohl der Gesellschaft beitragen, wenn Politik und reli-

giöse Institutionen in einen Dialog einträten. Die gegenwärtige Krise sei auch eine religiöse Krise, da Ideale wie Ehrlichkeit, Gerechtigkeit, Mitleid und Altruismus von der Religion vermittelt würden, und der Mensch durch das Fehlen der religiösen Erziehung nicht mehr auf das Leben in einer kulturell vielfältigen Umwelt vorbereitet werde. Die Grundaussagen der drei großen monotheistischen Religionen seien gleich und hielten den Menschen zu einem guten, familienzentrierten Leben, zu Respekt und Aufrichtigkeit gegenüber dem Nächsten sowie zur Ehrfurcht vor Gott an. Die islamische Geschichte sei von kultureller Vielfalt geprägt. Die Gesellschaften seien nach dem Motto „Zusammenleben als Gleiche in Würde“ ausgerichtet gewesen. Ob dies für Muslime heute gelte, sei jedoch fraglich. Dennoch müssten der Beitrag des Islams zum europäischen Erbe und seine kontinuierliche Präsenz in Europa anerkannt werden. Eine multikulturelle Gesellschaft könne nicht dadurch verwirklicht werden, dass religiöse Systeme von außen verändert würden, sondern nur dadurch, dass den Angehörigen fremder Kulturen erlaubt werde, sich in ihren spezifischen Ausdrucksweisen mitzuteilen und die Zukunft durch aktive Teilhabe zu gestalten. Aufgabe der religiösen Autoritäten sei es, die kulturelle Vielfalt Europas nicht dem hegemonialen Diskurs zu opfern, sondern auf eine Verbesserung des gesellschaftlichen Zusammenlebens hinzuwirken.

Der Oberrabbiner von Russland, **Oberrabbiner Berel Lazar**, erklärte, ein Fehlschlagen des Multikulturalismus bedeutete auch ein Scheitern Europas. Dies könne verhindert werden, indem die Staaten Europas zusammenhielten und Verständnis füreinander entwickelten. Über die Ursachen der jüngsten Entwicklungen bestünden jedoch verschiedene Ansichten. Während einige den religiösen Extremismus verantwortlich machten, seien für andere Xenophobie und die Einschränkung der Religionsfreiheit entscheidende Faktoren. Der Talmud sehe die Gemeinsamkeit aller Menschen, die trotz der Unterschiede und der a priori gegebenen Vielfalt existiere, in der Abstammung alles Menschlichen von Adam und Eva. Mit dieser Gemeinsamkeit müsste Verständigung grundsätzlich möglich sein. Sowohl die Einstellung, dass alle nach einer Wahrheit leben müssten, als auch das völlige Desinteresse an den Lebensformen der Nachbarn sei gefährlich. Um die Toleranz alternativer Wege zu Gott und den missionarischen Aspekt von Religionen zu vereinen, seien vor allem Respekt, Liebe und Zusammenarbeit notwendig, welche von frühester Kindheit an vermittelt werden sollten.

Prälat Bernhard Felmborg, Bevollmächtigter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union, führte aus, durch die Globalisierung hätten die Kontakte zwischen den verschiedenen Religionen zugenommen, gleichzeitig würden sie jedoch immer noch als exotisch empfunden. Je enger eine Religion an eine fremde Kultur gebunden sei, desto schwerer fiele der Dialog. Der interreligiöse Dialog besitze daher auch eine kulturelle Dimension. Es sei wichtig zu erkennen, dass sich die Persönlichkeit eines Menschen aus sehr unterschiedlichen Aspekten zusammensetze. Die religiöse Identität sei nur heranzuziehen, wenn es der Problemlösung diene, und

dürfe nicht wahllos bei allen mit Migration und Integration verbundenen Fragestellungen als Begründung genutzt werden. Die Überbetonung einzelner Facetten der Persönlichkeit fördere Stereotypisierungen und sei zu vermeiden. Auch wenn sich der Europarat und die EU auf gemeinsame Werte konzentrierten, liege ihre Stärke in der Pluralität, die in grundlegenden Gesetzestexten als förderungswürdig herausgestellt werde. Die freie Religionsausübung sei das zentrale Menschenrecht, das vom Staat geschützt werden müsste. Da der Staat kein Kernelement des menschlichen Lebens ignorieren könne, müsse er sich mit Religion auseinandersetzen und ihr positiv gegenüber treten, zugleich aber die Neutralität gegenüber den verschiedenen Religionen wahren. Der Staat dürfe nicht eine Religion schützen und andere ausschließen, sondern müsse Religion an sich schützen. Durch ihr soziales und gesellschaftliches Engagement trügen die Kirchen zum gesellschaftlichen Leben bei, sie könnten jedoch nicht eine soziale Arbeit leisten, ohne den Kontext anzusprechen, der die soziale Not bedinge. Die Foren für den interreligiösen Dialog seien vielfältig geworden; um Ergebnisse zu erzielen, sei es jedoch wichtiger, die Kräfte zu konzentrieren, als noch mehr Gremien zu schaffen.

Delegierter **Edward Leigh** (Vereinigtes Königreich – EDG) vertrat in der Diskussion die Ansicht, nicht die religiöse Vielfalt, religiöse Anschauungen oder Konflikte zwischen den Religionen stellten das Problem dar, sondern vielmehr die Gleichgültigkeit eines großen Teils der europäischen Bevölkerung. Es sei Aufgabe der Parlamentarier, Sachverhalte in aller Deutlichkeit anzusprechen und falls notwendig, die politische Korrektheit fallen zu lassen. Zentraler europäischer Wert müsste die Freiheit bleiben, die auch die Meinungsfreiheit desjenigen einschließe, der eine andere Meinung in Religionsfragen vertrete. Im Verlauf der Debatte wurde die Einrichtung eines Diskussionsforums mit Vertretern des Europarates, der nationalen Regierungen und der Religionsgemeinschaften zum Austausch und zur Verständigung über bewährte Praktiken begrüßt. Delegierter **Denis Badré** (Frankreich – ALDE) erläuterte, religiöse Praktiken könnten nicht im Widerspruch zur demokratischen Gesellschaftsordnung stehen, da erst die religiösen Werte der Gesellschaft eine menschliche Dimension verliehen. Bildung sei notwendig, um möglichst früh intellektuelle Neugierde auf andere Religionen zu wecken. Delegierte **Josette Durrieu** (Frankreich – SOC) wies darauf hin, dass religiöse Anschauungen in der Vergangenheit nicht immer mit den Menschenrechten übereingestimmt hätten. Auch das religiöse Recht müsse die Menschenrechte einschließen. Delegierte **Lise Christoffersen** (Norwegen – SOC) bedauerte das Fehlen einer weiblichen Stimme unter den Eröffnungsrednern und warnte vor einem Dialog, der die Hälfte der Gesellschaft ausschließe. Zudem habe ein Vertreter der humanistischen ethischen Philosophie gefehlt. Delegierte **Karin Andersen** (Norwegen – UEL) hob hervor, dass vor allem Parlamentarier über die verschiedenen Religionen informiert sein müssten, da sie weitreichende politische Entscheidungen zu treffen hätten und im Leben der Menschen eine Vorbildfunktion einnähmen. Viele Glaubensgemeinschaften schienen in Hinblick

auf die Gleichberechtigung von Mann und Frau eher konservativ, doch dürften religiöse Anschauungen keinesfalls im Widerspruch zu den Menschenrechten stehen. Delegierter **João Bosco Mota Amaral** (Portugal – EPP/CD) erklärte, dass mit der Säkularisierung versucht worden sei, Religion zu einer Privatangelegenheit zu machen. Die soziale Komponente dürfe jedoch nicht vernachlässigt werden. Die Trennung von Staat und Religion sei notwendig, um die Religionen unterschiedslos zu behandeln und die Freiheit des Bürgers zu respektieren. Abgeordnete **Marina Schuster** betonte die Bedeutung der Debatte und hob hervor, Toleranz dürfe nicht mit Gleichgültigkeit verwechselt werden. Sie ging auf den Bericht ein und führte aus, sein Schwerpunkt liege berechtigterweise auf den Themen Dialog und Bildung. Lernprozesse seien sowohl interreligiös als auch intrareligiös notwendig und besonders den Schulen komme dabei eine wichtige Rolle zu. Delegierter **Mike Hancock** (Vereinigtes Königreich – ALDE) bemängelte, dass es zwar den Vertretern der Kirchen gestattet worden sei, ihre religiösen Gewänder hier im Sitzungssaal zu tragen, dieses Recht jedoch einer verschleierten Frau wahrscheinlich nicht zugestanden worden wäre. Er kritisierte zudem, dass Frauen nicht ausreichend berücksichtigt würden und die Kirchenvertreter soziale Probleme nicht ausreichend thematisierten. Für eine ernsthafte Debatte zur Bedeutung der Religionen sei es notwendig, dass die Kirchen zuvor ihre historischen und gegenwärtigen Unzulänglichkeiten und Versäumnisse aufarbeiteten. Die Aussagen der Kirchenoberhäupter seien unglaubwürdig, da aus ihnen keine Konsequenzen für reales Handeln gezogen würden. Delegierter **Birgen Keleş** (Türkei – SOC) hob hervor, für einen Dialog der Religionen müsse der Eindruck vermieden werden, dass einzelne Religionen besonders von Terrorismus, Radikalität und Fundamentalismus betroffen seien. In den Texten der ER PV entstehe jedoch der Eindruck, dass diese Phänomene ausschließlich in der muslimischen Welt anzutreffen seien.

Rede von Recep Tayyip Erdoğan, Premierminister der Türkei

Der türkische Premierminister **Recep Tayyip Erdoğan** würdigte die Verdienste des Europarates für den Schutz der Menschenrechte. Unter Verweis auf die Debatte zur religiösen Dimension des interkulturellen Dialogs erläuterte er, die muslimische Welt sei stark von den Kreuzzügen geprägt. Die Kreuzzüge dürften jedoch nicht nur als Konflikte verstanden werden, da sie vielfältige Interaktionen zweier Kulturkreise und so auch Austausch, die Feststellung von Gemeinsamkeiten und das Lernen vom Anderen ermöglicht hätten. Die Betonung von Gemeinsamkeiten, wie die auch im Rahmen der Europäischen Union und des Europarates erfolge, sei die Grundlage für eine friedliche Zukunft. Die Türkei sei das einzige Land, in dem Säkularismus, Demokratie und Islam harmonisch nebeneinander existierten. Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte könnten sich in einer globalisierten Welt über die ganze Erde verbreiten. Gleichzeitig bedrohten aber auch die Probleme grenzüberschreitend Stabilität und Ordnung. Daher könne eine

Welt mit großen Disparitäten nicht nachhaltig existieren. Auch Europa dürfe sich nicht zurückziehen, sondern sollte in Nordafrika die europäischen Werte verteidigen. Im Zentrum müsste hierbei das Wohlergehen der Menschen stehen und nicht die Ölreserven der Region. Die Ansicht, dass Demokratie im Mittleren Osten aufgrund der kulturellen Unterschiede nicht existieren könne, habe sich als falsch erwiesen. Eine Unterstützung durch europäische Staaten in der Region müsse jedoch humanitär sein, ein militärisches Eingreifen sei keine Option. Die Türkei unterstütze die Resolutionen 1970 und 1973 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zu Libyen und setze sich als Vermittler für die Stabilität in der Region ein. Da sie gute Kontakte zu den Ländern der Region und zur EU besitze und Mitglied im Europarat sei, nehme die Türkei eine wichtige Position ein. Zudem agiere sie unabhängig von eigenen Interessen und ohne Partei zu ergreifen. Sie spiele daher eine wichtige Rolle für den Frieden, die Stabilität und die Ordnung in der Region. Die Türkei sei aufgrund ihrer friedenserhaltenden Funktion auch für die EU wichtig und der Beitritt der Türkei zur EU alternativlos. Ein weiteres Argument für einen Beitritt sei die ökonomische Stärke der Türkei. Die türkische Wirtschaft habe die Folgen der Wirtschaftskrise überwunden und befinde sich wieder im Wachstum. Durch Reformen seien Fortschritte in den Bereichen Demokratisierung, Bekämpfung von Korruption und Armut sowie Sicherung der persönlichen Freiheiten erzielt worden. Auch herrsche inzwischen Presse- und Meinungsfreiheit. Die Inhaftierung von 26 Journalisten in der Türkei habe nichts mit deren Beruf zu tun, sondern vielmehr werde ihnen eine Verwicklung in das organisierte Verbrechen vorgeworfen. Er begrüße es, dass der Europarat eine Abordnung entsenden werde, um sich ein objektiveres Bild von der Lage zu machen.

Gefragt nach der Rolle der Türkei im Mittelmeerraum antwortete Premierminister **Recep Tayyip Erdoğan**, die Länder der Region besäßen großes Potential. Die Solidarität mit ihnen sowie die internationale Kooperation seien dringend notwendig. Die Türkei habe zwar vorgeschlagen, dass die NATO bei der Umsetzung der Resolutionen 1970 und 1973 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen die Verantwortung übernehmen solle, die Arabische Liga, die Afrikanische Union, die Organisation der Islamischen Konferenz und der Golfkooperationsrat müssten jedoch einbezogen werden. Dadurch könne eine Situation wie im Irak oder in Afghanistan vermieden werden. Auf die Frage des Delegierten **Andreas Gross** (Schweiz – SOC), ob es möglich sei, dass die Richter Ermittlungsverfahren nutzten, um die Meinungsfreiheit kritischer Intellektueller zu beschneiden, antwortete der Premierminister, dass die Richter im Falle einer Anklage auch Untersuchungen einleiten müssten. Die Rechtsprechung sei unabhängig und entscheide selbst, wann sie aktiv werde. Die jüngsten Verhaftungen hätten jedoch nichts mit der Pressefreiheit zu tun, sondern seien im Zusammenhang mit Vorbereitungen zu einem Putschversuch erfolgt. Er hoffe auf eine rasche Beendigung des Falls, da er die Bedenken anderer Delegierter hinsichtlich der langen Dauer der Inhaftierungen teile. Zur Frage nach den

konkreten Schritten, die die Türkei alleine und in Kooperation mit der Arabischen Liga zur Förderung der Demokratie im Mittelmeerraum plane, führte der Premierminister aus, dass er zunächst die türkischen demokratischen Institutionen verbessern wolle und Verfassungsreformen anstrebe. Die türkische Gesellschaft habe sich in den letzten Jahren vor allem durch den direkten Dialog der Regierung mit den Bürgern und die Berücksichtigung aller Bevölkerungsgruppen zu einer offenen Gesellschaft gewandelt. Auch würden Minderheiten respektiert. Delegierter **Tiny Kox** (Niederlande – UEL) fragte, wann der Premierminister das Versprechen einlösen werde, die Zehn-Prozent-Klausel im türkischen Wahlsystem zu senken. Der Premierminister antwortete, dass seine Partei trotz dieser Hürde an die Macht gelangt sei, was zeige, dass diese Grenze kein Hindernis für die Gründung einer politischen Partei und deren schnellen Machtgewinn darstelle. Ähnliche Schwellen existierten auch in anderen Ländern Europas. Er habe beschlossen, um der Sicherheit und der Stabilität des Landes willen den Schwellenwert beizubehalten und um Koalitionsregierungen zu vermeiden. Dieser Wert könnte jedoch zur rechten Zeit gesenkt werden. Zentral sei, dass in seinem Lande keine Parteien verboten würden und jeder das Recht habe, eine politische Partei zu gründen. Auf die Frage der Delegierten **Muriel Marland-Militello** (Frankreich – EPP/CD), wie der Premierminister garantiere, dass alle türkischen Bürger, auch Angehörige einer religiösen Minderheit, Zugang zu religiösen Stätten hätten und ihre Religion frei ausüben könnten, antwortete der Premierminister, religiöse Minderheiten könnten ihre Religion praktizieren und würden sogar von der türkischen Regierung gefördert. Er verwies auf die freie Wahl des orthodoxen Patriarchen, die Billigung von Gottesdiensten durch die Regierung sowie die finanzielle Unterstützung der Restaurierung eines armenisch-orthodoxen Gotteshauses. Die gegenwärtige Regierung habe die freie Religionsausübung erst ermöglicht und er halte es für respektlos, Behauptungen über die Einschränkung der Religionsfreiheit aufzustellen. Gefragt zur kulturellen Assimilation und zur Integration von Migranten, stellte der Premierminister heraus, dass er sowohl bei im Ausland lebenden Türken, als auch bei in der Türkei lebenden Ausländern gegen Assimilation sei, da er dies als Verbrechen gegen die Menschlichkeit betrachte. Integration solle jedoch stattfinden, weshalb er die im Ausland lebenden Türken regelmäßig dazu aufrufe.

Dringlichkeitsdebatte: Die Ankunft vieler illegaler Einwanderer, Asylsuchender und Flüchtlinge in den südlichen europäischen Küstenregionen (Entschließung 1805, Empfehlung 1967)

In der Entschließung warnt die Versammlung vor einer möglichen Verschärfung der Situation durch steigende Flüchtlingszahlen und erinnert an die gemeinsame Verantwortung für die humanitäre Lage der Flüchtlinge. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, ihre Verantwortung anzuerkennen, die erforderlichen Leistungen zu erbringen und das Recht auf einen fairen Asylantrag zu gewähren. Um den Strom der Flüchtlinge einzudämmen, wird zu-

dem zur Unterstützung der Herkunftsländer und zu verbesserten Möglichkeiten einer regulären Migration aufgerufen.

Die Versammlung empfiehlt dem Ministerkomitee, verantwortliche Personen und Gremien auf nationaler wie internationaler Ebene zusammenzubringen, so dass diese mit den zuständigen Organen des Europarates bewährte Praktiken der Kooperation untersuchen und Minimalstandards formulieren könnten. Diese Expertenrunde sollte außerdem die Erwartungen an die Mitgliedstaaten definieren.

Für den Ausschuss für Wanderbewegungen, Flüchtlings- und Bevölkerungsfragen legte die Berichterstatterin **Tineke Strik** (Niederlande – SOC) dar, der Europarat begrüße die Forderung der Menschen in den arabischen Ländern und Nordafrika nach mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und hoffe, die Bemühungen mögen zu den gewünschten Ergebnissen führen. Die Entwicklungen hätten jedoch auch unerwünschte Nebeneffekte, zu denen der anhaltende Flüchtlingsstrom aus diesen Ländern zähle. Die Flüchtlinge hätten sich aus verschiedenen Gründen nach Europa aufgemacht. Bei den Flüchtlingen aus Libyen handele es sich vorwiegend um Arbeitsmigranten aus Drittländern und Flüchtlinge aus Somalia, Äthiopien und dem Tschad, die aufgrund der Vereinbarungen zwischen dem italienischen Ministerpräsidenten und dem libyschen Staatschef Gaddafi nicht aus Libyen hätten ausreisen können. Inzwischen zögen sie den Zorn der libyschen Bevölkerung auf sich, da sie als Handlanger Gaddafis betrachtet würden. Doch seien auch Libyer, die wegen der Kriegshandlungen geflohen seien, unter den Flüchtlingen. Aus Tunesien und Ägypten kämen vor allem Wirtschaftsflüchtlinge und Menschen mit dem Wunsch nach einer besseren humanitären Versorgung. Tunesien und Ägypten könnten trotz aller Bemühungen die Belastungen durch den Flüchtlingsstrom nicht alleine tragen. Um deren Streben nach Demokratie zu unterstützen, müssten die europäischen Länder humanitäre Hilfe leisten. Den Flüchtlingen müsse das Recht auf ein geregeltes Asylverfahren gewährt werden, weshalb FRONTEX nur dann unterstützt werden könne, wenn die Agentur im Einklang mit der Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention handele. Auch wenn die Pflicht zum Schutz der Flüchtlinge nicht verhandelbar sei, dürfe die problematische Situation der südeuropäischen Staaten nicht ignoriert werden. Diese dürften nicht aufgrund ihrer geographischen Lage die volle Last zu tragen haben; vielmehr sei europäische Solidarität gefordert. Dies könne durch die Unterstützung von FRONTEX geschehen, doch auch Maßnahmen wie die Auf- oder Übernahme von Flüchtlingen aus Italien und Malta oder die Aussetzung der Dublin-Vereinbarung seien notwendig. Um noch größere Zahlen von Flüchtlingen aufzufangen, könnte die EU die „Vorübergehende Schutzrichtlinie“ (*Temporary Protection Directive*) anwenden und befristet Asylverfahren für Libyer ermöglichen, wodurch ankommende Libyer geschützt, die Destabilisierung in Nordafrika verhindert und die humanitäre Situation verbessert würden. Eine Verbesserung der allgemeinen Lebensumstände in Afrika würde zu einer nachhaltigen Präven-

tion der Migration führen; zunächst müsse jedoch ein menschenwürdiger Umgang mit den bereits in Europa befindlichen Migranten gefunden werden.

Delegierte **Nursuna Memecan** (Türkei – ALDE) unterstrich, der Bericht stelle bei der Betrachtung der Lage in Nordafrika den humanitären Aspekt über wirtschaftliche und politische Gesichtspunkte. Migranten aus Nordafrika müsse Schutz gewährt werden, auch wenn dadurch den Mitgliedsländern des Europarates Kosten entstünden. Neben nationalen Initiativen seien koordinierte Maßnahmen auf internationaler Ebene notwendig. Europa müsse seine Tore offen halten, aber auch die Möglichkeiten des Missbrauchs dieser Freizügigkeit berücksichtigen und diese soweit möglich verhindern. Delegierte **Karin Andersen** (Norwegen – UEL) rief das Ministerkomitee sowie den Präsidenten und den Generalsekretär der Versammlung dazu auf, schnellstmöglich eine Institution zu bestimmen, die die Flüchtlingsfrage behandeln und Maßnahmen zur internationalen Verteilung der Verantwortlichkeit erarbeiten solle. Auch Länder, die nicht der EU angehörten, müssten in das Vorgehen einbezogen werden. Wichtig sei, sowohl die Motive der Flüchtlinge zu berücksichtigen und weitere Massenfluchten zu verhindern, als auch die gegenwärtige Notlage zu bedenken und humanitäre Hilfe zu leisten. Auch wenn die Veränderung der Dublin-Vereinbarung inzwischen als notwendig erkannt worden sei, erfordere die Situation vor allem schnelle, effektive Maßnahmen. Delegierter **Pietro Marcenaro** (Italien – SOC) hob hervor, dass vor allem weitere Tote auf der Überfahrt von Afrika nach Europa verhindert und die Arbeit der Schleuser unterbunden werden müssten. Des Weiteren müssten die Möglichkeiten einer legalen Einreise verbessert werden. Delegierter **James Clappison** (Vereinigtes Königreich – EDG) hob hervor, dass eine vereinfachte legale Einreise keine Alternative sei, da zu viele Menschen nach Europa migrieren wollten und nicht alle aufgenommen werden könnten. Zudem könne eine erleichterte Einreise noch mehr Nachfrage verursachen. Stattdessen seien die Einreisekontrollen zu verstärken und ein kontrolliertes Zuwanderungssystem zu schaffen. Wichtig sei die Unterscheidung der Migration aus wirtschaftlichen Gründen von der Flucht vor Konflikten oder Verfolgung. Konflikte wie der in Libyen würden manchmal als Deckmantel für die Migration aus ökonomischen Gründen genutzt, weshalb eine strenge Zuwanderungskontrolle notwendig sei. In humanitären Notlagen wie dieser dürfe man jedoch nicht zögern, Hilfe anzubieten. Delegierte **Carina Hägg** (Schweden – SOC) vermisste in dem Bericht Aussagen, die die sexuelle Gewalt gegen Frauen in bewaffneten Konflikten verurteilten und zu Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen nach sexuellen Übergriffen aufriefen. Sexuelle Gewalt gegen Zivilisten könne nach der Resolution 1820 der Vereinten Nationen als Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit geahndet werden. Da sexuelle Gewalt bereits vor dem Internationalen Strafgerichtshof behandelt worden sei, sollten auch die Vergehen im Libyen-Konflikt vor Gericht gestellt werden. Delegierte **Karin S. Woldseth** (Norwegen – EDG) hob hervor, dass es in Ländern, die noch immer unter den Folgen der Wirtschaftskrise und hoher Arbeitslosigkeit

litten, zu neuen Konflikten zwischen Einheimischen und Flüchtlingen kommen könne, wenn diese zusätzlich viele Flüchtlinge aufnehmen. Auch Delegierter **Edward Leigh** (Vereinigtes Königreich – EDG) stellte aufgrund der begrenzten Aufnahmekapazität vieler europäischer Länder die Umsetzung des Berichts in Frage und sprach sich stattdessen dafür aus, die Lebenssituation in Nordafrika zu verbessern. Delegierter **Maximilian Reimann** (Schweiz – ALDE) kritisierte, Italien habe mit der Ausstellung von vorläufigen Aufenthaltsbewilligungen einseitig das Schengen/Dublin-Abkommen außer Kraft gesetzt, was noch mehr Menschen zur Migration ermuntere. Die Delegierte **Patrizia Bugnano** (Italien – ALDE) erinnerte daran, dass das Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe in einem Bericht vom April 2010 die fragwürdige Menschenrechtslage in Libyen festgestellt habe. Die Berichterstatterin **Tineke Strik** (Niederlande – SOC) führte aus, nach der Dublin-Vereinbarung müssten Asylsuchende aufgenommen werden und dürften daher nicht nach Italien oder Malta zurückgeführt werden. Auch wenn diese beiden Länder Anerkennung für ihre Bemühungen um eine würdevolle Behandlung der Flüchtlinge verdienten, sei zu befürchten, dass mittelfristig die Verpflichtungen vorsätzlich oder aufgrund der hohen Zahl der Flüchtlinge nicht mehr eingehalten würden. Delegierter **Christopher Chope** (Vereinigtes Königreich – EDG) informierte, der Ausschuss habe einen Ad-hoc-Ausschuss eingerichtet, der Ende Mai auf Einladung der italienischen Delegation nach Lampedusa fahren werde. Zudem seien Berichte des Ausschusses zur Lastenteilung und zur Behandlung der Flüchtlinge auf See in Planung.

Aktualitätsdebatte: Die Situation in Nordafrika

Delegierter **Andreas Gross** (Schweiz – SOC) erläuterte, die Versammlung müsse sich nicht nur mit den häufig als Bedrohung empfundenen Flüchtlingsströmen, sondern auch mit der Prävention von Massenmigration beschäftigen. Wirksamste Präventionsmaßnahme gegen Massenmigrationen sei die Förderung der Demokratie, die zum Beispiel durch die Unterstützung engagierter Gruppen in den jeweiligen Ländern geleistet werden könne. Hierzu sei jedoch ein Verständnis der Situation notwendig. Den Umsturzbestrebungen lägen vielerlei Missstände zugrunde, die durch politische Bevormundung, Armut, Arbeitslosigkeit, Korruption, Despotismus, Repression und willkürliche Maßnahmen der Sicherheitsdienste zur Entwürdigung der Bürger geführt hätten. Das zentrale Motiv für den Aufstand sei der Kampf für die Menschenwürde, die auch in Europa einen hohen Stellenwert besitze. Die Aufständischen orientierten sich an denselben Werten, die Europa in Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten verwirklicht sehe. In der Zukunft werde die Rolle des Religiösen an Bedeutung gewinnen, da die Länder lernen müssten, ohne die Diktaturen, die eine konfessionelle Spaltung bislang verhindert hätten, friedlich zusammenzuleben. Die Unterstützung der jungen Menschen in den Ländern Nordafrikas sei alternativlos. Delegierter **Tiny Kox** (Niederlande – UEL) ging auf die Beziehungen Europas zu den nordafrikanischen Ländern ein und

sprach sich für deren Neudefinition aus. Da die europäischen Regierungen viel zu lange die Diktatoren dort gestützt hätten, solle Europa Bescheidenheit zeigen. Das erste Mal treffe nun die Bevölkerung selbst Entscheidungen über die Zukunft. Der Europarat solle derjenigen gedenken, die in diesem Prozess für die Grundwerte des Europarates, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, gestorben seien. Die neu entstehenden Demokratien müssten unterstützt werden. Diese Unterstützung könne auch das Angebot einer „Partnerschaft für Demokratie“ durch die ER PV beinhalten. Er forderte eine Beendigung der Bombardierung Libyens durch die NATO, da das Ziel der Mission vorrangig der Schutz der Zivilbevölkerung, nicht deren Bewaffnung oder die Bereitstellung einer Luftwaffe gewesen sei. Wegen der unvorhergesehenen Veränderungen in der arabischen Welt forderte Delegierter **Egidijus Vareikis** (Litauen – EPP/CD) eine Neuausrichtung der Außenpolitik des Europarates und eine Überprüfung seiner Beziehungen zu Staaten, die nicht an seinen Grundwerten orientiert seien. Der Europarat dürfe die Wahrung der Stabilität nicht über den Schutz der Menschenrechte stellen. Der Einsatz der Menschen in Nordafrika müsse respektiert und unterstützt werden. Humanitäre Hilfe sei allein nicht ausreichend, auch politische Unterstützung müsse angeboten werden. Er forderte eine aktive Beteiligung des Europarates bei der Gestaltung einer neuen Ordnung in Nordafrika. Er warnte, dass eine abwartende Haltung oder Unterstützung für autokratische Regime das Entstehen islamistischer Staaten begünstigen könne. Für Delegierten **Lord Donald Anderson** (Vereinigtes Königreich – SOC) seien die bisherigen Versuche Europas zur Zusammenarbeit mit den nordafrikanischen Staaten gescheitert. Delegierter **Roger Gale** (Vereinigtes Königreich – EDG) forderte eine Stärkung der Wirtschaft in Nordafrika, um größere Flüchtlingsströme aus diesen Ländern zu verhindern. Dies könne durch den Aufbau von Vertrauen in die Tourismus-Industrie geschehen, die einen bedeutenden Sektor der Wirtschaft in den betroffenen Ländern darstelle. Abgeordnete **Marina Schuster** betonte den Mut der Demonstranten in den arabischen Ländern und verurteilte die Eskalation der Gewalt in einigen Ländern. Vor allem für die Zivilgesellschaft sei es wichtig, dass die ER PV ein deutliches Signal zur Unterstützung der Demokratiebewegungen sende. Dies solle durch aufrichtige Angebote zur Zusammenarbeit, zum Beispiel bei den Reformen des Wahlrechts und bei den Vorbereitungen der Wahlen, geschehen. Auch die Europäische Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission) solle eingebunden werden. Wichtig sei, dass die Oppositionsparteien bei den Wahlen eine gleichberechtigte Chance zur Kandidatur bekämen. Dazu sei ein offener Dialog der Zivilgesellschaften der einzelnen Länder notwendig, in dem auch Minderheiten ein Mitspracherecht erhalten müssten. Langfristig sei der Erfolg nur mit einer ökonomischen Perspektive möglich, weshalb die EU zudem ihre Handelsbeschränkungen überprüfen müsse. Delegierter **Bernard Fournier** (Frankreich – EPP/CD) mahnte, die Versammlung dürfe nicht so naiv sein anzunehmen, dass alle arabischen Länder sich nun zu Demokratien entwickeln würden. Aufgrund der jahrelangen

Unterdrückung gebe es in vielen Ländern keine Eliten, die jetzt Verantwortung übernehmen könnten. Auch die in den Zivilgesellschaften Engagierten würden mangels politischer Erfahrung nicht über Nacht zu politischen Führungsfiguren. Delegierter **Pietro Marcenaro** (Italien – SOC) bemängelte, dass Europa die arabische Welt bislang nur unter dem Gesichtspunkt der Terrorismusgefahr betrachtet und darüber andere Themen und interne Prozesse vernachlässigt habe. Europa habe nun durch die Unterstützung der arabischen Länder bei der Demokratisierung die Möglichkeit, wieder gut zu machen, was bei der demokratischen Bewegung in Iran im Juni 2009 versäumt worden sei. Delegierte **Carina Hägg** (Schweden – SOC) wies darauf hin, dass Befreiung und Demokratie für alle, auch für Frauen, erreicht werden müsse. Frauen seien zwar an den Demonstrationen beteiligt gewesen, würden bei der Neugestaltung der Gesellschaft aber nicht ausreichend berücksichtigt. Dies dürfe der Europarat nicht dulden und daher solle er das Thema bei den Beratungen zu Verfassungs- und Gesetzesreformen einbringen.

Die Überschuldung der Staaten: Eine Gefahr für Demokratie und Menschenrechte (Empfehlung 1961)

Die Versammlung empfiehlt, dass das Ministerkomitee die Regierungen der Mitgliedstaaten auffordert, bei staatlichen Bürgschaften für vollständige Transparenz und Rechenschaftspflicht zu sorgen, sowie Pläne zu erarbeiten, um die Anzahl der Bürgschaften zu reduzieren. Des Weiteren fordert sie, die durch Sparmaßnahmen hervorgerufenen Belastungen gerecht auf die Bevölkerung zu verteilen und diese nicht auf besonders gefährdete Gruppen zu beziehen.

In der Debatte bezeichnete Abgeordneter **Andrej Hunko** das Ergebnis des isländischen Referendums zur Übernahme der Icesave-Schulden, bei dem 60 Prozent der Bevölkerung mit „Nein“ gestimmt hätten, als ein wichtiges Signal in der Frage der Übernahme von Schulden privater Banken durch die öffentlichen Haushalte. Er forderte eine Beendigung des Prinzips der Privatisierung von Gewinnen und der Sozialisierung von Verlusten. Wenn die Verluste der Finanzkrise auf die öffentlichen Haushalte abgewälzt würden, sei die Gefahr groß, dass der demokratische Spielraum der Parlamente immer weiter eingeschränkt werde. Er sprach sich für eine Umschuldung aus, die in einigen Staaten unvermeidbar sei, wenn Einschnitte in soziale Rechte vermieden werden sollten. Er verwies auf die Entschließung 1673 („Die Finanzkrise – eine Herausforderung für die Institutionen der Weltwirtschaft“), in der regulierende Mechanismen für die Finanzmärkte gefordert würden. Mechanismen seien aber notwendig, damit eine Krise wie die von 2008 und die damit verbundenen Konsequenzen für Demokratie und Menschenrechte sich nicht wiederholten. Er ging auf den gewachsenen Einfluss der Finanzmärkte auf die demokratischen Institutionen ein und führte aus, es dürfe nicht sein, dass nationale und europäische Parlamente und Regierungen angstvoll auf die Eröffnung der Märkte schauten, um dann sehr weitreichende Entscheidungen aus der Befürchtung heraus zu treffen, dass die Märkte ansonsten in

Turbulenzen gerieten. Dies sei kein demokratisch akzeptabler Zustand. Es müsse sichergestellt werden, dass diejenigen, die am wenigsten Schuld an der Staatsverschuldung und der Krise hätten, nicht dafür zur Kasse gebeten würden. Problematisch sei die Kombination von Staatsverschuldung mit Austeritätsprogrammen, die die Regierungen dazu zwängen, soziale Rechte in Frage zu stellen. Abgeordneter **Dr. Johann Wadepful** führte aus, die Staatsverschuldung sei für die Staaten ein grundlegendes Problem, das die Demokratie, die Menschenrechte und den Rechtsstaat bedrohe. Ein Staat, der nicht in der Lage sei, seine Staatsdiener zu bezahlen und für die Ärmsten der Armen sowie für Bildungsgerechtigkeit zu sorgen, verliere an Vertrauen bei seinen Staatsbürgern. Ein Staat betreibe keine nachhaltige Politik, wenn er nicht an die nachfolgenden Generationen denke und sich mit Krediten finanziere, die die Kinder und Enkelkinder begleichen müssten. Er forderte die Regulierung der Finanzmärkte und der Banken sowie eine Kontrolle der Spekulation und der Rating-Agenturen. Jedoch seien die Euro-Zone und die EU damit überfordert, so dass eine weltweite Regelung notwendig sei. Zumindest sei die G20-Gruppe gefordert, strengere Regulierungen zu vereinbaren. Er führte aus, einige Staaten hätten in der Vergangenheit zu viele Schulden gemacht, darunter auch Deutschland. Aber es gebe Staaten, die ihre Schulden nicht mehr bedienen könnten, und deswegen zu Spekulationsobjekten würden. Die wichtigste Folgerung daraus sei, dass die Staatsverschuldung an sich bekämpft werden müsse. Abgeordnete **Annette Groth** verwies auf die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich, die die Demokratie gefährde. Sie kritisierte, dass der Bericht nicht ausführlicher den Beitrag der Militärausgaben zu den wachsenden Schulden behandle. Allein Deutschland gebe jeden Tag hundert Millionen Euro für das Militär aus. Dort gebe es ein großes Einsparpotenzial. Stattdessen werde nur von Bildungs-, Renten- und Gesundheitskürzungen gesprochen, was der falsche Weg sei. Sie warnte vor der Gefahr der „Sündenbockmentalität“ und erklärte, Menschen, die mit ihrer Situation unzufrieden seien und bemerkten, dass sie durch Steuern und andere Belastungen immer mehr an den Staatsausgaben beteiligt würden, suchten dafür Schuldige. Dies sei in Russland, Ungarn, Deutschland und anderen Ländern zu beobachten. Die Sündenböcke fänden sie zumeist bei den Migranten, Flüchtlingen und den Schwächsten der Gesellschaft. Sie verwies auf Ungarn, wo es Dörfer gebe, in denen bewaffnete Bürgerwehren regelrecht Jagd auf Sinti und Roma machten, und auf Russland, wo es gewalttätige Auseinandersetzungen mit Neonazis gegeben habe.

Die Todesstrafe in den Mitgliedstaaten des Europarates und Ländern mit Beobachterstatus – eine inakzeptable Verletzung der Menschenrechte (Entschließung 1807)

In der Entschließung bekräftigt die Parlamentarische Versammlung ihre Ablehnung der Todesstrafe unter allen Umständen. So habe sie die Abschaffung der Todesstrafe zur Bedingung für den Beitritt zum Europarat gemacht und dadurch erfolgreich zur Beseitigung dieser men-

schenverachtenden und erniedrigenden Strafe in fast allen Ländern Europas beigetragen. Des Weiteren fordert die Versammlung die beiden Beobachterstaaten im Ministerkomitee, Vereinigte Staaten von Amerika und Japan, sowie Belarus, das die Mitgliedschaft im Europarat anstrebe, auf, sich dem wachsenden Konsens unter den demokratischen Ländern anzuschließen, die durch die Abschaffung der Todesstrafe die Menschenrechte und die Menschenwürde schützten. Im Hinblick auf Belarus verurteilt sie entschieden die seit 2008 fortgesetzten Hinrichtungen, die der Glaubwürdigkeit der Republik Belarus in Bezug auf ihre Annäherung an die demokratischen Staaten in Europa großen Schaden zugefügt habe.

In der Debatte führte Abgeordneter **Christoph Strässer** aus, keine Gesellschaft könne davor sicher sein, dass bei Begehung schwerer Verbrechen erneut über die Wiedereinführung der Todesstrafe diskutiert werde. Die Versammlung hätte daher eine große Aufgabe, immer wieder für die Argumente gegen die Todesstrafe zu werben. Die Parlamentarier müssten dorthin schauen, wo die Todesstrafe noch vollzogen werde, und in Europa dafür sorgen, dass es zu keinen ernsthaften Diskussionen über die Wiedereinführung der Todesstrafe komme. Der Kampf gegen die Todesstrafe sei erst dann gewonnen, wenn weltweit keine einzige Hinrichtung mehr vollstreckt werde und wenn in keinem Staat die Verhängung der Todesstrafe möglich sei.

Den Mechanismus zur Verhütung von Folter in Europa stärken (Entschließung 1808, Empfehlung 1968)

In der Entschließung unterstreicht die Versammlung die Bedeutung des in Artikel 3 der EMRK verankerten Verbots der Folter und der unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung. Sie beglückwünscht das Europäische Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment, CPT) zu seiner zwanzigjährigen Tätigkeit, die von hoher Qualität sei. Sie stellt fest, dass das CPT einen der größten Erfolge des Europarates darstelle. Um ihre schwierige Aufgabe erfüllen zu können, müssten die CPT-Mitglieder hohe berufliche Qualifikationen und persönliche Verdienste vorweisen. Um den CPT-Mitgliedern eine bessere demokratische Legitimität und Autorität zu verleihen, schlägt die Versammlung vor, die Mitglieder zukünftig durch die Versammlung wählen zu lassen. Sie fordert das Ministerkomitee auf, das Übereinkommen entsprechend zu ändern. Die Versammlung stellt die herausragende Bedeutung der öffentlichen Erklärungen fest, die das CPT im Falle mangelnder Kooperation seitens der Behörden eines teilnehmenden Staates annimmt. Des Weiteren fordert sie die automatische Veröffentlichung der Länderberichte des CPT einschließlich der Kommentare der betroffenen staatlichen Stellen. Zwar helfe der Grundsatz der Vertraulichkeit dem CPT bei seiner Arbeit und ermögliche eine enge Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden. Eine rasche, systematische Veröffentlichung der endgültigen, mit Kommen-

taren der Behörden versehenen Berichte des CPT würde jedoch die Bedeutung dieser Berichte erhöhen.

In der Debatte unterstrich Abgeordnete **Marina Schuster** das absolute Folterverbot und sprach sich für eine Stärkung der internationalen Mechanismen zur Folterprävention, wie beispielsweise des Anti-Folter-Ausschusses der Vereinten Nationen aus. Sie bedauerte, dass noch nicht alle Mitgliedstaaten des Europarates das Fakultativprotokoll zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (Optional Protocol to the Convention against Torture and other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment, OPCAT) unterzeichnet hätten. Die Ratifizierung verpflichte den Mitgliedstaat einen unabhängigen, adäquaten und mit entsprechenden Ressourcen ausgestatteten, nationalen Mechanismus zur Verhütung von Folter einzurichten. Sie ging auf den Grundsatz der Vertraulichkeit der Berichte des CPT ein und stellte fest, dass dieser Grundsatz für die Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden eine wichtige Arbeitsgrundlage darstelle. Die Aufgabe des Europarates sei es jedoch, hin- und nicht wegzuschauen. Daher sei eine schnelle Veröffentlichung der endgültigen Berichte wichtig. Ferner sprach sie sich für die Wahl der Mitglieder des CPT durch die Versammlung aus. Abgeordneter **Christoph Strässer** sah die Gefahr, dass auch in den Mitgliedstaaten des Europarates das Verbot der Folter nicht absolut unantastbar sei und verwies auf einen Fall in Deutschland, bei dem Polizisten im Dienst bei einer Kindesentführung Foltermaßnahmen angedroht hätten.

Die Bekämpfung der Armut (Entschließung 1800, Empfehlung 1963)

In der Entschließung stellt die Versammlung die besorgniserregende Zunahme der Armut fest, die in den letzten Jahren unter anderem auf die von der Finanzkrise ausgelöste Wirtschaftskrise zurückzuführen sei. Armut hindere Menschen daran, ihre Menschenrechte wahrzunehmen und daher unterstütze die Versammlung den Grundsatz, nach dem jeder Mensch das Recht auf Schutz vor Armut und sozialer Ausgrenzung habe. Die Versammlung fordert die Mitgliedstaaten auf, sich im Rahmen der Millenniums-Entwicklungsziele besonders dazu zu verpflichten, die Kinderarmut und die extreme Armut bis 2015 zu beenden. Des Weiteren sollten sie einen Aktionsplan verabschieden, der spezifische, quantifizierte Ziele beinhalte, u. a. sollten Investitionen in Bildung und schulische Ausbildung erhöht werden. Ferner müsste durch einen angemessenen Mindestlohn das Recht auf faire Entlohnung abgesichert werden. Die Versammlung hebt hervor, dass die revidierte Europäische Sozialcharta (SEV Nr. 163) das fortschrittlichste Instrument zum Schutz der Menschenrechte sei, das unter anderem den Schutz vor Armut vorsehe. Artikel 30, der das Recht auf Schutz vor Armut und sozialer Ausgrenzung beinhalte, solle unter Artikel A, Absatz 1b, zu einer der wesentlichen Bestimmungen der revidierten Europäischen Sozialcharta werden, und alle Mitgliedstaaten des Europarates sollten diese Bestimmung als verpflichtend anerkennen. Die Versammlung fordert die Mitgliedstaaten zur Ratifizierung und

Umsetzung der revidierten Europäischen Sozialcharta auf. Sie empfiehlt dem Ministerkomitee, alle erforderlichen Maßnahmen zur Förderung der Ratifizierung und Umsetzung der revidierten Europäischen Sozialcharta und ihrer Protokolle zu treffen und die Umsetzung der revidierten Charta überwachen zu lassen.

Abgeordnete **Katrin Werner** führte in der Debatte aus, Europa werde immer reicher und dennoch nehme die Armut innerhalb Europas zu. Bereits vor der Finanz- und Wirtschaftskrise hätten 42 Millionen EU-Bürger unter erheblichen materiellen Entbehrungen leben müssen. Indem die EU als Antwort auf die Finanz- und Wirtschaftskrise Griechenland oder Portugal zu einem radikalen Sparkurs zwingt, verursache dies noch mehr Armut und stelle grundlegende soziale, wirtschaftliche und kulturelle Menschenrechte in Frage. Auf nationaler Ebene müsse sich die Finanz- und Steuerpolitik an den sozialen und ökologischen Erfordernissen der Gesellschaft ausrichten. Sie forderte Investitionen in die Bildung, die sich nicht nur auf junge Menschen erstrecken solle, da Bildung den Menschen ein Leben lang begleite. Sie verwies auf gesellschaftliche Gruppen, die besonders von Armut betroffen seien, wie beispielweise Alleinerziehende, Erwerbslose, ältere Menschen, Menschen mit Behinderung und ethnische Minderheiten. Diese Menschen würden, wenn sie Hilfe suchten, gesellschaftlich stigmatisiert. Sie benötigten nicht nur materielle Leistungen, sondern auch soziale Integration und politisches Gehör. Abgeordnete **Katrin Werner** forderte staatlich garantierten Zugang zu Beschäftigungsmöglichkeiten, angemessener medizinischer Hilfe und Wohnraum. Des Weiteren forderte sie einen gesetzlich geregelten Mindestlohn. Abgeordnete **Annette Groth** verwies auf die Lissabon-Strategie, die 1990 von der EU-Kommission mit dem Ziel ins Leben gerufen worden sei, bis 2010 die EU zum wettbewerbsfähigsten Markt der Welt zu machen. Auch habe die Strategie Ausführungen zu Reichtum und Wohlstand für alle enthalten. Sie bedauerte, dass die EU begonnen habe, den Arbeitsmarkt und die Kapitalmärkte zu flexibilisieren, wodurch die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer geworden seien. Die Strategie Europa 2020 sehe weitere Flexibilisierungen im Arbeitsmarkt und höhere Beiträge zu den Renten sowie zur Gesundheitsversorgung vor und führe die EU in eine Katastrophe.

Erziehung zur Gewaltfreiheit in der Schule (Entschließung 1803, Empfehlung 1965)

In der Entschließung zeigt sich die Versammlung besorgt, über die in zu vielen europäischen Schulen immer noch auftretenden schwerwiegenden Gewalttaten. Zu den Zwischenfällen gehörten bewaffnete und unbewaffnete Angriffe, sexuelle Gewalt und feindselige Handlungen von Schülern gegenüber Lehrern sowie Gewaltanwendung von Lehrern gegen Schüler. In den Schulen seien eine frühzeitige Auseinandersetzung über Fragen zu Gewalt und eine Erziehung gegen Gewalt von allergrößter Bedeutung. Die Versammlung werde Grundsätze erarbeiten, nach denen zum Beispiel Gewaltakte an Schulen untersucht und erfasst werden sollten. Schwerwiegende Taten sollten der zuständigen Polizei- oder Disziplinarbehörde

gemeldet werden. Besonders bei Kindern solle das Bewusstsein für eine gewaltfreie Konfliktbeilegung ausgebildet werden. Die Versammlung ruft die Mitglieder sowie die beobachtenden Parlamente dazu auf, die zuständigen staatlichen Stellen zu verpflichten, die Schulen administrativ, logistisch und finanziell zu unterstützen und die Umsetzung der Grundsätze zu überwachen. Die Versammlung bittet den Generalsekretär des Europarates sicherzustellen, dass bei künftigen Tätigkeitsprogrammen die Arbeiten zum Thema Kinder und Gewalt eine Priorität des Europarates bleiben. Die Versammlung empfiehlt dem Ministerkomitee, die Mitgliedstaaten bei der Förderung einer Kultur der Demokratie und der Menschenrechte in der Schule zu unterstützen. Das Ministerkomitee solle direkt mit der Europäischen Kommission der EU an einer EU-Strategie für die Rechte des Kindes zusammenarbeiten.

In der Debatte erklärte Abgeordnete **Katrin Werner**, Gewalt an Schulen sei ein reales Problem, dessen Lösung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei, die nicht nur Lehrer, Eltern, Schüler, Großeltern und Nachbarn betreffe. Kinder, die ihre Konflikte mit Gewalt zu lösen versuchten, seien oft selbst Opfer. Daher könne nur der Grundsatz „Prävention vor Sanktion“ gelten. Sie kritisierte die schlechte Ausstattung von Schulen und das Fehlen von Programmen zur gewaltfreien Konfliktbewältigung. Gute Bildung sei der Schlüssel zu einem selbstverantworteten, gewaltfreien Umgang mit Konflikten. Menschen, die sich am Rand der Gesellschaft befänden, bekämen erst durch ein gerechtes, frei zugängliches und inklusives Bildungssystem Perspektiven. Sie erklärte, auch Kriege veränderten die Gesellschaften. Viele europäische Nationen führten Krieg, wie beispielsweise in Afghanistan, Irak oder Libyen. In Deutschland werbe die Bundeswehr an Schulen um junge Menschen, die eine Lebensentscheidung für den Eintritt in eine Berufsarmee treffen sollten. Besorgniserregend sei, dass der Einsatz von Gewalt zur Durchsetzung eigener Interessen zu etwas Normalem gemacht werde. Sie führte aus, dass eine Gesellschaft, die auf soziale Herausforderungen mit Ausgrenzung, Hass und Neid gegenüber Migrantinnen und Migranten, Hilfsbedürftigen, Menschen mit Behinderung und sexuellen Minderheiten reagiere, ab einem gewissen Punkt das Auftreten von Gewalt verursache. Waffenverbote und strenge Regeln für den Umgang von Lehrern mit ihren Schülern seien notwendig, aber nicht ausreichend. Vielmehr sei eine bessere finanzielle Ausstattung von Schulen, die kleinere Klassen und die individuelle Betreuung aller Kinder ermögliche, notwendig. Die Lehrer müssten im Umgang mit Gewalt ausgebildet werden. Des Weiteren seien Mindestlöhne, Grundeinkommen und eine armutsfeste Grundsicherung für Kinder erforderlich, um Armut als Katalysator für Gewalt aus den Familien zu verbannen.

Wasser, eine Konfliktquelle (Entschließung 1809)

In der Entschließung verweist die Versammlung auf das beim Gipfel von Johannesburg 2002 festgelegte Ziel, die Anzahl der Menschen ohne Zugang zu Trinkwasser bis 2015 zu halbieren. Die Vereinten Nationen hätten am

28. Juli 2010 den Zugang zu Wasser und Sanitärversorgung als ein Grundrecht anerkannt. Ferner habe der Menschenrechtsrat am 30. September 2010 bestätigt, dass sich das Menschenrecht auf sauberes Trinkwasser und Sanitärversorgung aus dem Recht auf einen angemessenen Lebensstandard ableite, untrennbar mit dem Recht auf höchstmöglichen physischen und psychischen Gesundheitsstandard verbunden sei und letztlich im Recht auf Leben und auf der Menschenwürde gründe. Die Versammlung empfiehlt unter anderem den Regierungen der Mitgliedstaaten und Nicht-Mitgliedstaaten, den Zugang zu Wasser als ein grundlegendes Menschenrecht anzuerkennen und die Bestimmungen des internationalen Wasserrechts anzuwenden und gegebenenfalls zu überarbeiten. Den Parlamenten des Europarates und allen anderen interessierten Parteien empfiehlt sie, sich an der ‚Helpdesk-Initiative‘ zu beteiligen, wie es vom 5. Weltwasserforum in Istanbul 2009 empfohlen worden sei.

In der Debatte führte Abgeordnete **Marina Schuster** aus, derzeit hätten weltweit fast eine Milliarde Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser sowie 2,6 Milliarden Menschen keinen Zugang zu einer ausreichenden hygienischen Abwasserversorgung. Daraus resultierten Infektions- und Durchfallerkrankungen. Mehr Kinder stürben an den Folgen von verunreinigtem Wasser als an Malaria oder HIV-AIDS. Wasser und der Zugang dazu hätten auch eine politische Dimension, da in einigen Konflikten der Wassermangel politisch ausgenutzt und Wasser als Machtmittel eingesetzt werde. Um die Wasserzufuhr eines anderen Staates zu beeinflussen, würden Staudämme gebaut oder Flüsse umgeleitet. In der Zukunft würde sich die Frage nach dem Zugang zu Wasser durch den Klimawandel, die Urbanisierung, die Zunahme von Wüsten und das Bevölkerungswachstum noch weiter verschärfen. Sie verwies auf das bereits in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 in Artikel 25 angelegte Menschenrecht auf Zugang zu sauberem Trinkwasser und zur sanitären Grundversorgung und begrüßte die Initiative der Vereinten Nationen, die den Zeitraum 2005 bis 2015 zur „Wasserdekade“ erklärt habe. Abgeordnete **Doris Barnett** unterstrich die Bedeutung des Berichts, der eine umfassende Datenlage für Diskussionen in den Mitgliedsländern biete. Ohne Wasser könne

kein Leben existieren. Wasser sei das wichtigste Lebensmittel und stelle die Grundlage für den Wohlstand in Europa dar. Mit der Europa zur Verfügung stehenden Menge an Wasser könnten sich die Europäer eine auskömmliche Landwirtschaft erlauben, die neben Obst, Gemüse und Getreide auch noch ausreichend Viehfutter für den zunehmenden Fleischbedarf liefere. Daher sei in den meisten Mitgliedstaaten das Grundrecht der Vereinten Nationen auf sauberes Wasser und Sanitärversorgung verwirklicht. Diese Selbstverständlichkeit sei aber kein Naturgesetz und daher warne sie vor den Folgen des Klimawandels und des steigenden Wasserverbrauchs sowie vor den massiven Eingriffen des Menschen z. B. durch illegale Einleitung von ungeklärten Abwässern in Flüsse und Seen, die das Recht auf Wasser gefährdeten. Schon lange hätten Industriestaaten über die Spekulation mit Wasser als dem „blauen Gold“ nachgedacht. Experten gingen davon aus, dass im Jahre 2025 ein Drittel der Menschheit keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser mehr hätte. Sie forderte eine verstärkte Kontrolle von Großkonzernen, die sich der Wasserversorgung annähmen und sprach sich für eine Förderung von kommunalen Wasserversorgungsunternehmen aus.

Ansprache des Generalsekretärs Thorbjørn Jagland

Generalsekretär Thorbjørn Jagland forderte die Mitglieder der Versammlung auf, ihre Rolle bei der politischen Reform des Europarates aktiv mit dem Ziel zu verfolgen, die gesamte Organisation politisch relevanter, effizienter und einflussreicher zu gestalten. Er erklärte, der Europarat reagiere jetzt schneller und zielgerichteter auf externe und interne Herausforderungen, wie zum Beispiel durch das Angebot maßgeblicher Expertise des Europarates an die tunesischen, marokkanischen und ägyptischen Behörden und die Vorschläge zum Umgang mit der großen Zahl von Asylsuchenden und Migranten in einigen Mitgliedstaaten.

Joachim Hörster, MdB
Leiter der Delegation

Christoph Strässer, MdB
Stellvertretender Leiter der Delegation

IV. Entschließungen und Empfehlungen**Vom Ständigen Ausschuss im März 2011 angenommene Empfehlungen und Entschließungen**

Für die Kontinuität der Arbeit der Versammlung ist der Ständige Ausschuss (Standing Committee) von zentraler Bedeutung. Dessen Aufgabe besteht darin, in der Zeit, in der die Versammlung nicht zu ihren Sitzungen zusammenkommt, im Namen der Versammlung zu handeln und zu entscheiden. Er nimmt Entschließungen und Empfehlungen an und kann Dringlichkeitsdebatten abhalten oder Aussprachen zu aktuellen Themen durchführen. Der Ständige Ausschuss umfasst neben dem Präsidenten und den 20 Vizepräsidenten der Versammlung sowie den Vorsitzenden der Politischen Gruppen und der Ausschüsse zusätzlich die Vorsitzenden der nationalen Delegationen. Er tritt mindestens zweimal im Jahr zusammen.

Stellungnahme 280 (2011)	Stellungnahme zum Entwurf des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt
Empfehlung 1960 (2011)	Die Notwendigkeit globaler Überlegungen über die Auswirkungen der Biometrie auf die Menschenrechte
Entschließung 1794 (2011)	Erhaltung der Umwelt im Mittelmeerraum
Entschließung 1795 (2011)	Genetisch veränderte Organismen: eine Lösung für die Zukunft?
Entschließung 1796 (2011)	Soziale Maßnahmen, Bildung und Rehabilitierung für junge Straftäter
Entschließung 1797 (2011)	Die Notwendigkeit globaler Überlegungen über die Auswirkungen der Biometrie auf die Menschenrechte
Entschließung 1798 (2011)	Eine faire Vertretung der politischen Parteien oder Fraktionen der nationalen Parlamente in ihren Delegationen in der Parlamentarischen Versammlung
Entschließung 1799 (2011)	Verhaltenskodex für die Berichterstatter der Parlamentarischen Versammlung

(Die Empfehlungen und Entschließungen des Ständigen Ausschusses wurden nicht ins Deutsche übersetzt.)

**In der zweiten Teilsitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 11. bis 15. April 2011
angenommene Empfehlungen und Entschließen**

Nummer	Titel	Seite
Entschließen 1800 (2011)	Die Bekämpfung der Armut	14
Empfehlung 1963 (2011)		16
Entschließen 1801 (2011)	Die Einhaltung der Pflichten und Verpflichtungen durch Georgien	17
Entschließen 1802 (2011)	Die Notwendigkeit der Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung des Berner Übereinkommens	22
Empfehlung 1964 (2011)		24
Entschließen 1803 (2011)	Erziehung zur Gewaltfreiheit in der Schule	26
Empfehlung 1965 (2011)		30
Entschließen 1804 (2011)	Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Fettleibigkeit und Typ-2-Diabetes	31
Empfehlung 1966 (2011)		33
Entschließen 1806 (2011)	Frauen in ländlichen Gebieten in Europa	34
Entschließen 1807 (2011)	Die Todesstrafe in den Mitglied- und Beobachterstaaten des Europarates: ein Verstoß gegen die Menschenrechte	37
Entschließen 1808 (2011)	Den Mechanismus zur Verhütung von Folter in Europa verstärken	38
Empfehlung 1968 (2011)		40
Entschließen 1809 (2011)	Wasser, eine Konfliktquelle	41
Entschließen 1810 (2011)	Unbegleitete Kinder in Europa: Fragen im Hinblick auf Ankunft, Aufenthalt und Rückkehr	43
Empfehlung 1969 (2011)		46
Entschließen 1811 (2011)	Schutz von Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt	47
Empfehlung 1970 (2011)		51
Empfehlung 1961 (2011)	Überschuldung der Staaten: eine Gefahr für Demokratie und Menschenrechte	52
Empfehlung 1962 (2011)	Religiöse Dimension des interkulturellen Dialogs	54
Empfehlung 1967 (2011)	Massenankunft irregulärer Migranten, Asylsuchender und Flüchtlinge an den Südküsten Europas	57

Entschließung 1800 (2012)¹
betr. die Bekämpfung der Armut

1. Die Parlamentarische Versammlung betont die Bedeutung der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten aller Menschen ungeachtet ihrer wirtschaftlichen Situation.
2. Die Versammlung beklagt den besorgniserregenden Anstieg der Armut in den letzten Jahren, der unter anderem auf die von der Finanzkrise ausgelöste Wirtschaftskrise, neue Umverteilungspolitiken, die die Armen in zahlreichen Ländern benachteiligen, sowie massive Einschnitte bei den sozialen Dienstleistungen zurückzuführen ist.
3. Armut ist ein Hindernis für die Wahrnehmung der Menschenrechte – unabhängig davon, ob es sich um politische, bürgerliche, soziale, wirtschaftliche oder kulturelle Rechte handelt. Die Versammlung unterstützt daher voll und ganz den Grundsatz, nach dem jeder Mensch das Recht auf Schutz vor Armut und sozialer Ausgrenzung hat.
4. Armut führt dazu, dass kein Zugang zu Menschenrechten besteht, und kann nur beseitigt werden, wenn Strategien zur Armutsbekämpfung auf den Menschenrechten beruhen. Der Europarat ist daher ein wichtiger Akteur bei der Armutsbekämpfung, da er die wirksamsten Mechanismen zum Schutze der Menschenrechte in Europa bietet.
5. Die Versammlung verweist auf ihre Entschließung 1558 (2007) betr. die Feminisierung der Armut und erinnert daran, dass Frauen stärker als Männer von Armut betroffen sind und dass ihre Armut extremer ist als die von Männern. Die Bewältigung der Ursachen an der Wurzel der Armut von Frauen, d. h. eine de facto Ungleichbehandlung und Diskriminierung der Geschlechter, ist nicht nur eine Verpflichtung nach den Menschenrechten, sondern auch ein Weg, um vollen Nutzen aus dem Wirtschaftspotenzial von Frauen und aus ihrem Beitrag zum Wirtschaftswachstum zu ziehen.
6. Die Versammlung fordert die Mitgliedstaaten auf,
 - 6.1. sich zu verpflichten, der Armut ein Ende zu setzen: Nach der Verpflichtung im Rahmen der Millenniums-Entwicklungsziele, die Armut bis 2015 zu beenden, ist der Zeitpunkt gekommen, sich zu verpflichten, der Kinderarmut und der extremen Armut bis 2025 ein Ende zu setzen;
 - 6.2. Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut von Frauen zu ergreifen und einen geschlechterdifferenzierten Ansatz als einen entscheidenden Bestandteil aller Politiken und nationalen Programme zur Ausmerzung der Armut und Bekämpfung des sozialen Ausschlusses zu verfolgen;
 - 6.3. den Menschen, die in Armut leben, Gehör zu verschaffen, d. h. neue Formen des Regierens und der Teilhabe zu entwickeln, die Menschen, die in Armut leben, einzubeziehen und ihnen Mitgestaltungsmöglichkeiten zu gewähren, und die soziale Integration für alle zu fördern;
 - 6.4. dafür zu sorgen, dass Strategien zur Armutsbekämpfung auf den Grundsätzen der Menschenrechte beruhen und in diesem Zusammenhang insbesondere der Zugang zu individuellen und gemeinschaftlichen sozialen Rechten und deren vollständige Inanspruchnahme durch Menschen und Gemeinschaften, die in Armut leben, gewährleistet werden;
 - 6.5. einen Aktionsplan zu verabschieden, der spezifische, quantifizierte Ziele beinhaltet;
 - 6.6. die internationale Hilfe und Zusammenarbeit zu stärken, um die Armut zu verringern, insbesondere mithilfe der Normenfestsetzungsmechanismen des Europarates im Bereich der sozialen Sicherheit;
 - 6.7. Investitionen in Humankapital, Wirtschaftskapital, Infrastruktur, insbesondere armer Gebiete, Naturkapital, öffentliches institutionelles Kapital und Wissenskapital zu fördern, da es ohne Investitionen keine Sicherheit und Entwicklung gibt;
 - 6.8. mehr in die frühkindliche Entwicklung, Bildung und schulische Ausbildung zu investieren, um den Qualifizierungsgrad junger Menschen, die das Bildungssystem verlassen, zu erhöhen und die Schulabbrecherquote zu senken;

¹ Versammlungsdebatte am 12. April 2011 (13. Sitzung) (siehe Dok. 12555, Bericht des Ausschusses für Sozialordnung, Gesundheit und Familie, Berichterstatter: Herr Volontè, sowie Dok. 12577, Stellungnahme des Ausschusses für die Gleichstellung von Frauen und Männern, Berichterstatterin: Frau Feric-Vac). Von der Versammlung verabschiedeter Text am 12. April 2011 (13. Sitzung). Siehe auch Empfehlung 1963 (2011).

- 6.9. Maßnahmen zu treffen, um insbesondere den vollständigen Zugang zu Beschäftigungsmöglichkeiten, angemessener medizinischer Hilfe und Wohnraum ohne Diskriminierung zu ermöglichen;
- 6.10. durch Gewährung eines angemessenen Mindestlohns das Recht auf faire Entlohnung zu sichern und das Recht der Arbeitnehmer auf einen Lohn, der ihnen und ihren Familien einen angemessenen Lebensstandard ermöglicht, anzuerkennen;
- 6.11. Mindesteinkommensgarantien zu gewähren, um für die gesellschaftliche Integration von Menschen zu sorgen, für die Beschäftigung keine Option darstellt oder die nicht in der Lage sind zu arbeiten;
- 6.12. dafür zu sorgen, dass Strategien und Maßnahmen auf die Bedürfnisse von Menschen, die in Armut leben, zugeschnitten sind und verhindern, dass sie in Armut geraten, indem Unterstützung in kritischen Situationen geleistet und Menschen, die in Armut leben, beim Weg aus der Armut geholfen wird;
- 6.13. einen Ansatz bei der Armutsbekämpfung zu wählen, der viele Akteure einbezieht, wobei die jeweiligen Zuständigkeitsbereiche der Beteiligten, d.h. der Gewerkschaften, der Wirtschaft, der Finanzbranche, der öffentlichen Verwaltung, insbesondere der zentralen, regionalen und kommunalen Behörden, der Zivilgesellschaft usw. zu berücksichtigen sind;
- 6.14. zur Entwicklung der Wissenschaft beizutragen, um neue Lösungen zu finden, beispielhafte Praktiken zu verbreiten und die nicht berücksichtigten Bedürfnisse von Menschen, die in Armut leben, zu erfüllen;
- 6.15. zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch ehrenamtliches Engagement als weitere Maßnahme zur Armutsbekämpfung beizutragen;
- 6.16. die Weitergabe der Armut von Generation zu Generation zu verhindern, insbesondere durch Förderung der Solidarität unter den Generationen und des familiären Zusammenhalts. Die Auflösung der Familie ist eine der wichtigsten Ursachen für Armut, und die Stärkung von Familienbanden ist ein erheblicher Bestandteil integrierter Politiken zur Armutsbekämpfung. Besondere Beachtung sollte Großfamilien geschenkt werden, da Kinder aus diesen Familien häufig arm sind;
- 6.17. eine positive Haltung einzunehmen, um den Wohlstand zu fördern und das Wohlergehen aller zu verbessern.
7. Die revidierte Europäische Sozialcharta (SEV Nr. 163) ist das fortschrittlichste Instrument zum Schutz der Menschenrechte, das unter anderem den Schutz vor Armut vorsieht. Der Artikel 30, der das Recht auf Schutz vor Armut und sozialer Ausgrenzung beinhaltet, sollte daher unter Artikel A, Absatz 1b, zu einer der wesentlichen Bestimmungen der revidierten Europäischen Sozialcharta werden, und alle Mitgliedstaaten des Europarates sollten diese Bestimmung als verpflichtend anerkennen. Ziel der Länder sollte die Ratifizierung und Umsetzung der gesamten revidierten Europäischen Sozialcharta sein.
8. Die Versammlung unterstützt nachdrücklich die Grundsätze und Leitlinien für einen menschenrechtsbezogenen Ansatz bei den Strategien zur Armutsbekämpfung, die vom Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCR) vorgeschlagen wurden, und fordert die Mitgliedstaaten auf, die Leitlinien bei der Gestaltung der Politik und entsprechenden haushaltspolitischen Entscheidungen angemessen zu berücksichtigen.
9. Die Versammlung begrüßt die Schaffung der „Europäischen Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung: ein europäischer Rahmen für den sozialen und territorialen Zusammenhalt“ durch die Europäische Union und betont die Bedeutung einer verstärkten Zusammenarbeit mit der Europäischen Union in diesem Bereich.
10. Die Versammlung fordert die nationalen Parlamente auf, die Unterzeichnung, Ratifizierung und Umsetzung der Instrumente des Europarates zum Schutz der sozialen Rechte, d. h. der revidierten Europäischen Sozialcharta und dazugehöriger Protokolle, des Europäischen Übereinkommens über soziale Sicherheit (SEV Nr. 78), des ergänzenden Übereinkommens über die Anwendung desselben (SEV Nr. 78A) und seines Protokolls

(SEV Nr. 154) und des revidierten Europäischen Kodex für soziale Sicherheit (SEV Nr. 139), weiterhin zu unterstützen.

11. Die Versammlung fordert ihre Mitglieder auf, die Öffentlichkeit in höherem Maße für die Vorteile der gesellschaftlichen Integration und die Notwendigkeit der Armutsbekämpfung zu sensibilisieren und eine positivere Haltung gegenüber Armen zu fördern und deren Stigmatisierung zu verhindern.

12. Die Versammlung stellt die Notwendigkeit heraus, die Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen regelmäßig zu überwachen, beispielsweise im Rahmen aktueller Debatten in der Parlamentarischen Versammlung und durch effektive Nutzung der in den konventionellen Instrumenten des Europarates vorgesehenen Überwachungsmechanismen, um die Armut zu bekämpfen und den Wohlstand und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern.

13. Im Rahmen der alle zwei Jahre stattfindenden Debatten der Versammlung über Menschenrechte und soziale Rechte beschließt die Versammlung, sich 2013 erneut mit der Frage der Armutsbekämpfung zu befassen und die erzielten Fortschritte zu überwachen.

Empfehlung 1963 (2012)² betr. die Bekämpfung der Armut

1. Die Parlamentarische Versammlung verweist auf ihre Entschließung 1800 (2011) über die Bekämpfung der Armut und ist überzeugt, dass die Mitgliedstaaten des Europarates ihre Verpflichtungen zur Sicherung der Grundrechte und -freiheiten aller Menschen aufrechterhalten sollten.

2. Die Versammlung ist der Auffassung, dass die Regierungen weitere Schritte in Richtung der Ratifizierung der einschlägigen europäischen Verträge unternehmen sollten; insbesondere der Verträge, die sich direkt auf die Lage von Menschen auswirken, die in Armut leben.

3. Die Versammlung möchte daher die Bedeutung der Umsetzung der in Artikel 30 der revidierten Europäischen Sozialcharta (SEV Nr. 163) verankerten Bestimmungen bekräftigen, die "die wirksame Wahrnehmung des Rechts auf Schutz vor Armut und sozialer Ausgrenzung" gewährleisten sollen. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, "im Rahmen eines ganzheitlichen und koordinierten Ansatzes Maßnahmen zu treffen, die den effektiven Zugang von Menschen und ihren Familien, die in einer Situation der sozialen Ausgrenzung oder Armut leben oder möglicherweise in eine solche Situation geraten, insbesondere zu Beschäftigung, Wohnraum, Bildung und Ausbildung, Kultur und sozialer und medizinischer Unterstützung zu fördern".

4. Die Versammlung empfiehlt daher dem Ministerkomitee,

4.1. alle erforderlichen Maßnahmen zur Förderung der Ratifizierung und Umsetzung der revidierten Europäischen Sozialcharta und ihrer Protokolle zu treffen und die Überwachung der Umsetzung der revidierten Charta unter ihrem Artikel C zu ermöglichen, darunter auch mithilfe des Kollektivbeschwerdeverfahrens;

4.2. insbesondere dafür zu sorgen, dass Artikel 30 der revidierten Europäischen Sozialcharta Teil ihrer wesentlichen Bestimmungen unter Artikel A, Absatz 1b, wird, was die Festlegung politischer Maßnahmen und Überprüfung der Fortschritte bei der Armutsbekämpfung ermöglicht. Alle Mitgliedstaaten des Europarates sollten die Bestimmungen des Artikels 30 als verpflichtend anerkennen;

4.3. die Mitgliedstaaten aufzufordern, die Grundsätze und Leitlinien des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR) für einen menschenrechtsbezogenen Ansatz bei den Strategien zur Armutsbekämpfung, bei der Gestaltung der Politik und entsprechenden haushaltspolitischen Entscheidungen angemessen zu berücksichtigen;

² Versammlungsdebatte am 12. April 2011 (13. Sitzung) (siehe Dok. 12555, Bericht des Ausschusses für Sozialordnung, Gesundheit und Familie, Berichterstatter: Herr Volontè, sowie Dok. 12577, Stellungnahme des Ausschusses für die Gleichstellung von Frauen und Männern, Berichterstatterin: Frau Feric-Vac). Von der Versammlung verabschiedeter Text am 12. April 2011 (13. Sitzung). Siehe auch Empfehlung 1963 (2011).

- 4.4. die Unterzeichnung, Ratifizierung und Umsetzung der revidierten Europäischen Sozialcharta und der Schutzinstrumente des Europarates für soziale Rechte zu fördern, d. h.
- 4.4.1. des Europäischen Übereinkommens über soziale Sicherheit (SEV Nr. 78), des ergänzenden Übereinkommens über die Anwendung desselben (SEV Nr. 78A) und seines Protokolls (SEV Nr. 154);
- 4.4.2. des revidierten Europäischen Kodex für soziale Sicherheit (SEV Nr. 139);
- 4.5. die gegenwärtige Struktur ihrer Programme und Aktivitäten zur Verbesserung der Koordinierung aktueller Maßnahmen zu überprüfen und gegebenenfalls Querschnittsmaßnahmen einzuführen, die der Armutsbekämpfung dienen und den Zugang für Menschen, die in Armut leben, zu allen Menschenrechten, d. h. zivilen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten, verbessern;
- 4.6. Maßnahmen zur Stärkung der Kapazitäten des Europarates im Hinblick auf die Entwicklung evidenzbasierter politischer Maßnahmen und Programme zu treffen, darunter Maßnahmen zur Durchführung einer vergleichenden Analyse der Indikatoren für Armut und soziale Ausgrenzung in allen Mitgliedstaaten, die das derzeitige „Gegenseitige Informationssystem des Europarates über den Sozialschutz“ (MISSCEO) ergänzen;
- 4.7. sicherzustellen, dass ihre Politiken und Programme auf dem Gebiet der Armut und der sozialen Ausgrenzung die geschlechtsspezifische Dimension berücksichtigen;
- 4.8. Maßnahmen zu treffen, die die Verfügbarkeit einschlägiger, nach Geschlecht aufgeschlüsselter Daten und den regelmäßigen Vergleich dieser Daten, beispielsweise über Mindestlöhne oder äquivalente Instrumente und Lohnergänzungsleistungen, in den Mitgliedstaaten des Europarates gewährleisten, die nicht Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind, wodurch eine inhaltlich-sachliche Grundlage für zukünftige politische Maßnahmen geschaffen wird;
- 4.9. dringend bestimmte Querschnittsmaßnahmen umzusetzen, die insbesondere dem Schutz der Rechte von Familien, Kindern, Frauen, Menschen mit Behinderungen, älteren Menschen und Minderheiten sowie Menschen mit Migrationshintergrund, die in Armut leben, dienen und ihnen das Recht auf Familienzusammenführung und die Möglichkeit eines normalen Familienlebens geben;
- 4.10. spezielle unbürokratische, zugängliche und effektive Institutionen zu entwickeln und einzusetzen, z.B. Armuts-Bürgerbeauftragte, gegenüber denen Menschen, die in Armut leben, ihre Sorgen, Auffassungen und Forderungen zum Ausdruck bringen können;
- 4.11. die bevorstehende alle zwei Jahre stattfindende Debatte in der Parlamentarischen Versammlung über den Status der Menschenrechte und sozialen Rechte in Europa angemessen zu berücksichtigen und noch vor der Durchführung dieser Debatte über den aktuellen Stand der Maßnahmen zur Sicherung der Menschenrechte von Menschen, die in Armut leben, zu berichten, z.B. über die Überwachung der Fortschritte bei der Armutsbekämpfung im Jahr 2013.

Entschließung 1801 (2011)³

betr. die Einhaltung der Pflichten und Verpflichtungen durch Georgien

1. Die Parlamentarische Versammlung begrüßt die beträchtlichen Anstrengungen der georgischen Behörden bei der Einhaltung ihrer Pflichten und verbleibenden Verpflichtungen gegenüber dem Europarat. Seit dem letzten 2008 verabschiedeten Monitoring-Bericht sind ungeachtet der beträchtlichen Auswirkungen und der Folgen des Krieges mit Russland im August 2008 deutliche Fortschritte erzielt worden.

³ Versammlungsdebatte am 13. April 2011 (14. Sitzung) (siehe Dok. 12554, Bericht des Ausschusses für die Einhaltung der Pflichten und Verpflichtungen durch die Mitgliedstaaten des Europarates (Überwachungsausschuss), Koberichterstatter: Herr Islami und Herr M. A. Jensen). Von der Versammlung am 13. April 2011 (14. Sitzung) verabschiedeter Text.

2. In Bezug auf das politische Umfeld in Georgien begrüßt die Versammlung die Initiativen der Behörden zur Überwindung der leider die politische Landschaft beherrschenden Polarisierung und Konfrontationsstimmung sowie die Initiativen zur Stärkung der Stellung und der Rolle der Opposition. Die Versammlung bekräftigt ihre Überzeugung, dass eine lebendige, pluralistische und engagierte Opposition für die politische Stabilität und die demokratische Konsolidierung des Landes von wesentlicher Bedeutung ist.

3. Die Versammlung ist der Ansicht, dass die Kommunalwahlen vom 30. Mai 2010 einen wichtigen Schritt zur Schaffung eines vielfältigeren und konstruktiveren politischen Umfelds in dem Land darstellten. Darüber hinaus werden die anstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen als Lackmustest für die Konsolidierung eines reifen, inklusiveren und stabilen demokratischen Systems in Georgien dienen. Im Hinblick auf den Ablauf der Wahlen hält die Versammlung Folgendes fest: Sie

3.1. begrüßt die Wiedereinsetzung der Arbeitsgruppe Wahlen, mit der ein breiter Konsens über die im Hinblick auf die anstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen nötigen Wahlreformen erreicht werden soll und ruft alle politischen Parteien, die dies noch nicht getan haben, dazu auf, dieser Arbeitsgruppe beizutreten und sich in gutem Glauben an ihr zu beteiligen;

3.2. ist der Ansicht, dass die Arbeitsgruppe Wahlen sich nicht nur auf die Verwaltung des Wahlablaufs konzentrieren, sondern sich auch über ein Wahlsystem verständigen sollte, dem sämtliche an den Wahlen Beteiligte ihr volles Vertrauen entgegenbringen können;

3.3. empfiehlt nachdrücklich die Annahme eines völlig neuen Wahlgesetzes, das die Unzulänglichkeiten beseitigt, die unter anderem von der Europäischen Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission) und der Versammlung angesprochen wurden, gerade auch im Hinblick auf die Gleichheit bei der Stimmabgabe, den Zuschnitt der Wahlkreise und die Abschaffung des Verbots von Einzelkandidaturen;

3.4. fordert alle Parteien nachdrücklich auf sicherzustellen, dass vor der Ankündigung anstehender Parlamentswahlen das Wahlsystem vereinbart und ein neues Wahlgesetz beschlossen wird;

3.5. begrüßt die Bereitschaft der Behörden und der Regierungspartei, gegebenenfalls die Verfassung zu ändern, um die von der Arbeitsgruppe Wahlen gutgeheißenen Änderungen umzusetzen.

4. Die Versammlung begrüßt die am 15. Oktober 2010 erfolgte Verabschiedung von Verfassungsänderungen, die unter anderem die Unabhängigkeit des Justizwesens besser gewährleisten, die Rolle und die Befugnisse des Parlaments deutlich stärken und für ein besseres und umfassenderes System von „Checks and Balances“ zwischen den verschiedenen Teilen des Staatsapparats sorgen. Die Versammlung ist allerdings der Auffassung, dass eine Reihe von Bestimmungen noch weiter geklärt oder verbessert werden sollten, um alle denkbaren systemischen Spannungen zu vermeiden. Sie fordert die georgischen Behörden deshalb nachdrücklich zur Umsetzung der Empfehlungen der Venedig-Kommission auf. Insbesondere spricht die Versammlung folgende Empfehlungen aus:

4.1. Überarbeitung des Verfahrens zur Annahme eines Misstrauensvotums gegen die Regierung entsprechend den Empfehlungen der Venedig-Kommission, um die Befugnisse des Parlaments bei diesem Verfahren zu stärken;

4.2. Klärung der Rolle des Präsidenten bei der Aushandlung internationaler Verträge, um möglichen Spannungen zwischen der Regierung und dem Präsidenten vorzubeugen;

4.3. Stärkung der Rolle des Parlaments in Haushaltsfragen.

5. Die Versammlung ist der Auffassung, dass die Medienlandschaft in Georgien immer noch ein Beispiel für die Region darstellt, hebt jedoch hervor, dass zur Verbesserung von Transparenz und Pluralismus weitere Anstrengungen erforderlich sind. Hierzu nimmt die Versammlung wie folgt Stellung. Sie

5.1. begrüßt den am 7. Dezember 2010 in erster Lesung angenommenen Gesetzentwurf über Transparenz beim Medienbesitz und erwartet die Verabschiedung des Gesetzes ohne jede weitere Verzögerung;

- 5.2. ist der Auffassung, dass die Möglichkeit neuer Unternehmen, Zugang zum Medienmarkt zu erhalten, von wesentlicher Bedeutung für den Medienpluralismus ist und empfiehlt darum den zuständigen Stellen, über öffentliche Ausschreibungen zusätzliche Rundfunkfrequenzen verfügbar zu machen;
- 5.3. ruft die Behörden auf, den rechtlichen Rahmen für den Zugang zu öffentlichen Informationen zu evaluieren, um so seine Umsetzung zu verbessern;
- 5.4. begrüßt die Schaffung eines besonderen politischen Fernsehkanals beim georgischen öffentlichen Sendeunternehmen (GBP) und die Erhöhung der Zahl der von der Opposition benannten Kuratoriumsmitglieder des öffentlich-rechtlichen Rundfunksenders.
6. Zum Ausbau der lokalen Selbstverwaltung äußert sich die Versammlung wie folgt. Sie
- 6.1. begrüßt die kürzlichen Verfassungsänderungen in Bezug auf die lokale Selbstverwaltung und fordert die Behörden nachdrücklich auf, die Empfehlungen der Venedig-Kommission voll umzusetzen, insbesondere die zur Organisation der Exekutivbefugnisse und zur staatlichen Aufsicht über die kommunalen Stellen;
- 6.2. nimmt die Dezentralisierungsstrategie zur Kenntnis, die mit Unterstützung des Europarats, des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen und der Europäischen Kommission erarbeitet wurde und erwartet, dass diese Strategie nun von der Regierung in aller Form angenommen wird;
- 6.3. empfiehlt eine Verbesserung der Steuergrundlage der Kommunen, um ihre generelle Unabhängigkeit zu stärken;
- 6.4. unterstützt den Grundsatz der Regionalisierung des Landes – ein erklärtes Ziel der Behörden –, ist jedoch der Ansicht, dass ein solcher Regionalisierungsprozess nicht auf Kosten der Entwicklung einer starken und effektiven Selbstverwaltung auf kommunaler Ebene umgesetzt werden sollte.
7. Im Lichte der positiven Erfahrungen mit der Direktwahl des Bürgermeisters von Tbilisi empfiehlt die Versammlung den Behörden, die Möglichkeit zu prüfen, für alle Gemeinden oder zumindest für die übrigen selbstverwalteten großen Städte die Einführung direkter Bürgermeisterwahlen vorzusehen.
8. Die Versammlung begrüßt die unverminderten Anstrengungen der Behörden, die Unabhängigkeit der Justiz zu stärken, was aus den vielen Reformen hervorgeht, die in den letzten Jahren weiterhin umgesetzt worden sind. Zugleich ist die Versammlung besorgt über das anscheinend geringe Vertrauen der Öffentlichkeit in die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit der Justiz und empfiehlt den Behörden die Fortsetzung ihrer Bemühungen um die weitere Steigerung des öffentlichen Vertrauens. Die Versammlung ist deshalb der Ansicht, dass die laufenden Anstrengungen zur Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz mit allem Nachdruck weiterverfolgt werden sollten. Dazu nimmt die Versammlung wie folgt Stellung. Sie
- 8.1. begrüßt die Verfassungsänderungen, mit denen die Unabhängigkeit des Hohen Justizrats gestärkt und die Rolle des Präsidenten bei der Ernennung von Richtern – außer im Falle des Obersten Gerichtshofs – abgeschafft wurde. Zur besseren Gewährleistung der Unabhängigkeit des Obersten Gerichtshofs empfiehlt die Versammlung, das Ernennungsvorrecht ebenfalls von dem Präsidenten auf den Hohen Justizrat zu übertragen;
- 8.2. begrüßt die Einführung der lebenslangen Anstellung von Richtern aufgrund der Verfassungsänderungen von 2010, regt jedoch an, dass die Behörden entsprechend den europäischen Normen die Aufhebung oder Verkürzung der Probezeit für Richter erwägen sollten.
9. Die Versammlung begrüßt das Inkrafttreten der neuen Strafprozessordnung – eine von der Versammlung seit langem ausgesprochene Empfehlung. Sie stellt mit Genugtuung fest, dass diese neue rechtliche Regelung unter anderem die Unabhängigkeit der Justiz deutlich stärken wird. Angesichts der Einführung eines kontradiktorischen Rechtssystems empfiehlt die Versammlung mit Nachdruck die Errichtung eines auf der Grundlage der bestehenden Initiativen zu verwirklichenden angemessen finanzierten und umfassenden Systems kostenloser Gerichtskostenhilfe für Bedürftige.

10. Die Versammlung begrüßt darüber hinaus das Inkrafttreten des Gesetzes über die Staatsanwaltschaft. Sie ist allerdings besorgt wegen der weitreichenden Befugnisse, die danach dem Justizminister übertragen werden, darunter das Recht, die Strafverfolgung hochgestellter Persönlichkeiten wie des Präsidenten oder von Regierungsmitgliedern persönlich zu leiten. Die Versammlung spricht deshalb folgende Empfehlungen aus:

10.1. In dem Gesetz sollten detaillierte und klare Kriterien für die Entlassung aller Staatsanwälte festgelegt werden;

10.2. die dem Justizminister erteilten Befugnisse für die persönliche Strafverfolgung unter anderem des Präsidenten Georgiens, von Abgeordneten, Richtern, Regierungsmitgliedern, des Pflichtverteidigers, von Staatsanwälten und hochrangigen Militärs sollten aufgehoben werden;

10.3. die Befugnisse des Justizministers in Bezug auf die Staatsanwaltschaft sollten es ihm ausdrücklich untersagen, Weisungen zu erteilen oder die Verfolgung einzelner Rechtssachen in anderer Weise zu beeinflussen.

11. Die Versammlung zeigt sich besorgt angesichts der Probleme der Justizverwaltung, die eine Gefahr für die Grundsätze der gleichen Rechtsanwendung und des Rechts auf einen fairen Prozess bedeuten könnten, wie sie in Artikel 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention verankert sind. Die Versammlung ruft die georgischen Behörden dazu auf, sich dieser Probleme anzunehmen, die ansonsten die beträchtlichen Fortschritte der Behörden auf dem Gebiet der Justizreform und der Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz untergraben könnten.

12. Die Versammlung nimmt auch die Fragen zu immer häufiger vorkommenden Absprachen im Strafprozess („Plea Bargaining“) zur Kenntnis. Sie empfiehlt den georgischen Behörden, sich der diesbezüglichen Besorgnisse anzunehmen, da sie das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Fairness des Gerichtswesens beeinträchtigen.

13. Die Versammlung bekräftigt ihre Genugtuung über die fortwährenden Anstrengungen und den eindeutigen politischen Willen, Korruption in Georgien zu bekämpfen. Sie stellt fest, dass diese Bemühungen bei der Korruptionsbekämpfung gerade auch in Verbindung mit kleineren Beträgen beachtliche Ergebnisse erbracht hat. Die Versammlung ruft die Behörden auf, ihre Anstrengungen unvermindert fortzusetzen und sicherzustellen, dass die geltende Gesetzgebung zur Korruptionsbekämpfung in vollem Umfang und konsistent umgesetzt wird. In Bezug auf die Korruptionsbekämpfung hält die Versammlung Folgendes fest: Sie

13.1. nimmt die anhaltenden Behauptungen zur Kenntnis, groß angelegte Korruption sei noch nicht in vollem Maße beseitigt worden und ruft die Behörden auf, sämtlichen derartigen Beschuldigungen konsistent und glaubhaft nachzugehen;

13.2. begrüßt die Ermittlungen über mutmaßliche Korruption bei einer Reihe hochrangiger Bediensteter, was den politischen Willen deutlich macht, gegen jede Form der Straflosigkeit bei Korruption auf höherer Ebene in Georgien vorzugehen;

13.3. begrüßt die Verabschiedung der Änderungen des Gesetzes über Interessenkonflikte und Korruption im öffentlichen Dienst, die mit Hilfe des Europarats erarbeitet wurden, wie auch die Annahme des Gesetzes über die Kontrollkammer;

13.4. empfiehlt den georgischen Behörden, im Interesse einer besseren Umsetzung den rechtlichen Rahmen für den Zugang zu öffentlichen Informationen zu evaluieren, da dies sich bei der Korruptionsbekämpfung als überaus wertvolles Instrument erweisen könnte.

14. Die Versammlung bekundet ihre Genugtuung über die weitreichenden Reformen, die in Bezug auf die Polizeikräfte umgesetzt worden sind. Infolge dieser Reformen konnten Korruption unter Polizisten und Misshandlung von Häftlingen fast ganz beseitigt werden. Übermäßige Gewaltanwendung durch Polizeibeamte während Demonstrationen und Protestaktionen geben weiterhin Anlass zur Sorge, insbesondere weil Beschwerden über den übermäßigen Gewalteinsatz anscheinend nicht systematisch untersucht und überführte Täter nicht verfolgt werden. Mit dieser Frage sollten die Behörden sich beschäftigen, da Polizeibeamte sonst ein Gefühl der Straffreiheit gewinnen könnten.

15. Anhaltende und ineffektive polizeiliche Ermittlungen, gerade auch in politisch heiklen Angelegenheiten, bereiten der Versammlung ebenfalls Sorge. Sie bedauert, dass ungeachtet ihrer wiederholten Forderung nach glaubwürdigen Ermittlungen keine Schuldigen für die Angriffe auf Protestierer während der Demonstrationen von 2007 und 2009 gefunden wurden. Die Versammlung unterstreicht, dass die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte eindeutig nicht nur die Einleitung von Ermittlungen sondern auch deren Effektivität verlangt, damit sie als glaubwürdig gelten können. Die Versammlung ruft die georgischen Behörden zur dringlichen Behandlung dieser Frage auf.

16. Die Versammlung begrüßt die Bemühungen und den politischen Willen der georgischen Behörden, sich des Problems der Überfüllung und der unangemessenen Lebensbedingungen in georgischen Gefängnissen anzunehmen. Sie ist der Ansicht, dass die ständige Zunahme der Häftlingszahlen mit der Folge einer Überfüllung der Anstalten weitgehend auf die sehr strikten, bisweilen sogar unverhältnismäßigen bindenden Aburteilungsvorschriften – selbst für kleinere Delikte – sowie die Bestimmungen zurückzuführen ist, wonach Strafen nacheinander und nicht gleichzeitig zu verbüßen sind. Deshalb nimmt die Versammlung wie folgt Stellung: Sie

16.1. begrüßt die von den georgischen Behörden eingeleitete Ausarbeitung einer Gesamtstrategie zur Liberalisierung des Strafvollzugs mit einer Schwerpunktsetzung bei Aufgaben wie der Prävention von Straftaten und der verstärkten Nutzung verschiedener, nicht mit einer Ingewahrsamnahme verbundener Maßnahmen einschließlich der Diversion, der Mediation und von Mentorprogrammen für Jugendliche, von gemeindenahen Einrichtungen (Community Services), erweiterten bedingten Entlassungen und einer Reform des Bewährungssystems für Erwachsene;

16.2. empfiehlt den Behörden eine Überprüfung der bindenden Aburteilungsleitlinien, die Erwägung alternativer Urteilsformen und die Erarbeitung klarer und verbesserter Leitlinien für eine vorzeitige Entlassung;

16.3. fordert die Behörden zu weiteren Anstrengungen auf, um gegen Misshandlungen in Haftanstalten vorzugehen und die Sicherheit vor Vergeltungsmaßnahmen von Häftlingen zu gewährleisten, die sich über Strafvollzugsbedienstete beschweren;

17. Georgien ist das am stärksten multiethnisch geprägte Land im Kaukasus. Die Versammlung begrüßt darum die anhaltenden Bemühungen der georgischen Behörden, die Integration der verschiedenen Minderheiten in die georgische Gesellschaft zu verbessern. Die Versammlung fordert die Behörden deshalb zu folgenden Schritten auf:

17.1. Verstärkung ihrer Bemühungen um eine verbesserte Teilnahme nationaler Minderheiten am öffentlichen Leben;

17.2. Verbesserung des Systems der Spracherziehung für nationale Minderheiten, unter Einschluss des Unterrichts in Minderheitensprachen und dem Georgischen als zweiter Sprache;

17.3. Durchführung weiterer Maßnahmen zur Bekämpfung der Randständigkeit der Roma-Bevölkerung;

17.4. Verstärkung ihrer Bemühungen um die Bekämpfung aller Formen der Intoleranz und hasserfüllter Äußerungen aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit, des Glaubens, des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung.

18. Die Versammlung begrüßt die Annahme des Nationalen Toleranz- und Integrationskonzepts sowie die Errichtung einer behördenübergreifenden Kommission für Minderheitenfragen, um die Umsetzung des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten zu fördern. Eine der noch nicht erfüllten Beitrittsverpflichtungen Georgiens ist die Verabschiedung eines umfassenden Gesetzes zum Schutz nationaler Minderheiten. Die Versammlung wäre bereit, der Auffassung zuzuneigen, dass diese Beitrittsverpflichtung erfüllt ist, soweit ein rechtlicher Gesamtrahmen zum Schutz nationaler Minderheiten vorliegt, der sich aus einer Reihe einzelner Gesetze ergibt und nach Ansicht des Beirats für das Rahmenübereinkommen angemessen ist und uneingeschränkt den europäischen Standards genügt.

19. Religiöse Freiheit und Toleranz sind Grundprinzipien zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Festigung einer demokratischen Gesellschaft. Die Versammlung ist darum besorgt über das Fehlen

eines wirklichen rechtlichen Status von und eines Rechtsschutzes für andere Bekenntnisse und Glaubensgemeinschaften als der georgischen orthodoxen Kirche. Darum ruft die Versammlung die georgischen Behörden zu folgenden Maßnahmen auf:

19.1. Annahme eines spezifischen Religionsgesetzes, das allen Glaubensgemeinschaften und Bekenntnissen des Landes einen angemessenen und gleichen rechtlichen Status und Schutz bietet;

19.2. Lösung der offenen Fragen in Bezug auf die Rückgabe während der Sowjetzeit konfiszierter historischer religiöser Besitztümer an die jeweiligen Glaubensgemeinschaften.

20. Die Versammlung bedauert, dass Georgien 10 Jahre nach seinem Beitritt zum Europarat immer noch nicht seiner Beitrittsverpflichtung nachgekommen ist, die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen zu unterzeichnen. Sie ruft die georgischen Behörden dazu auf, die Charta unverzüglich zu unterzeichnen und zu ratifizieren.

21. Die Versammlung begrüßt den klaren politischen Willen der georgischen Behörden, die Frage der Repatriierung der meschetischen Bevölkerung entsprechend ihrer Beitrittsverpflichtung gegenüber dem Europarat zu lösen. Da die Frist für Anträge nach dem Repatriierungsgesetz am 1. Januar 2010 abgelaufen ist, empfiehlt die Versammlung den georgischen Behörden

21.1. die Durchführung einer sachgerechten Beurteilung der Ergebnisse des derzeitigen Prozesses bei Repatriierungsanträgen, sobald über alle Anträge entschieden worden ist;

21.2. ein Höchstmaß an Flexibilität in Formfragen, um sicherzustellen, dass keine Anträge allein aus technischen Gründen abgelehnt werden;

21.3. den unverzüglichen Aufbau eines umfassenden und effizienten Repatriierungs- und Reintegrationsmechanismus.

22. Die Versammlung bekräftigt ihre Verurteilung der anhaltenden Menschenrechtsverletzungen infolge des Krieges von 2008, darunter auch schwerer Verstöße gegen den Grundsatz der Freizügigkeit und das Rückkehrrecht Binnenvertriebener (IDPs) aufgrund der Besetzung der beiden abtrünnigen Regionen Georgiens und des davorliegenden Konflikts. Entsprechend der Entschließung 1683 (2009) „Der Krieg zwischen Georgien und Russland: ein Jahr danach“ ruft die Versammlung die georgischen Behörden dazu auf, glaubwürdige Ermittlungen über die behaupteten Verletzungen der internationalen humanitären und Menschenrechtsgesetzgebung durch Personen anzustellen, die während des Krieges von 2008 gegen Russland ihrer Rechtsprechung oder Kontrolle unterstanden, und internationalen Organisationen den uneingeschränkten Zugang zu den beiden abtrünnigen Regionen zu gewähren.

23. Die Versammlung zeigt sich besorgt über die Art und Weise, auf die in jüngster Zeit IDPs aus ihren Wohnsitzen in Tbilisi vertrieben wurden und fordert die georgischen Behörden auf sicherzustellen, dass eventuelle Ausweisungen in vollem Umfang internationalen Standards genügen.

24. Bis zu weiteren Fortschritten bei den oben genannten Fragen beschließt die Versammlung die Fortführung ihres Monitoringverfahrens in Bezug auf Georgien und bekräftigt ihre Bereitschaft, dem Land bei der Einhaltung seiner Pflichten und Verpflichtungen gegenüber dem Europarat Hilfestellung zu leisten.

Entschließung 1802 (2011)⁴

betr. die Notwendigkeit der Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung des Berner Übereinkommens

1. Die Versammlung verweist auf die Feierlichkeiten anlässlich des 30. Geburtstags des Ständigen Ausschusses des Übereinkommens über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume des Europarates (SEV Nr. 104) (Berner Übereinkommen), das Internationale Jahr der

⁴ Versammlungsdebatte am 13. April 2011 (15. Sitzung) (siehe Dok. 12459, Bericht des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und kommunale und regionale Angelegenheiten, Berichterstatter: Herr Lotman). Von der Versammlung am 13. April 2011 (15. Sitzung) verabschiedeter Text.

biologischen Vielfalt 2010 und die Dekade der Vereinten Nationen für die biologische Vielfalt 2011-2020, ihre Empfehlung 1918 (2019) "Biologische Vielfalt und Klimawandel" und die anlässlich des europäischen Tages der biologischen Vielfalt am 28. April 2010 gemeinsam von der Versammlung, dem Kongress der Gemeinden und Regionen Europas und der Konferenz der nichtstaatlichen Organisationen des Europarates unterzeichneten Erklärung.

2. Die Versammlung bedauert in diesem Zusammenhang zutiefst, dass der Rückgang der Artenvielfalt derzeit schneller abläuft als das natürliche Aussterben, was das globale politische Scheitern im Hinblick auf die Erreichung des Biodiversitätsziels und den Stopp des Verlusts der Artenvielfalt bis 2010 verdeutlicht, die bei der Vertragsstaatenkonferenz für das Übereinkommen zum Schutz der Artenvielfalt 2002 vereinbart wurden.

3. Die Umwelt betrifft im weitesten Sinne die Menschen und ihre natürliche Umgebung insofern, als sie eine geschlossene Einheit bilden, die ökologisch ausgewogen ist und die Entwicklung begünstigt. Die Versammlung verweist auf Grundsatz 1 der Stockholmer Erklärung (Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen, 1972), in dem es heißt: "Der Mensch hat ein Grundrecht auf Freiheit, Gleichheit und angemessene Lebensbedingungen in einer Umwelt, die so beschaffen ist, dass sie ein Leben in Würde und Wohlergehen ermöglicht. Er hat die feierliche Pflicht, die Umwelt für gegenwärtige und künftige Generationen zu schützen und zu verbessern."

4. Die Versammlung erinnert an ihre Empfehlung 1885 (2009) betreffend die Abfassung eines Zusatzprotokolls zur Menschenrechtskonvention in Bezug auf das Recht auf eine gesunde Umwelt und Entschließung 10/4 des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen betreffend Menschenrechte und Klimawandel und die erklärende Studie des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte und hebt hervor, dass sich jegliche Verschlechterung bei der Bereitstellung von Umweltdienstleistung unmittelbar auf eine Reihe universell anerkannter grundlegender Menschenrechte auswirkt, d. h. das Recht auf Leben und Nahrung, Zugang zu Wasser, Gesundheit, angemessenen Wohnraum, das Recht auf Eigentum und Landnutzung.

5. Sowohl die Versammlung als auch der Ständige Ausschuss des Berner Übereinkommens haben bereits Aktivitäten identifiziert und bekämpft, die an verschiedenen Orten in Europa schädlich für die Umwelt sind, auch solche, die fragile ökologische Gebiete betreffen. Die Versammlung bekräftigt hiermit erneut ihre Entschlüsse und Empfehlungen im Hinblick auf konkrete Fragen des Umweltschutzes, wie Entschließung 1444 (2005) betr. den Schutz europäischer Deltas sowie Empfehlung 1837 (2008) betr. die Bekämpfung von Umweltschäden im Schwarzen Meer. Sie ruft auch zur vollständigen Umsetzung der Empfehlungen des Ständigen Ausschusses des Berner Übereinkommens auf.

6. Darüber hinaus wirken sich gemäß Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte Umweltzerstörung, der Rückgang der Artenvielfalt und die Veränderung von Ökosystemen indirekt auch auf andere von der Europäischen Menschenrechtskonvention geschützte Menschenrechte aus: die Achtung des Privat- und Familienlebens sowie der Wohnung (Artikel 8), den Zugang zu Informationen (Artikel 2 und 8), den Zugang zur Justiz und anderen Rechtsbeschwerden (Artikel 13), Informationen und Kommunikation und das Recht, Informationen und Ideen zu empfangen und weiterzugeben (Artikel 10).

7. Wissenschaftlichen Studien zufolge muss Europa mit einer Erwärmung rechnen, die die durchschnittliche globale Erwärmung übersteigt, wobei die Wintererwärmung im Norden und die Sommererwärmung in der Mittelmeerregion am stärksten sind - in beiden Fällen liegt die Erwärmung um das Doppelte über der prognostizierten durchschnittlichen Erwärmung. Veränderungen der Lebensräume, Arten, ihrer geografischen Verbreitung, ihrer Wanderungsbewegungen und letztlich der Zusammensetzung und des Funktionierens der europäischen Ökosysteme werden sich auch unweigerlich auf ihre Fähigkeit auswirken, die verschiedenen Dienstleistungen zu erbringen, von denen die menschliche Gesellschaft abhängt.

8. Während die Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen für die Reduzierung der negativen Folgen auf die Umwelt und Artenvielfalt mittel- und langfristig von grundlegender Bedeutung sind, sind darüber hinaus konkrete Maßnahmen notwendig, um die Anpassung natürlicher und bewirtschafteter Ökosysteme an den laufenden Prozess des Klimawandels zu fördern. Eine spontane Anpassung reicht nicht aus, um die Auswirkungen auf den Artenreichtum auf allen Ebenen zu reduzieren, d. h. auf gefährdete Ökosysteme oder das langfristige menschliche Wohlergehen.

9. Die Versammlung ist daher der Auffassung, dass entschlossene Maßnahmen zum Schutz der Lebensräume von Tieren und Pflanzen sowie eine gute Bewirtschaftung und der Ausbau vorhandener Netze von

Schutzgebieten Voraussetzungen für erfolgreiche nationale und europäische Strategien zum Schutz der biologischen Vielfalt vor dem Hintergrund des Klimawandels sind.

10. Die Versammlung begrüßt die Initiative der Europäischen Union, die auf die Erarbeitung der Biodiversitätsstrategie der Europäischen Union nach 2010 im Benehmen mit Bürgern, Interessengruppen, der öffentlichen Verwaltung, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft abzielt, um den Beitrag der Europäischen Union zur Vermeidung des globalen Verlusts der Artenvielfalt zu erhöhen.

11. In diesem Zusammenhang fordert die Versammlung die Europäische Union und die betreffenden Mitgliedstaaten des Europarates auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um noch mehr zur Erreichung des globalen Biodiversitätsziels beizutragen, das von den Vertragsparteien des Übereinkommens zum Schutz der Artenvielfalt festgelegt wurde, und insbesondere um die Empfehlungen und Entschlüsse des Ständigen Ausschusses des Berner Übereinkommens umzusetzen.

Empfehlung 1964 (2011)⁵

betr. die Notwendigkeit der Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung des Berner Übereinkommens

1. Die Versammlung verweist auf ihre Entschlüsse 1802 (2012) und fordert eine Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung des Übereinkommens des Europarates über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume (SEV Nr. 104), des ersten umfassenden Rechtsinstrumentes für den gesamteuropäischen Naturschutz, der nach wie vor der wichtigste Vertrag für den Schutz der biologischen Vielfalt im Rahmen des Europarates ist.

2. Die Versammlung erinnert an den allgemeineren Rechtsrahmen im Bereich des Naturschutzes und der biologischen Vielfalt, der das Berner Übereinkommen ergänzt, vor allem das Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz der Artenvielfalt, das Übereinkommen über Feuchtgebiete von internationaler Bedeutung (Ramsar-Übereinkommen), das Europäische Landschaftsübereinkommen des Europarates (SEV Nr. 176) und die Richtlinien der Europäischen Union über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten und zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume.

3. Angesichts dieser Erwägungen empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee,

3.1. die Russische Föderation und San Marino aufzufordern, das Berner Übereinkommen zu unterzeichnen und zu ratifizieren;

3.2. die Wirksamkeit des Berner Übereinkommens in Afrika zu bewerten und gegebenenfalls weitere Länder aufzufordern, dem Übereinkommen beizutreten, um eine umfassende geografische Erfassung zu bieten, Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit dem Afrikanischen Übereinkommen über den Schutz der Natur und Naturressourcen (Algier-Übereinkommen) zu prüfen und die Zusammenarbeit mit dem Abkommen zur Erhaltung der afrikanisch-eurasischen wandernden Wasservögel (AEWA) fortzusetzen und zu entwickeln;

3.3. die Parteien und Beobachter des Berner Übereinkommens aufzufordern, die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union zu verstärken, um eine Vereinbarkeit zwischen dem Smaragdgebietsnetz nach dem Berner Übereinkommen und dem "Natura 2000"-Netz geschützter Lebensräume herzustellen, die sich aus der Richtlinie der Europäischen Union zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume ergeben, und insbesondere im Hinblick auf

3.3.1. die Schaffung von Schutzgebietsnetzen

3.3.1.1. die Listen der Arten und Lebensräume durch die koordinierte Interpretation der in den Listen enthaltenen Lebensraumtypen zu harmonisieren;

⁵ Versammlungsdebatte am 13. April 2011 (15. Sitzung) (siehe Dok. 12459, Bericht des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und kommunale und regionale Angelegenheiten, Berichterstatter: Herr Lotman). Von der Versammlung am 13. April 2011 (15. Sitzung) verabschiedeter Text.

- 3.3.1.2. die Bestimmungen für die Ausweisung der Orte zu verstärken;
 - 3.3.1.3. die Ausweisung von Schutzgebieten in allen Vertragsstaaten des Berner Übereinkommens voranzutreiben, um die beiden vorhandenen europäischen Schutzgebietsnetze auszubauen und zu vervollständigen;
 - 3.3.1.4. eine umfassende Bewertung des Smaragdnetzes ähnlich des "Natura 2000"-Barometers vorzunehmen;
 - 3.3.1.5. Daten, die für Gebiete mit besonderem Schutzinteresse von Belang sind, der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, darunter die Kartografierung von ausgewiesenen Gebieten auf gesamteuropäischer Ebene, die mit geografischen Informationssystemen kompatibel und im Internet verfügbar ist;
 - 3.3.1.6. die Entwicklung des Smaragdnetzes in das Entwicklungshilfeprogramm der Europäischen Union zu integrieren, d. h. mithilfe der Beitritts- und Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union;
- 3.3.2. die Bewirtschaftung von Schutzgebieten
- 3.3.2.1. die Berichts- und Umsetzungsmechanismen zu stärken, um mithilfe von Verstoßverfahren, die den Verfahren der Europäischen Union ähneln, auf Fälle von Nichtbeachtung reagieren zu können;
 - 3.3.2.2. die vorhandenen Leitlinien durch speziellere Beratung über Bewirtschaftungsplanungen und -maßnahmen zu stärken;
 - 3.3.2.3. eine Software für die Bewirtschaftungsplanung zu entwickeln, die die für die Beschreibung der Gebiete genutzte Software ergänzen könnte;
 - 3.3.2.4. einen systematischeren Überblick über die Lage der Lebensräume und Arten in Schutzgebieten auf gesamteuropäischer Basis zu gewinnen und dabei die Daten des Europäischen Naturschutzdiploms sowie Prozessakten und Beschwerden zu nutzen;
 - 3.3.2.5. eine Bestandsaufnahme der Umsetzung der zahlreichen vom Ständigen Ausschuss des Berner Übereinkommens verabschiedeten Empfehlungen vorzunehmen;
 - 3.3.2.6. die Kohärenz der Netze zu gewährleisten und Infrastrukturentwicklungen zu vermeiden, die Wanderungskorridore durchschneiden;
 - 3.3.2.7. den Schutz von Smaragdgebieten in vergleichbarer Weise wie den Schutz von "Natura 2000"-Gebieten zu gewährleisten;
- 3.3.3. den Artenschutz
- 3.3.3.1. wenn die in Anhang II des Berner Übereinkommens genannten Arten ein sicheres ökologisches Niveau erreicht haben und diese Handlung den aktuellen günstigen Status nicht beeinträchtigen würde, zu prüfen, ob einige der biogeografischen Populationen in Anhang III überführt werden können und ob auch eine Verschiebung in umgekehrte Richtung möglich ist, d. h. Arten, die in Anhang III genannt werden und keinen günstigen Status haben, wobei eine überhastete Verschiebung von Arten von einem Anhang in den anderen ohne angemessene Bewertung ihres Status vermieden werden sollte;

- 3.3.3.2. die Bemühungen um die deutliche Reduzierung der Populationen von eingewanderten Arten in Europa zu verstärken und die Einführung neuer Arten zu verhindern;
- 3.4. die Parteien und Beobachter des Berner Übereinkommens aufzufordern, die Umsetzung der Empfehlungen des Ständigen Ausschusses voranzubringen und gegebenenfalls Umweltgesetze effizient durchzusetzen, um insbesondere
- 3.4.1. den globalen Verlust der Artenvielfalt, den Verlust von Lebensräumen und die Zersiedlung der europäischen Landschaft zu bekämpfen und sich mit dem Schutz der Vielfalt der Lebensräume, bei denen es sich nicht um bestimmte Schutzgebiete handelt, zu befassen;
- 3.4.2. den Ökosystemansatz zu nutzen und umfassende Netze heterogener Lebensräume zu bewahren;
- 3.4.3. den Schutz der biologischen und landschaftlichen Vielfalt in allen Sektoren, z.B. Raumordnung, Infrastrukturentwicklung, Bau, Bergbau und Land- und Forstwirtschaft sowie den Schutz der Umwelt vor Verschmutzung, darunter die Abschwächung des Klimawandels und die Anpassung an diesen, zu integrieren;
- 3.5. das Berner Übereinkommen und die Arbeit des Lenkungsausschusses und seiner Experten-Gruppe international stärker in den Mittelpunkt zu rücken und dafür zu sorgen, dass dies als einer der vorrangigen Bereiche des Europarates betrachtet wird.

Entschließung 1803 (2011)⁶

betr. Erziehung zur Gewaltfreiheit in der Schule

1. Die Parlamentarische Versammlung ist zutiefst darüber besorgt, dass zu viele Schulen in Europa immer noch mit sehr schwerwiegenden Gewalttaten zu tun haben. Zu den Zwischenfällen gehören bewaffnete oder unbewaffnete Angriffe von Schülern, sexuelle Gewalt, feindselige Handlungen und sogar Angriffe von Schülern auf Lehrer sowie Gewaltanwendung von Lehrern gegen Schüler.
2. Obwohl solche Vorfälle vielleicht weiterhin selten sind, ist die Versammlung doch der Ansicht, dass sie größte Aufmerksamkeit verlangen, da sie für die Beteiligten und ihr unmittelbares Umfeld stets ganz beträchtliche – wenn auch nicht dramatische – Auswirkungen haben und zu Frustration, Angst und einem Gefühl der Unsicherheit führen. Sie sind ein beunruhigendes Zeichen dafür, dass mit den Erscheinungen von Gewalt in Schule und Gesellschaft ganz allgemein trotz einiger Bemühungen nicht angemessen umgegangen wird.
3. Humanismus, gewaltfreies Verhalten, Toleranz und gegenseitiger Respekt sind gemeinsame Grundwerte, die der Europarat seit seiner Gründung vor sechs Jahrzehnten hochhält, und die Organisation unternimmt schon seit langem Anstrengungen, um jede Art von Gewalt – gerade auch gegen Kinder – zu bekämpfen.
4. Grundlegende Sicherungen bestehen in den Artikeln 3 und 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention (SEV Nr. 5) und der revidierten Europäischen Sozialcharta (SEV Nr. 163). In letzterer heißt es in Artikel 17, dass Kinder und Jugendliche das Recht auf angemessenen sozialen, gesetzlichen und wirtschaftlichen Schutz haben, um die effektive Wahrnehmung ihres Rechts sicherzustellen, in einer Umgebung aufzuwachsen, die die volle Entwicklung ihrer Persönlichkeit und ihrer körperlichen wie geistigen Fähigkeiten fördert.
5. Die Versammlung hat sich mit diesen Fragen in vielen Texten beschäftigt, so in der Empfehlung 561 (1969) über den Schutz von Minderjährigen vor Misshandlung, der Empfehlung 1666 (2004) über ein europaweites Verbot der körperlichen Züchtigung von Kindern, der Empfehlung 1778 (2007) über Kinder als Opfer: Beseitigung aller Formen von Gewalt, Ausbeutung und Missbrauch, der Empfehlung 1905 (2010) und der

⁶ Versammlungsdebatte am 13. April 2011 (15. Sitzung) (siehe Dok. 12513, Bericht des Ausschusses für Kultur, Wissenschaft und Bildung, Berichterstatter: Herr Flego). Von der Versammlung am 13. April 2011 (15. Sitzung) verabschiedeter Text. Siehe auch Empfehlung 1965 (2011).

Entschließung 1714 (2010) über Kinder, die Zeugen häuslicher Gewalt werden sowie der Empfehlung 1934 (2010) über Kindesmissbrauch in Institutionen: Sicherstellung des uneingeschränkten Opferschutzes.

6. Standards für den Schutz von Kindern vor Gewalt enthalten auch die Empfehlung des Ministerkomitees Nr. R (79) 17 über den Schutz von Kindern vor Misshandlung, die Empfehlung Nr. R (85) 4 über Gewalt in der Familie und die Empfehlung CM/Rec(2009)10 über integrierte nationale Strategien zum Schutz von Kindern vor Gewalt. Die Versammlung erinnert auch an die Allgemeine Politische Empfehlung Nr. 10 der Kommission gegen Rassismus und Intoleranz zur Bekämpfung von Rassismus und Rassendiskriminierung bei der und über die schulische(n) Erziehung.

7. Die Konvention der Vereinten Nationen von 1989 über die Rechte des Kindes gewährleistet die harmonische und sichere Entwicklung jedes Kindes, und ihr Artikel 19 nimmt ausdrücklich Bezug auf den Schutz von Kindern vor Gewalt. Die Versammlung begrüßt in diesem Zusammenhang die Arbeit des Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen zu Gewalt gegen Kinder.

8. Die Versammlung erinnert daran, dass gemäß Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, „die Ausbildung die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und die Stärkung der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zum Ziele haben [soll]. Sie soll Verständnis, Duldsamkeit und Freundschaft zwischen allen Nationen und allen rassischen oder religiösen Gruppen fördern“.

9. Ungeachtet der weltweiten Verurteilung scheint Gewalt leider ein nur sehr schwer auszurottender Aspekt der menschlichen Beziehungen zu sein. Sie tritt überall auf – zwischen Einzelnen und Gruppen ebenso wie innerhalb von Familien, gesellschaftlichen Gruppierungen und der Gesellschaft schlechthin. Sie kann in direkter körperlicher Aggression zum Ausdruck kommen oder weniger offensichtliche, aber gleichermaßen verderbliche psychische Ausprägungen annehmen. Gewalt in der Schule und gesellschaftliche Gewalt sind miteinander wechselseitig verbunden, weshalb es nicht überrascht, dass verschiedene Formen der Gewalt auch im schulischen Umfeld auftreten.

10. Die Versammlung wird jedoch auch weiterhin mit größter Entschlossenheit gegen alle Formen der Gewalt ankämpfen, insbesondere wenn diese sich gegen Kinder und Jugendliche richtet. In dieser Hinsicht ist es von allergrößter Bedeutung, sich der Frage der Gewalt möglichst frühzeitig im schulischen Leben der Kinder zu widmen und eine Erziehung gegen schulische Gewalt einzuführen und/oder weiterzuentwickeln.

11. Die radikalen Umwandlungsprozesse in der Bildungspolitik haben deutlich gemacht, dass es möglich ist, Ergebnisse zu erzielen und Denkweisen zu verändern: Die autoritären Unterrichtsmethoden sind allmählich einem nichtautoritären Stil gewichen und haben dabei oft eine kritische Haltung zu autoritären Positionen gefördert. Ähnliche Entwicklungen gibt es auch bei den Eltern-Kind-Beziehungen und in der Gesamtgesellschaft.

12. Forschungen über schulische Gewalt werden in vielen Ländern betrieben, und mehrere Regierungen haben nationale Programme zur Bekämpfung dieser Form von Gewalt aufgebaut. Die Versammlung begrüßt auch die diesbezügliche Arbeit des European Network of Ombudspersons for Children. Die Ergebnisse sind ermutigend, aber es bedarf weiterer Anstrengungen, um die Gewalt in den Schulen zu vermindern.

13. Wenn dieses Problem nicht angemessen angegangen wird, werden die entstehenden gesellschaftlichen und finanziellen Kosten deutlich die Ausgaben übersteigen, die umfassendere Programme zum effektiveren Umgang mit Gewalt nach sich ziehen würden – von dem menschlichen Leid der Kinder, die der Gewalt ausgesetzt sind und waren, ganz zu schweigen.

14. Es ist dabei natürlich von entscheidender Bedeutung, Gewalt zu verbieten, straf- oder disziplinarrechtliche Gewalttaten den Polizei- oder Disziplinarbehörden vorzutragen und entsprechende Sanktionen auszusprechen und umzusetzen. Sanktionen sind allerdings das letzte Mittel und helfen nicht wirklich weiter. Präventivmaßnahmen und die Unterstützung von Opfern sind noch notwendiger. Hier ist der Umstand zu bedenken, dass gewalttätige Kinder aller Wahrscheinlichkeit nach selbst Opfer sind. Außerdem muss unter Achtung der Menschenwürde und der Privatsphäre der Opfer ein Höchstmaß an Transparenz sichergestellt werden.

15. Angesichts der Komplexität unserer Gesellschaft und der zahlreichen Faktoren, die gewalttätiges Verhalten verursachen können, muss auf verschiedenen Ebenen gehandelt und müssen alle entscheidenden

Beteiligten einbezogen werden, vor allem Familien, Lehrer und Schüler, um schulische Gewalt effektiv zu bekämpfen.

16. Die Medien stellen gewalttätige Inhalte in unterschiedlicher Form seit Jahrzehnten dar, und die Diskussion über die Auswirkungen solcher Inhalte läuft seit genauso langer Zeit. Mit der Entwicklung neuer Formen interaktiver Online-Medien haben sich potenziell stärkere psychische Folgen ergeben, die näher untersucht werden sollten. Andererseits kann eine informelle Bildung über die Medien, da Kinder immer mehr Zeit auf die Mediennutzung verwenden, positive Wirkungen zeitigen und sollte darum ernsthafter geprüft und untersucht werden.

17. Die Versammlung beschließt deshalb folgende Leitsätze zur gewaltfreien Erziehung an Schulen und ruft die Mitglieder sowie die beobachtenden Parlamente dazu auf, sie mitzutragen und sicherzustellen, dass die zuständigen staatlichen Stellen die Schulen administrativ, logistisch und finanziell unterstützen und die Umsetzung der nachstehenden Grundsätze überwachen:

17.1. rechtlicher Rahmen und Verwaltungspraxis:

17.1.1. straf- und/oder disziplinarrechtliche Standards sollten ganz klar alle Handlungen in der Schule untersagen, die als „gewalttätig“ bezeichnet werden können, darunter auch körperliche oder erniedrigende Strafen für Schüler, Gewalt von Schulpersonal gegen Schüler, Gewalt Dritter gegen Schüler auf dem Schulgelände sowie gewalttätiges Verhalten von Schülern gegen andere Schüler, Schulpersonal oder Schuleigentum;

17.1.2. es sollten straf- und/oder disziplinarrechtliche Standards vorgesehen werden, die der Schwere dieser Handlungen entsprechen, wobei jedoch bei jugendlichen Gewalttätern den Leitlinien Rechnung getragen werden sollte, die in der Empfehlung CM/Rec(2008)11 des Ministerkomitees über europäische Rechtsvorschriften für Sanktionen oder Maßnahmen unterliegende jugendliche Straftäter sowie in dem Issue Paper von 2009 über Kinder- und Jugendjustiz des Menschenrechtskommissars des Europarats verankert sind;

17.1.3. alle Gewaltakte sollten untersucht und erfasst werden, und wenn eine Tat hinreichend schwerwiegend ist, sollte sie den zuständigen Polizei- oder Disziplinarbehörden gemeldet werden; dabei sollten im schulischen Bereich geeignete Beschwerdemechanismen für Schüler geschaffen werden;

17.1.4. Verwaltungsverfahren in Bezug auf Gewalttaten in der Schule sollten den Eltern das Recht geben, zügig und angemessen unterrichtet zu werden und den Opfern das Recht auf Schutz ihrer Privatsphäre gewährleisten;

17.1.5. Schulleiter sollten für die Umsetzung der obigen Verpflichtungen beruflich verantwortlich gemacht werden;

17.2. Bewusstmachung und Schulung:

17.2.1. in der Schule sollte eine Kultur der Demokratie und der Menschenrechte gefördert werden, die der Charta des Europarats über demokratische Bürger- und Menschenrechtserziehung entspricht, wie sie im Rahmen der Empfehlung CM/Rec(2010)7 des Ministerkomitees angenommen wurde;

17.2.2. die Bewusstseinsbildung über Gewaltreduktion, gewaltfreie Konfliktbeilegung und Kinderrechte, gerade auch in der Schule, sollte einen Teil des allgemeinen Lehrplans bilden; Gewalt sollte unter verschiedenen Gesichtspunkten thematisiert werden, so z.B. in Kursen über Geschichte, Literatur, Medien, Kunst, Musik, Sport, Soziologie, Psychologie, Philosophie und Religion oder Ethik;

17.2.3. Lehrer und Schulmitarbeiter sollten obligatorisch darin geschult werden, die verschiedenen Formen der Gewalt (körperlich, psychisch, verbal und im Verhalten) besser zu verstehen und zu lernen, wie diese Gewalt bekämpft und das Recht der Kinder auf eine gewaltfreie Schule geachtet werden kann;

17.2.4. die Fortbildungspläne für Schulmitarbeiter sollten den mit ihren Aufgaben verbundenen spezifischen Erfordernissen Rechnung tragen, ebenso auch den Bedürfnissen der anfälligeren Schüler;

17.3. vorbeugende und unterstützende Maßnahmen:

17.3.1. es sollten strenge Sicherheitsmaßnahmen ergriffen werden, um das Verbot der Einbringung von Waffen und Drogen in Schulen durchzusetzen und Straftaten im schulischen Bereich zu verhindern;

17.3.2. die Lehrmethoden sollten dazu beitragen, den Ursachen der Gewalt nachzugehen und zu versuchen zu verhindern, dass einzelne Schüler sich isoliert oder ausgeschlossen fühlen; deshalb sollten die Schulen Schülern mit Lernschwierigkeiten sowie körperlichen, sozialen oder anderen Problemen spezifische Unterstützung anbieten, die Konkurrenzsituation in den Klassen abbauen, Teamarbeit, Kooperation und Toleranz fördern und Schülern Möglichkeiten bieten, ihre körperlichen oder psychischen Spannungen durch Sport, Musik oder künstlerische Gestaltung gewaltfrei unter Kontrolle zu bringen;

17.3.3. zu den Schulmitarbeitern sollten auch spezialisierte Fachberater gehören, die darin geschult sind, Schülern zu helfen, die Gewalt erleiden mussten sowie denen, die innerhalb oder außerhalb der Schule Gewaltakte begangen haben; außerdem sollten Schülern, Eltern und Lehrern Mediatoren und Psychologen zur Verfügung stehen;

17.3.4. in den jeweiligen Schulbezirken sollten fachlich geschulte Teams mit den benötigten Kenntnissen und Erfahrungen aufgebaut werden, um Schulen zu beraten, die vor besonderen Schwierigkeiten stehen;

17.4. verstärkte Einbindung der Schüler und ihrer Familien:

17.4.1. die Schulen sollten praktische Projekte und extrakurrikulare Aktivitäten ausarbeiten (wie z.B. Foren, Runde Tische, Tage der Offenen Tür), die sich auf das Problem der Gewalt in der Schule beziehen und Lehrer, Schüler und Eltern zusammenführen; dabei sollte einem unaufgeregten Medienkontakt (Printmedien, Musik, Fernsehen, Film, Internet, Mobiltelefon usw.) im Hinblick auf schulische Gewalt und Gewalt im Alltagsleben (wie Gewalt in der Familie, Gruppengewalt und kriminelle Gewalt) besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden;

17.4.2. die Schulen sollten freiwillige Programme mit Eltern organisieren, um ihnen auf diese Weise zu helfen, ihre elterliche Verantwortung zu übernehmen und die volle Anerkennung und Achtung der Rechte der Kinder sicherzustellen;

17.4.3. bei der Durchführung spezifischer Projekte und Aktivitäten sollten die Schulen an eine Zusammenarbeit mit NRO denken, die über spezifische Kenntnisse und Erfahrungen mit der Erziehung gegen Gewalt verfügen;

17.5. Monitoring und Bewertung:

17.5.1. die nationalen Stellen sollten ein System zur zentralen Erfassung statistischer Daten über schulische Gewalt und die Ergebnisse errichten, die mit verschiedenen zur Bekämpfung dieser Erscheinung durchgeführten Maßnahmen erzielt wurden;

17.5.2. es sollten nationale Erhebungen angestellt werden, um gute Praktiken zu erkennen; die Zusammenarbeit zwischen Schulen auf einzelstaatlicher wie auf europäischer Ebene sollte gefördert werden.

18. Die Versammlung bittet den Generalsekretär des Europarats sicherzustellen, dass die Arbeiten zum Thema Kinder und Gewalt bei künftigen Tätigkeitsprogrammen Priorität des Europarats bleiben.

19. Die Versammlung bittet den Gemeinsamen Jugendrat sowie die Konferenz der Internationalen Nichtregierungsorganisationen des Europarats darum, sich der Versammlung und dem Ministerkomitee bei deren Anstrengungen anzuschließen, durch Tätigkeiten in den entsprechenden Bereichen Gewalt gegen Kinder und schulische Gewalt zu bekämpfen.

Empfehlung 1965 (2011)⁷

betr. Erziehung zur Gewaltfreiheit in der Schule

1. Unter Bezugnahme auf ihre EntschlieÙung 1803 (2011) über Erziehung gegen Gewalt in der Schule ist die Parlamentarische Versammlung der Auffassung, dass schulische Gewalt eine Verletzung der Rechte des Kindes darstellt. Es ist erforderlich, die Ausgestaltung der politischen Praxis bei der gewaltfreien Erziehung in der Schule voranzutreiben und die Umsetzung der einzelstaatlichen Maßnahmen besser zu unterstützen, mit denen allen Kinder und Jugendliche betreffenden Formen der Gewalt entgegengewirkt werden soll.

2. Die Versammlung ist der Überzeugung, dass für die Schaffung von Synergieeffekten, die sich verstärkend auf die einzelstaatlichen Politiken in Bezug auf diese komplexe Thematik auswirken können, auf europäischer Ebene ein größeres Maß an Zusammenarbeit erforderlich ist und der Europarat dabei eine aktivere Rolle spielen sollte.

3. Deshalb empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee

3.1. die Unterbreitung der EntschlieÙung 1803 (2011) bei den jeweils zuständigen Ministerien mit der dringenden Aufforderung, den darin enthaltenen Leitlinien Rechnung zu tragen und diese allen ihren Bildungseinrichtungen mitzuteilen;

3.2. die Aufforderung an die nächste Ständige Konferenz der Europäischen Bildungsminister, in enger Zusammenarbeit mit dem zuständigen Lenkungsausschuss des Europarats über ihre Bildungsminister ganzheitliche und vorausseilende bildungspolitische Maßnahmen gegen Gewalt in Schulen und ganz allgemein in der Gesellschaft zu erarbeiten;

3.3. die Unterstützung von Mitgliedstaaten in Konfliktzonen oder Post-Konflikt-Gebieten bei der Erarbeitung praktischer Schulprojekte gegen schulische Gewalt sowie Gewalt in der Familie, der Gesellschaft und zwischen Nationen;

3.4. die Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Förderung einer Kultur der Demokratie und der Menschenrechte in der Schule in Übereinstimmung mit der Charta des Europarats über Erziehung zum demokratischen Staatsbürgertum und in Fragen der Menschenrechte, die in Verbindung mit der Empfehlung CM/Rec(2010)7 des Ministerkomitees angenommen wurde;

3.5. die Schaffung einer engeren Zusammenarbeit mit dem Europäischen Netzwerk von Kinderombudsleuten (ENOC) und seine direkte Unterstützung wie auch die seines Sekretariats in StraÙburg;

3.6. die Einleitung einer direkten Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission in Bezug auf deren Arbeiten an einer EU-Strategie für die Rechte des Kindes und Bestrebungen zur Ausweitung dieser Arbeiten auf sämtliche Mitgliedstaaten des Europarats;

3.7. die Zusammenarbeit mit dem Sonderrepräsentanten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für Gewalt gegen Kinder und die engere Koordinierung der regionalen europäischen Maßnahmen auf diesem Gebiet;

⁷ Versammlungsdebatte am 13. April 2011 (15. Sitzung) (siehe Dok. 12513, Bericht des Ausschusses für Kultur, Wissenschaft und Bildung, Berichterstatter: Herr Flego). Von der Versammlung am 13. April 2011 (15. Sitzung) verabschiedeter Text. Siehe auch Empfehlung 1965 (2011).

3.8. die Einleitung einzelstaatlicher Aktionspläne gegen Gewalt in den Neuen Medien über die zuständigen Ministerien, nach Möglichkeit in Zusammenarbeit mit Kinderschutzeinrichtungen und -organisationen sowie Medien- und Internetunternehmen.

Entschließung 1804 (2011)⁸

betr. den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Fettleibigkeit und Typ-2-Diabetes

1. Die Parlamentarische Versammlung betont die grundlegende Bedeutung des Schutzes der Gesundheit und des Wohlergehens von Kindern und Jugendlichen und bedauert den jüngsten Anstieg in Europa und anderen Teilen der Welt von Fettleibigkeit und Typ-2-Diabetes bei ihnen. Fettleibigkeit und Typ-2-Diabetes, eine erworbene Stoffwechselstörung, sind vermeidbare, lebensverkürzende Bedingungen, die andere Krankheiten verursachen können (darunter Herz-Kreislauferkrankungen und Krebs); sie wirken sich nachteilig auf die Lebensqualität der Betroffenen aus und stellen eine erhebliche Belastung für die Gesundheitssysteme dar. Die Versammlung ist daher der Ansicht, dass die Mitgliedstaaten dringend auf diese öffentliche Gesundheitskrise reagieren müssen.

2. Die Versammlung begrüßt daher die Globale Strategie zur Ernährung, körperlichen Aktivität und Gesundheit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als Referenzrahmen für die Initiativen der Mitgliedstaaten zur Senkung der Risikofaktoren und Förderung eines gesunden Lebensstils und eines gesunden Lebensumfelds. Sie ruft die Mitgliedstaaten auf, die Europäische Charta zur Bekämpfung der Adipositas umzusetzen, die auf der Europäischen Ministerkonferenz der WHO zur Bekämpfung der Adipositas, die vom 15. bis 17. November 2006 in Istanbul (Türkei) stattfand, verabschiedet wurde.

3. Die Versammlung ersucht die Mitgliedstaaten, die Prävention der Fettleibigkeit aus der Perspektive des Rechts von Kindern und Jugendlichen auf Gesundheit und ein gesundes Lebensumfeld im Rahmen der Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes zu betrachten, die die Vertragsstaaten dazu aufruft, das Recht der Kinder auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit sowie auf Inanspruchnahme von Einrichtungen zur Behandlung von Krankheiten und zur Wiederherstellung der Gesundheit (Artikel 24) anzuerkennen.

4. Die Versammlung ruft die Mitgliedstaaten auf, dringende Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor dem Beginn und den Folgen von Fettleibigkeit und Typ-2-Diabetes zu ergreifen, insbesondere Maßnahmen zur Förderung gesunder Ernährungsgewohnheiten, eines gesunden Lebensstils und einer gesunden Lebensumwelt. Die geplanten Maßnahmen sollten dem Grundsatz der Wahrung der besten Interessen des Kindes angemessen Rechnung tragen.

5. Zur Förderung gesunder Ernährungsgewohnheiten empfiehlt die Versammlung den Mitgliedstaaten,

5.1. Maßnahmen zur Verbesserung des Inhalts der Nahrung vom frühesten Alter an zu ergreifen, und zwar durch

5.1.1. die Förderung des Stillens ab der Geburt bis zu einem Alter von sechs Monaten, unter gebührender Beachtung der Entscheidung der Mutter;

5.1.2. eine gesündere Nahrungsmittelverarbeitung und die Beseitigung synthetischer Transfette, Konservierungsstoffe und anderer Chemikalien in Nahrungsmitteln;

5.1.3. die Verbesserung der Schulmahlzeiten und die Minimierung des Konsums ungesunder Nahrungsmittel und Getränke;

⁸ Versammlungsdebatte am 13. April 2011 (15. Sitzung) (siehe Dok. 12559, Bericht des Ausschusses für Sozialordnung, Gesundheit und Familie, Berichterstatter: Herr Hancock). Von der Versammlung am 13. April 2011 (15. Sitzung) verabschiedeter Text. Siehe auch Empfehlung 1966 (2011).

- 5.2. Gewährleistung des Zugangs und der Verfügbarkeit gesünderer Nahrungsmittel wie Obst und Gemüse für Kinder und Jugendliche, und soweit möglich, gesündere Nahrungsmittel für jedermann erschwinglich zu machen;
- 5.3. eine Regelung der Nahrungsmittelvermarktung (einschließlich Nahrungsmittelauszeichnung, Nährwertinformationen und Werbung) zur Senkung des Drucks auf Kinder und Jugendliche und zur Beschränkung der auf Kinder abzielenden Werbung, insbesondere der Fernsehwerbung, in der für Nahrungsmittel mit einem hohen Energie- und einem geringen Nährstoffgehalt oder für Nahrungsmittelprodukte mit einem hohen Zucker-, Salz- oder Fettgehalt geworben wird;
- 5.4. Kinder und Jugendliche sowie ihre Eltern und Erziehungsberechtigten über die Vorteile gesunder Essgewohnheiten sowie die Risiken und langfristigen Folgen des ernährungsmäßig nicht ausgewogenen Fast-Food-Konsums und die Gefahren einer schlechten gesundheitlichen Verfassung aufgrund von induzierter Fettleibigkeit zu informieren;
- 5.5. ihre Steuerpolitiken in Bezug auf Nahrungsmittel zu überprüfen und die Einführung von Steuern auf Nahrungsmittel mit einem hohen Anteil an synthetischen Transfettsäuren, Salz und Zucker zu erwägen und die erzielten Einnahmen zur Senkung der Kosten gesunder Nahrungsmittel insbesondere für Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen zu verwenden oder sie in das Gesundheitssystem zu investieren, um die Behandlung von Menschen mit Fettleibigkeit und Typ-2-Diabetes zu ermöglichen;
- 5.6. die Hersteller und Vertrieber landwirtschaftlicher Nahrungsmittel aufzufordern, sie zu ermutigen und möglicherweise zu verpflichten, sowohl die Zusammensetzung einiger ihrer Produkte (im Hinblick auf Qualität und Gesundheitsstandards) und ihre Aktivitäten zu überprüfen, die den Konsum von weniger gesunden oder ungesunden Produkten fördern.
6. Zur Förderung eines gesunden Lebensstils empfiehlt die Versammlung den Mitgliedstaaten, Maßnahmen zur Verbesserung des Wohlergehens von Kindern und Jugendlichen in allen Lebensbereichen zu ergreifen und Fragen in Verbindung mit der öffentlichen Gesundheit ganzheitlich anzugehen. Hierzu werden die Mitgliedstaaten ersucht,
- 6.1. das Bewusstsein bei Kindern und Jugendlichen im Hinblick auf ihre Entwicklungsbedürfnisse zu schärfen und sie in die Lage zu versetzen, Lebensmittel als Nahrung und nicht als Ersatz zur Befriedigung anderer Bedürfnisse oder gegen Unbehaglichkeit zu identifizieren, sowie sie im Hinblick auf Mittel und Wege zur Stressbewältigung und den Umgang mit negativen Gefühlen wie Trauer und Wut zu erziehen, da diese als Auslöser für einen exzessiven Nahrungsmittelkonsum bekannt sind;
- 6.2. einen aktiveren Lebensstil zu fördern und Kinder und Jugendliche dahingehend zu erziehen;
- 6.3. Kindern und Jugendlichen Gelegenheit für individuelle Leistungen sowohl in einem offiziellen Bildungsumfeld als auch in ihrem sozialen Leben zu geben und auf diese Weise ihre persönliche Autonomie und ihr Gefühl für ihren eigenen Wert zu entwickeln;
- 6.4. die Schulen bei ihren Bemühungen zur Förderung gesunder Essgewohnheiten und Leibeserziehung zu unterstützen und sicherzustellen, dass die Schulen über ausreichende Mittel verfügen, um diese Aufgabe erfolgreich auszuführen; die größtmögliche Verbreitung und Umsetzung der Entschließung ResAP(2005)3 des Ministerkomitees über gesundes Essen in Schulen zu gewährleisten und dabei der Qualität der Schulmahlzeiten besondere Beachtung zu schenken und gesündere Schulmahlzeiten für alle Kinder und Jugendlichen erschwinglich zu machen;
- 6.5. Empfehlung Rec(2003)6 des Ministerkomitees über eine bessere Leibeserziehung und Sport für Kinder und Jugendliche in allen europäischen Ländern umzusetzen, unter anderem durch besseren Zugang zu Sporteinrichtungen für Kinder und Jugendliche (insbesondere in sozial benachteiligten Gebieten) und durch Kampagnen zur Förderung eines aktiveren Lebensstils;
- 6.6. eine umfassende Beteiligung von Kindern und Jugendlichen – auch solchen, die unter Fettleibigkeit bzw. Übergewicht und Typ-2-Diabetes leiden – an der Gesellschaft zu gewährleisten und entschieden gegen diskriminierende Maßnahmen gegen Menschen, die unter Fettleibigkeit leiden, einzutreten.

7. Zur Förderung eines gesunden Lebensumfelds empfiehlt die Versammlung den Mitgliedstaaten,
 - 7.1. spezielle Politiken und Initiativen zur Unterstützung einer gesundheitsfördernden natürlichen und bebauten Umgebung zu unterstützen;
 - 7.2. spezifische Maßnahmen zur Verbesserung der städtischen Mobilität zu ergreifen, beispielsweise durch die Förderung des Radfahrens und Zu-Fuß-Gehens durch bessere städtische Gestaltungs- und Verkehrspolitiken. Maßnahmen zur Förderung flexiblerer Arbeitszeiten sollten den Eltern ebenfalls helfen, ihre Anfahrtszeiten, Pausen und Ruhephasen besser zu nutzen und sicher und bequem Aktivitäten mit ihren Kindern wahrzunehmen.
8. Die Versammlung ruft die Mitgliedstaaten auf, Kindern und Jugendlichen eine angemessene Behandlung gegen Fettleibigkeit und Typ-2-Diabetes zuteil werden zu lassen und sicherzustellen, dass Menschen mit Tendenz zu Fettleibigkeit bzw. den verschiedenen mit ihr zusammenhängenden Komplikationen über einen tatsächlichen Zugang zu medizinischer Beratung und geeigneter Pflege und Behandlung haben. Die Mitgliedstaaten sollten ebenfalls das frühzeitige Eingreifen und die Behandlung von Fettleibigkeit und Typ-2-Diabetes bei Kindern und Jugendlichen verbessern.
9. Die Versammlung empfiehlt, dringende Maßnahmen zu ergreifen, um die Fähigkeit der Mitgliedstaaten zu verbessern, Studien über diese Probleme durchzuführen und Lösungen für sie zu finden, auch durch eine erhebliche Verbesserung der Datensammlung und -analyse (z. B. im Hinblick auf Kinder mit Typ-2-Diabetes). Die Versammlung ruft auch die spezialisierten internationalen Organisationen dazu auf, Forschungsinitiativen, die auf die Umkehrung der Entwicklung der Fettleibigkeits- und Typ-2-Diabetes-Epidemie bei Kindern und Jugendlichen abzielen, angemessen zu unterstützen.
10. Die Versammlung ist der Ansicht, dass eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Gestaltung der an sie gerichteten öffentlichen Gesundheitsprogramme eine wichtige Voraussetzung für deren erfolgreiche Umsetzung ist, und empfiehlt daher, ihre umfassende Beteiligung an allen Maßnahmen, die in den Mitgliedstaaten eingeleitet werden, sicherzustellen.

Empfehlung 1966 (2011)⁹

betr. den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Fettleibigkeit und Typ-2-Diabetes

1. Die Parlamentarische Versammlung verweist auf ihre Entschließung 1804 (2011) betr. den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Fettleibigkeit und Typ-2-Diabetes und lenkt die Aufmerksamkeit des Ministerkomitees auf die Gefahren, die aus dem dramatischen Anstieg von Fettleibigkeit und Typ-2-Diabetes in Europa, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, resultieren.
2. Die Versammlung befürchtet, dass sich die Mitgliedstaaten in den kommenden fünfzehn bis zwanzig Jahren einem dramatischen Anstieg der öffentlichen Gesundheitsausgaben zur Deckung der Kosten für Krankheiten im Zusammenhang mit Fettleibigkeit gegenübersehen werden, wenn heute keine Gegenmaßnahmen getroffen werden.
3. Daher sollte jetzt eine allgemeine Politik zur Verhinderung von Übergewicht und Fettleibigkeit bei Kindern und Jugendlichen und zur Hilfe für die Betroffenen in allen Mitgliedstaaten des Europarates entwickelt und umgesetzt werden.
4. Die Versammlung empfiehlt daher dem Ministerkomitee, eine Reihe von Leitlinien zu erstellen, um die Mitglied- und Beobachterstaaten zu ermutigen, koordinierte Strategien unter Beteiligung der relevanten Sektoren, wie öffentliche Gesundheit, Bildung, Jugend und Sport, zur Prävention und Behandlung von Fettleibigkeit und Typ-2-Diabetes bei Kindern und Jugendlichen zu beschließen und umzusetzen.

⁹ Versammlungsdebatte am 13. April 2011 (15. Sitzung) (siehe Dok. 12559, Bericht des Ausschusses für Sozialordnung, Gesundheit und Familie, Berichterstatter: Herr Hancock). Von der Versammlung am 13. April 2011 (15. Sitzung) verabschiedeter Text.

Entschließung 1806 (2011)¹⁰
betr. Frauen in ländlichen Gebieten in Europa

1. Frauen sind in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht der Motor der Bewahrung, des Schutzes und der Entwicklung ländlicher Gebiete. Sie leisten nicht nur einen Beitrag zum Schutz und zur Weitergabe von Traditionen, sondern repräsentieren auch einen beträchtlichen Teil der Arbeitnehmer in der Landwirtschaft und tragen zur Entwicklung ländlicher Gebiete vor dem Hintergrund des fortwährenden Entvölkerungsprozesses bei.
2. Leider stehen Frauen in ländlichen Gebieten aufgrund bestimmter in ländlichen Gegenden fortbestehender Bedingungen wie Arbeitslosigkeit, Armut, schlechte Verkehrsverbindungen und fehlende Grunddienstleistungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Pflege und aufgrund des Fortbestehens einer traditionellen Mentalität, die eine stereotype Rollenverteilung für Frauen und Männer erzwingt und Frauen eine untergeordnete Rolle im privaten und öffentlichen Leben zuweist, großen Herausforderungen in Bezug auf die Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter und die Inanspruchnahme ihrer Rechte gegenüber. Darüber hinaus sehen sich ethnischen Minderheiten angehörende Frauen in ländlichen Gebieten, insbesondere Roma-Frauen, vielfachen und schwerwiegenden Formen von Diskriminierung gegenüber – häufiger als Männer aus denselben ethnischen Gruppen oder der Bevölkerungsmehrheit angehörende Frauen. Aufgrund dessen verlassen viele Frauen und insbesondere junge Frauen die ländlichen Gebiete, was zusammen mit dem demografischen Wandel den Entvölkerungsprozess auf dem Land weiter verschärft.
3. Dieses Problem verschärft sich häufig dadurch, dass die Mitgliedstaaten des Europarates bei der Erarbeitung und Umsetzung von Gesetzen und politischen Maßnahmen für die Landwirtschaft und ländliche Gebiete geschlechtsspezifische Fragen häufig nicht in angemessenem Umfang berücksichtigen. Dieses Phänomen war in einigen Staaten, die heute Mitglied des Europarates sind, besonders häufig während des Privatisierungsprozesses in den 90er Jahren zu beobachten. Darüber hinaus werden für Frauen in ländlichen Gebieten selten gezielte gesetzliche und politische Maßnahmen erarbeitet.
4. Die Parlamentarische Versammlung stellt fest, dass sich ungeachtet der deutlichen Unterschiede bezüglich der Lage dieser Frauen in den Mitgliedstaaten eine Reihe gemeinsamer Themen feststellen lassen, die Anlass zur Sorge bereiten: Frauen, die auf dem Land leben, werden in nationalen Statistiken nicht ausreichend berücksichtigt, sie haben schlechte Beschäftigungschancen, eingeschränkten Zugang zu Krediten und sozialer Absicherung sowie medizinischen und sozialen Dienstleistungen, sie sind im Hinblick auf Eigentums- und Erbrechte benachteiligt, sie haben Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eingeschränkte - oder gar keine - Entscheidungsbefugnisse in Familienbetrieben.
5. Darüber hinaus stellt die Versammlung mit großer Besorgnis fest, dass Frauen in ländlichen Gebieten in besonderem Maße durch Gewalt gefährdet sind, darunter auch durch so genannte "Ehrenverbrechen" und häusliche Gewalt, und dass für sie in manchen Mitgliedstaaten, in deren ländlichen Gebieten Arbeitslosigkeit und Armut sehr verbreitet sind, ein besonders hohes Risiko besteht, Opfer von Menschenhandel zu werden.
6. Die Versammlung befürchtet, dass die Globalisierung und die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise zusammengekommen die Lebensbedingungen für Frauen in ländlichen Gebieten weiter verschlechtern und ihre Gefährdung bzw. die Gefahr, Opfer von Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen zu werden, steigt.
7. Die Parlamentarische Versammlung fordert deshalb die Mitgliedstaaten des Europarates auf,
 - 7.1. spezielle gesetzliche und politische Maßnahmen zu erarbeiten, die die Lage von Frauen in ländlichen Gebieten in den Mittelpunkt stellen und auf Fortschritte bei der Chancengleichheit abzielen, um die Bedingungen zu schaffen, die Frauen den Verbleib auf dem Land ermöglichen;
 - 7.2. bei der Erarbeitung und Umsetzung aller politischen Maßnahmen, die sich auf die Lage von Frauen in ländlichen Gebieten auswirken, die Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Fragen zu gewährleisten;

¹⁰ Versammlungsdebatte am 14. April 2011 (17. Sitzung) (siehe Dok. 12460, Bericht des Ausschusses für die Gleichstellung von Frauen und Männern, Berichterstatterin: Frau Quintanilla Barba, sowie Dok. 12532, Stellungnahme des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und kommunale und regionale Angelegenheiten, Berichterstatterin: Frau John-Calame). Von der Versammlung am 14. April 2011 (17. Sitzung) verabschiedeter Text.

- 7.3. dafür zu sorgen, dass Frauen in ländlichen Gebieten in die Entwicklung der Agrarpolitik auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene und in alle Entscheidungen, die sie betreffen, einbezogen werden;
 - 7.4. die größere Teilhabe von Frauen in ländlichen Gebieten bei der Entscheidungsfindung und ihre Präsenz im kommunalen politischen Leben, in den Führungsgremien von Unternehmen, Kooperativen und kommunalen Landwirtschaftsämtern und -verbänden zu fördern;
 - 7.5. die korrekte Umsetzung des Gesetzes durch Polizeikräfte und andere Beamte in ländlichen Gebieten in den Bereichen Justiz, Antidiskriminierung, Arbeitsrecht und Strafrecht zu überwachen, um die Achtung der Rechtstaatlichkeit zu stärken;
 - 7.6. dafür zu sorgen, dass Polizeibeamte und Justizangehörige in ländlichen Gebieten Fortbildungen im Hinblick auf die Gleichstellung von Mann und Frau und häusliche Gewalt erhalten, und die Präsenz weiblicher Bediensteter unter ihnen zu fördern;
 - 7.7. Aufklärungskampagnen sowie Informationsdienste, die Frauen in ländlichen Gebieten über ihre Rechte aufklären, durchzuführen oder zu unterstützen;
 - 7.8. die Einrichtung von Foren für den Austausch von Wissen, bestmöglichen Verfahren und Erfahrungen über die Lage von Frauen in ländlichen Gebieten auf nationaler und internationaler Ebene zu fördern;
 - 7.9. Informations- und Kommunikationsnetzwerke zwischen Frauen im ländlichen Raum und Regierungsinstitutionen mit Hilfe von Berufsverbänden, der Zivilgesellschaft und den Medien zu unterstützen;
 - 7.10. eine geschlechtergerechte Haushaltsführung anzuwenden;
 - 7.11. das Übereinkommen des Europarates gegen den Menschenhandel (SEV Nr. 197) zu unterzeichnen und zu ratifizieren, dessen strikte Umsetzung zu gewährleisten und mit seinem Überwachungsmechanismus (GRETA) zusammenzuarbeiten;
 - 7.12. die Verhandlungen über den Entwurf des Übereinkommens des Europarates zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt zu unterstützen.
8. Darüber hinaus ersucht die Versammlung die Mitgliedstaaten des Europarates im Hinblick auf Statistiken,
- 8.1. Statistiken zu erarbeiten, die einen klaren Überblick über die Lage und Lebensbedingungen von Frauen in ländlichen Gebieten verschaffen sollten, um zielgerichtete politische Maßnahmen zu erarbeiten;
 - 8.2. statistische Daten und Informationen über die Gründe, warum Frauen ländliche Gebiete verlassen, zu verbessern, um die für den Stopp dieser Abwanderung notwendigen Maßnahmen umzusetzen;
 - 8.3. Statistikstudien über die Auswirkungen von Armut und sozialer Ausgrenzung in ländlichen Gebieten einschließlich einer Bewertung der Auswirkung geschlechtsspezifischer Fragen vorzulegen, um politische Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Probleme zu erarbeiten;
 - 8.4. die Einrichtung nationaler Beobachtungszentren zu prüfen, die Daten und Informationen sammeln und weitergeben, und die Entwicklung der Lage zu überwachen.
9. In Bezug auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Bedingungen für Frauen in ländlichen Gebieten fordert die Versammlung die Mitgliedstaaten des Europarates auf,
- 9.1. dafür zu sorgen, dass Frauen im Hinblick auf den Zugang zu Eigentums- und Erbrechten nicht diskriminiert werden;

- 9.2. gesetzliche Bestimmungen einzuführen, die sich auf die Idee der "Miteignerschaft" beziehen;
 - 9.3. den Wert unbezahlter oder geringfügig bezahlter Arbeit von Ehefrauen auf dem Bauernhof zu beurteilen, damit er im Falle einer Trennung oder Scheidung der Eheleute berücksichtigt werden kann;
 - 9.4. die Diskriminierung von Frauen beim Zugang zum Arbeitsleben und die Lohndiskriminierung zu stoppen;
 - 9.5. die Bereitstellung von Kleinkrediten, Finanzmitteln und Krediten für Frauen in ländlichen Gebieten zu fördern, die selbst oder im Rahmen von Kooperativen ein Unternehmen gründen wollen, insbesondere für innovative Projekte, die neue Arbeitsplätze für Frauen in ländlichen Gebieten schaffen;
 - 9.6. Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für Frauen in ländlichen Gebieten in die regionalen und kommunalen Entwicklungsstrategien zu integrieren, damit Frauen in ländlichen Gebieten ihre Berufsqualifikationen im Bereich einer nachhaltigen Landwirtschaft verbessern und ihr unternehmerisches Geschick entwickeln können;
 - 9.7. Agrarprodukten einen Mehrwert zu verschaffen, Verkaufszentren für diese Produkte aufzubauen und zur Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft beizutragen;
 - 9.8. den Zugriff auf und die Verfügbarkeit von neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zu fördern;
 - 9.9. die Möglichkeiten der Telearbeit für Frauen in ländlichen Gebieten zu fördern;
 - 9.10. die Beschäftigungschancen in ländlichen Gebieten außerhalb des Agrarsektors, wie Telekommunikation, lokale Dienstleistungen, Tourismus und Freizeit zu erhöhen;
 - 9.11. Anreize für Unternehmen zu schaffen, die beschließen, sich in ländlichen Gebieten niederzulassen und Frauen zu beschäftigen.
10. Im Hinblick auf die Verbesserung der sozialen Bedingungen für Frauen in ländlichen Gebieten fordert die Versammlung die Mitgliedstaaten des Europarates auf,
- 10.1. einen umfassenden rechtlichen Rahmen in Bezug auf den Status mitarbeitender Ehepartner zu entwickeln und ihnen den Zugang zu sozialer Sicherung, Rentenzahlungen, medizinischer Versorgung, Mutterschaftsurlaub und Mutterschutzleistungen zu ermöglichen und die Anwendung nationaler Sicherheits- und Gesundheitsbestimmungen zu gewährleisten;
 - 10.2. ein System zur Erfassung von Personen zu schaffen, die als mitarbeitende Ehepartner tätig sind, um ihnen im Einklang mit EntschlieÙung 1752 (2010) der Versammlung betreffend menschenwürdige Renten für Frauen und EntschlieÙung 1329 (2003) betreffend den Status mitarbeitender Ehepartner in Familienbetrieben die Inanspruchnahme ihrer gesamten sozialen Rechte zu ermöglichen;
 - 10.3. die Arbeitsbedingungen für Frauen und Männer in der Landwirtschaft zu verbessern und einen geschlechterbezogenen Ansatz bei der Risikobewertung und Vermeidung von gesundheitlichen Gefahren für Arbeitnehmer in der Agrarwirtschaft zu gewährleisten. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf die Lage schwangerer Frauen und stillender Mütter gerichtet werden;
 - 10.4. grundlegende Dienstleistungen wie Krippenplätze, Schulpflicht, Dienstleistungen für ältere und behinderte Menschen sowie medizinische und soziale Dienstleistungen auszubauen, um Frauen in ländlichen Gebieten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern;
 - 10.5. die Verfügbarkeit medizinischer Einrichtungen in ländlichen Gebieten und Diensten im Zusammenhang mit sexueller und reproduktiver Gesundheit und Familienplanung zu gewährleisten, gegebenenfalls durch den Einsatz mobiler Einheiten;

- 10.6. Schulwesen, Erwachsenenbildung und Ausbildungsmöglichkeiten für Frauen und Mädchen in ländlichen Gebieten zu fördern;
- 10.7. Informationsstellen und Beratungszentren, die Frauen in ländlichen Gebieten in Bezug auf ihre Rechte und Rechtsvertretung beraten, aufzubauen oder zu fördern;
- 10.8. in Infrastrukturen und Dienstleistungen zu investieren, z.B. in Straßen, den öffentlichen Nahverkehr sowie Breitband- und Internetanschlüsse, auch in entlegenen ländlichen Gebieten, um die Isolation der Einwohner - insbesondere der Frauen - zu reduzieren und ihre Beschäftigungs- und Bildungschancen zu erhöhen;
- 10.9. geeignete Wiedereingliederungsprogramme und -einrichtungen für Opfer des Menschenhandels in ländlichen Gebieten sowie Schutzmechanismen, Dienstleistungen und Zufluchtsorte für die Opfer von Gewalt - einschließlich häuslicher Gewalt - zu schaffen.
11. Schließlich fordert die Versammlung das Europäische Parlament und die Europäische Kommission auf, in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen
- 11.1. ihre Bemühungen um die Gewährleistung der systematischen Berücksichtigung geschlechterspezifischer Fragen in allen politischen und sonstigen Maßnahmen, auch im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Strukturfonds, fortzusetzen;
- 11.2. die Umsetzung der Richtlinie 2010/41 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen, die eine selbständige Erwerbstätigkeit ausüben, und zur Aufhebung der Richtlinie 86/613/EWG des Rates, zu überwachen.

Entschließung 1807 (2011)¹¹

betr. die Todesstrafe in den Mitglied- und Beobachterstaaten des Europarates: ein Verstoß gegen die Menschenrechte

1. Die Parlamentarische Versammlung bekräftigt ihre grundsätzliche Ablehnung der Todesstrafe unter allen Umständen. Sie ist stolz darauf, erfolgreich zur Beseitigung dieser menschenverachtenden und erniedrigenden Strafe in fast allen Ländern Europas beigetragen zu haben, da sie die Abschaffung der Todesstrafe zur Bedingung für den Beitritt zum Europarat gemacht hat.
2. Die Erfahrungen in Europa haben in überzeugender Weise gezeigt, dass die Todesstrafe nicht erforderlich ist, um Gewaltkriminalität einzudämmen, und dass das Ansehen der Politiker, die der Abschaffung der Todesstrafe den Weg geebnet haben, dadurch in der öffentlichen Meinung nicht gelitten hat.
3. Die Versammlung fordert die Vereinigten Staaten von Amerika und Japan als Beobachterstaaten und Belarus, das die Mitgliedschaft im Europarat anstrebt, auf, sich dem wachsenden Konsens unter den demokratischen Ländern anzuschließen, die durch Abschaffung der Todesstrafe die Menschenrechte und die Würde des Menschen schützen.
4. Im Hinblick auf die Vereinigten Staaten von Amerika
 - 4.1. beglückwünscht die Versammlung die US-Bundesstaaten, die in jüngster Zeit die Todesstrafe abgeschafft haben (insbesondere New Mexico, New Jersey und New York), und fordert weitere Bundesstaaten sowie die Bundesgerichtsbarkeit auf, diesem Beispiel zu folgen;
 - 4.2. bedauert die Versammlung, dass die willkürliche und diskriminierende Anwendung der Todesstrafe in den Vereinigten Staaten und die öffentlichen Skandale um die verschiedenen gebräuchlichen

¹¹ Versammlungsdebatte am 14. April 2011 (17. Sitzung) (siehe Dok. 12456, Bericht des Ausschusses für Recht und Menschenrechte, Berichterstatterin: Frau Wohlwend). Von der Versammlung am 14. April 2011 (17. Sitzung) verabschiedeter Text.

Hinrichtungsmethoden (Giftspritze, elektrischer Stuhl, Erschießung) dem Ansehen des Landes Schaden zugefügt haben, das aus Sicht seiner Freunde im Bereich der Menschenrechte Vorbild sein sollte;

4.3. ist die Versammlung der Auffassung, dass insbesondere angesichts der angespannten Haushaltslage der heutigen Zeit die knappen Ressourcen für die Verbesserung der Verbrechensprävention und die Erhöhung der Aufklärungsquote bei schwerwiegenden Straftaten aufgewendet werden sollten, anstatt sie für langwierige rechtliche Auseinandersetzungen einzusetzen, die dem Ziel dienen, einzelne Straftäter hinzurichten.

5. Darüber hinaus fordert die Versammlung im Hinblick auf das Avena-Urteil (Mexiko gegen die Vereinigten Staaten von Amerika) des Internationalen Gerichtshofs

5.1. den Bundesgesetzgeber nachdrücklich auf, Gesetze zu verabschieden, die mexikanischen Staatsangehörigen, die zum Tode verurteilt wurden, ohne dass ihnen die vom Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen vorgeschriebene konsularische Hilfe zuteil wurde, ermöglichen, ein erneutes Verfahren unter Einhaltung korrekter Verfahren zu beanspruchen;

5.2. nachdrücklich, dass alle Justizbehörden in den Vereinigten Staaten die Möglichkeit haben, dafür zu sorgen, dass zukünftig ausländische Staatsangehörige, die möglicherweise zum Tode verurteilt werden, im Einklang mit den internationalen Verpflichtungen der Vereinigten Staaten nach dem Wiener Übereinkommen angemessene konsularische Hilfe erhalten.

6. Im Hinblick auf Japan

6.1. ist die Versammlung über die verpasste Gelegenheit, in den Regierungen der jüngsten Vergangenheit Justizminister zu ernennen, die offen für die Abschaffung der Todesstrafe eintreten, sehr enttäuscht. De-facto-Moratorien folgte leider die Fortsetzung der grausamen Praxis der Hinrichtungen, die im Geheimen durchgeführt wurden und die Todeskandidaten und ihre Angehörigen vollkommen überraschten;

6.2. geht die Versammlung davon aus, dass die jüngste Einführung des Laienrichtersystems in Japan zur Aufklärung der Bevölkerung über die Grausamkeit der Todesstrafe und ihrer Fehlbarkeit beiträgt und somit ihre letztendliche Abschaffung fördert.

7. Im Hinblick auf Belarus erinnert die Versammlung an ihre Entschlüsse 1671 (2009) und 1727 (2010) und

7.1. verurteilt entschieden die Fortsetzung von Hinrichtungen seit 2008, was der Glaubwürdigkeit der Republik Belarus in Bezug auf ihre Annäherung an die Familie der demokratischen Staaten in Europa, die Menschenrechte und die Würde des Menschen schützen, großen Schaden zugefügt hat;

7.2. fordert die zuständigen Behörden nachdrücklich auf, unverzüglich ein Hinrichtungsmoratorium zu erklären und die notwendigen Schritte zu unternehmen, um die gesetzliche Todesstrafe abzuschaffen.

Entschließung 1808 (2011)¹²

betr. den Mechanismus zur Verhütung von Folter in Europa verstärken

1. Die parlamentarische Versammlung verweist auf ihre Entschlüsse 1248 (2001) über die Zusammensetzung des Europäischen Komitees zur Verhütung von Folter (CPT) und ihre Entschließung 1540 (2007) zur Verbesserung der Auswahlverfahren für CPT-Mitglieder und unterstreicht unter den Grundrechten die äußerste Wichtigkeit der Verhütung von Folter und unmenschlicher und erniedrigender Behandlung (Artikel 3 der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte (SEV Nr. 5)).

¹² Versammlungsdebatte am 14. April 2011 (17. Sitzung) (siehe Dok. 12551, Bericht des Ausschusses für Recht und Menschenrechte, Berichterstatter: Herr Gardetto). Von der Versammlung am 14. April 2011 (17. Sitzung) verabschiedeter Text. Siehe auch Empfehlung 1968 (2011).

2. Sie beglückwünscht das Europäische Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (nachfolgend CPT genannt) zur hohen Qualität seiner Tätigkeit, die während mehr als zwanzig Jahren durch unermüdlichen Einsatz gestützt wurde. Das CPT stellt einen der größten Erfolge des Europarats dar.
3. Um ihre schwierige Aufgabe erfüllen zu können, müssen die CPT-Mitglieder hohe berufliche Qualifikationen und persönliche Verdienste vorweisen. Die Wahl der CPT-Mitglieder durch die Versammlung würde ihnen eine bessere demokratische Legitimität und Autorität verschaffen, mit dem Ergebnis, dass die Bewerber auf den von den Delegationen vorgelegten Listen künftighin von dem gleichen Gremium wie demjenigen evaluiert werden, das die endgültige Auswahl trifft.
4. Einstweilen ist die weitere Verbesserung der Verfahren für die Vorauswahl von Bewerbern auf nationaler Ebene im Einklang mit den in Entschließung 1540 (2007) enthaltenen Angaben zweckdienlich. Außerdem soll die Versammlung dem Ministerkomitee ggf. die Gründe für ihre Empfehlung darlegen. Wenn man der Ansicht ist, dass ein Bewerber einen Interessenkonflikt haben könnte, soll die betreffende Person aufgefordert werden, sich schriftlich dazu zu verpflichten, dass er oder sie die Funktionen aufgibt, die zu einem solchen Konflikt führen könnten.
5. Die öffentlichen Erklärungen, die das CPT im Falle eines Defizits bei der Kooperation seitens der Behörden eines teilnehmenden Staates annimmt, sind aufgrund ihres außergewöhnlichen Charakters von ganz besonderer Wichtigkeit. Diese nicht häufigen Alarmrufe sollten natürlich eine Debatte im Ministerkomitee und dem betroffenen nationalen Parlament auslösen. Der Unterausschuss Menschenrechte der Versammlung wird ebenfalls aufgefordert, mit der fraglichen nationalen Delegation in einen Dialog zu treten und gegebenenfalls den Ausschuss für Recht und Menschenrechte zu befragen.
6. Der Grundsatz der Vertraulichkeit der Arbeit des CPT hilft bei seiner engen Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden. Aber die endgültigen, auf die Besuche des CPT folgenden Berichte würden durch eine rasche systematische Veröffentlichung, verbunden mit Kommentaren der Behörden, gewinnen. Praktisch alle teilnehmenden Staaten bitten um die Veröffentlichung dieser Informationen in unterschiedlichen Abständen, aber die Veröffentlichung ermöglicht einen rechtzeitigen Beginn der öffentlichen Debatte über die festgestellten Probleme und die Wege zu deren Lösung. Allein die Russische Föderation zögert immer noch, dies zu tun.
7. Die Versammlung bedauert, dass das Fakultativprotokoll zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (OPCAT) noch nicht von sämtlichen Mitgliedstaaten des Europarates ratifiziert wurde und dass nicht sämtliche Mitgliedstaaten, die es ratifiziert haben, bisher die nationalen Mechanismen zur Verhütung von Folter (NPMs) umgesetzt haben, die von diesem Dokument vorgeschrieben werden.
8. Nationale Mechanismen zur Verhütung von Folter stellen eine bedeutende Innovation in Richtung auf Subsidiarität dar. Sie sollten vollkommen unabhängig sein und mit adäquaten Ressourcen, einschließlich der rechtlichen, medizinischen und sonstigen Sachkenntnis, ausgestattet sein, die für Aufgaben der Verhütung und das Monitoring vor Ort entscheidend sind.
9. Die Versammlung begrüßt die im Europarat geleisteten Bemühungen, um Synergien zwischen den CPT-basierten Mechanismen einerseits und den OPCAT-basierten Mechanismen andererseits zu schaffen und ihre einschlägige Erfahrung zusammenzuführen.
10. Eine ähnliche Herangehensweise, die Überlappungen und Verschwendung begrenzter Ressourcen vermeidet, ist auch bei den Verbindungen zwischen CPT und den von der Europäischen Union in Aussicht genommenen Aktivitäten hinsichtlich der Maßnahmen geboten, die letztere in Aussicht nimmt, um die Haftbedingungen in ihren Mitgliedstaaten zu verbessern.
11. Daher ersucht die Versammlung
 - 11.1 die Mitgliedstaaten des Europarates, die dies noch nicht getan haben, das OPCAT zu unterzeichnen und zu ratifizieren und so bald wie möglich einen unabhängigen und adäquaten, mit Ressourcen ausgestatteten nationalen Mechanismus zur Verhütung von Folter zu installieren;

11.2. die Staaten, die Parteien des Europäischen Übereinkommens zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (ETS Nr. 126) sind,

11.2.1. über das Ministerkomitee das Übereinkommen zu ändern, um

11.2.1.1. die Wahl von CPT-Mitgliedern durch die Parlamentarische Versammlung zu erlauben;

11.2.1.2. die automatische Veröffentlichung der Besuchsberichte und der Kommentare der betroffenen Parteien zu ermöglichen, wobei jeder Partei die Möglichkeit eingeräumt wird, um einen Aufschub der Veröffentlichung für bis zu sechs Monate nach ihrer Übermittlung zu ersuchen;

11.2.2. für zukünftige CPT-Besuchsberichte zu fordern, dass diese mit Ausnahme von Sonderfällen, in denen die betroffene Partei Einwände erhebt, so rasch wie möglich nach Weiterleitung veröffentlicht werden;

11.3. die nationalen Delegationen bei der Versammlung, entsprechend den Angaben in Entschließung 1540 (2007) die Verfahren für die Auswahl von Kandidaten für das CPT transparenter zu gestalten und besser an die Bedürfnisse des CPT anzupassen;

11.4. die Parlamente der betroffenen Staaten, die Parteien des Übereinkommens sind, im Hinblick auf die vom CPT abgegebenen öffentlichen Erklärungen nach Artikel 10 des Übereinkommens im Falle einer mangelnden Zusammenarbeit oder einer Kooperationsverweigerung an ihre Regierungen zu appellieren, die Angelegenheiten im Lichte der Empfehlungen des CPT zu verbessern;

11.5. den Kommissar des Europarates für Menschenrechte, sich mit den aufgrund der Feststellungen des CPT anlässlich der Besuche des Kommissars in dem betroffenen Staat getroffenen Maßnahmen vertraut zu machen und ein wachsames Auge auf die öffentlichen Erklärungen des CPT zu haben;

11.6. das CPT, seine Zusammenarbeit auf der Grundlage der Suche nach Synergien und der Zusammenlegung von Erfahrungen mit den von dem OPCAT vorgeschriebenen Mechanismen, insbesondere Unterstützung bei Entwicklung nationaler Mechanismen zur Verhütung von Folter, fortzusetzen;

11.7. die zuständigen Institutionen der Europäischen Union, auf die Leistungen des CPT Bezug zu nehmen und seine Fachkenntnisse zu nutzen, um Synergien bei der Entwicklung ihrer Maßnahmen zur Verbesserung der Haftbedingungen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu schaffen und Überlappungen zu vermeiden.

Empfehlung 1968 (2011)¹³

betr. den Mechanismus zur Verhütung von Folter in Europa verstärken

1. Die Parlamentarische Versammlung bezieht sich auf ihre Entschließung 1808 (2011) hinsichtlich der Verstärkung der Mechanismen zur Verhütung von Folter in Europa und fordert das Ministerkomitee auf:

1.1. den Prozess zur Änderung des Europäischen Übereinkommens zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (SEV Nr. 126) in Bewegung zu setzen, um

1.1.1. die Wahl von Mitgliedern des Europäischen Komitees zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT) durch die Parlamentarische Versammlung zu erlauben;

¹³ Versammlungsdebatte am 14. April 2011 (17. Sitzung) (siehe Dok. 12551, Bericht des Ausschusses für Recht und Menschenrechte, Berichterstatter: Herr Gardetto). Von der Versammlung am 14. April 2011 (17. Sitzung) verabschiedeter Text. Siehe auch Empfehlung 1968 (2011).

1.1.2. die automatische Veröffentlichung der Besuchsberichte und der Kommentare der betroffenen Parteien zu ermöglichen, wobei jeder Partei die Möglichkeit eingeräumt wird, um einen Aufschub der Veröffentlichung für bis zu sechs Monate nach ihrer Übermittlung zu ersuchen.

1.2. sämtliche von dem CPT nach Artikel 10 des Übereinkommens angenommenen öffentlichen Erklärungen auf seine Tagesordnung zu setzen, als dringende Angelegenheit zu behandeln und gegebenenfalls diesbezüglich eine Entschließung zu verabschieden.

Entschließung 1809 (2011)¹⁴
betr. Wasser, eine Konfliktquelle

1. Wasser ist für das Überleben der Menschen lebenswichtig, doch eine Milliarde Menschen auf der Welt verfügt über keinen Zugang zu Trinkwasser.
2. Die Parlamentarische Versammlung möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass auf dem Gipfel von Johannesburg 2002 das Ziel festgelegt wurde, die Zahl der Menschen ohne Zugang zu Trinkwasser bis 2015 auf die Hälfte zu reduzieren.
3. Die Versammlung möchte auch auf ihre Entschließung 1693 (2009) betr. „Wasser: eine strategische Herausforderung für das Mittelmeerbecken“ sowie auf die Vorschläge der Parlamente auf dem Fünften Weltwasserforum in Istanbul am 19. März 2009 hinweisen, wo insbesondere die Rolle der Parlamentarier bei der Erstellung von Regeln für das Wassermanagement, die Wasserversorgung, die Verallgemeinerung des Grundsatzes des Rechts auf Wasser sowie die Umsetzung von Wasserpolitiken hervorgehoben wurde.
4. Die Versammlung bedauert jedoch, dass die Regierungen in ihrer Erklärung vom 22. März 2009 nicht anerkannten, dass das Recht auf Wasser und Sanitärversorgung ein Menschenrecht ist.
5. Die Versammlung möchte auch auf ihre Empfehlung 1885 (2009) betr. den Entwurf eines Zusatzprotokolls zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten betreffend das Recht auf eine gesunde Umwelt hinweisen.
6. Die Versammlung weist darauf hin, dass die Vereinten Nationen am 28. Juli 2010 den Zugang zu Wasser und Sanitärversorgung als ein Grundrecht anerkannt haben und dass der Menschenrechtsrat seinerseits am 30. September 2010 bestätigt hat, dass das Menschenrecht auf sauberes Trinkwasser und Sanitärversorgung aus dem Recht auf einen angemessenen Lebensstandard abgeleitet und untrennbar mit dem Recht auf den höchstmöglichen physischen und psychischen Gesundheitsstandard sowie mit dem Recht auf Leben und Menschenwürde verbunden ist.
7. Leider verstärken das Bevölkerungswachstum, die gegensätzlichen, jedoch wachsenden Bedürfnisse der Entwicklungsländer und der industrialisierten Länder sowie die Klimaschwankungen die entscheidende Bedeutung des Wassers und machen es zu einer politischen Frage, die häufig Anlass für Konfliktsituationen ist.
8. Die Versammlung möchte darauf hinweisen, dass die Globalisierung zweifellos einer der wichtigen Faktoren ist, der zur Verringerung von Frischwasser und Trinkwasser beiträgt; weitere Faktoren sind Bewässerung, Wasserverschwendung und -verschmutzung.
9. Daher ist es von wesentlicher Bedeutung, Maßnahmen zur Verringerung der Überalterung der Versorgungsnetze und zum effizienteren Management der Bewässerungssysteme zu treffen.
10. In Anbetracht dessen, dass Frischwasser eine begrenzte, gefährdete Ressource ist, die jedoch lebenswichtig für die Menschheit ist, stellt die Versammlung fest und bedauert, dass jeder sechste Mensch auf der Welt

¹⁴ Versammlungsdebatte am 15. April 2011 (18. Sitzung) (siehe Dok. 12538, Bericht des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und kommunale und regionale Angelegenheiten, Berichterstatter: Herr Marquet). Von der Versammlung am 15. April 2011 (18. Sitzung) verabschiedeter Text.

noch immer keinen Zugang zu Wasser hat und dass fast jeder zweite ohne ein Abwasserentsorgungssystem leben muss.

11. Auch der Klimawandel verschärft das Problem der Unterernährung in den trockensten Gebieten der Welt und führt dazu, dass Millionen Klimaflüchtlinge diese Gebiete verlassen.

12. In diesem Zusammenhang möchte die Versammlung die Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, dass Wassermangel zu Gewaltakten und zu Konflikten führt, die die politische und soziale Stabilität eines Landes gefährden können. Beispiele hierfür sind Vorfälle im Nahen Osten, im Kaukasus und in China, die den engen Zusammenhang zwischen Wasser und Sicherheit bestätigen.

13. Die Versammlung kommt zu dem Schluss, dass Wasser zu einem militärischen und politischen Instrument und zu einer neuen Waffe für Terroristen geworden ist.

14. Die Versammlung empfiehlt den Regierungen der Mitgliedstaaten und Nicht-Mitgliedstaaten daher,

14.1. anzuerkennen, dass der Zugang zu Wasser ein grundlegendes Menschenrecht ist (Resolution 64/292 vom 28. Juli 2010 der Generalversammlung der Vereinten Nationen und Resolution 15/9 vom 30. September 2010 des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen);

14.2. die Bestimmungen des internationalen Wasserrechts anzuwenden und ggf. zu überarbeiten;

14.3. die Systeme zur gemeinsamen Bewirtschaftung grenzübergreifender Flüsse und Grundwasserleiter zu überprüfen;

14.4. die notwendigen Maßnahmen zur Organisierung von Flussbecken zu ergreifen;

14.5. die internationalen Wasserwege zu entwickeln;

14.6. die Transparenz und den Informationsfluss zwischen allen Akteuren zu verbessern;

14.7. sicherzustellen, dass die in ihren Ländern verfolgten Aktivitäten nicht die natürlichen Ressourcen in anderen Ländern schädigen;

14.8. sich an den Internationalen Gerichtshof zu wenden, um so zu einer friedlichen Lösung von Streitigkeiten über die gemeinsame Nutzung von Ressourcen durch verschiedene Staaten zu kommen;

14.9. fairere Wassergebühren zu fördern und eine Trinkwasserversorgung von guter Qualität und in ausreichender Menge sowie eine akzeptable, zugängliche und erschwingliche Sanitärversorgung, wie in Resolution 15/9 des Menschenrechtsrates empfohlen, bereitzustellen;

14.10. allen Bürgern die Möglichkeit zu geben, ihre Regierung zur Rechenschaft zu ziehen und ggf. Entschädigungsregelungen zu fordern;

14.11. ein Hilfs- und Kooperationsprogramm für Länder einzurichten, die unter Wassermangel leiden;

14.12. Maßnahmen zur Kontrolle der Grundwassernutzung zu ergreifen, um Einsparungen zu fördern und Verschwendung zu vermeiden;

14.13. Maßnahmen zur Wasserentsalzung einzuführen, um Meerwasser billig in Trinkwasser umzuwandeln;

14.14. die Agrarpraktiken und -politiken zu überprüfen, um durch die Förderung von Investitionen in effiziente Bewässerungssysteme und die Förderung von Technologietransfers auf diesem Gebiet zwischen Industrie- und Entwicklungsländern sicherzustellen, dass sie zukunftsorientiert sind;

14.15. eine strenge Überwachung der Gefahren einer unfallbedingten Verschmutzung einzuführen;

14.16. eine Datenbank mit meteorologischen, hydrologischen sowie sozioökonomischen Informationen einzurichten.

15. Die Versammlung empfiehlt den kommunalen und regionalen Behörden ebenfalls zu gewährleisten, dass ihren Bürgern ein Kläranlagensystem von guter Qualität zur Verfügung steht.

16. Die Versammlung empfiehlt den Parlamenten und allen anderen interessierten Parteien, sich an der ‚Helpdesk-Initiative‘ zu beteiligen, wie vom 5. Weltwasserforum in Istanbul 2009 empfohlen.

Entschließung 1810 (2011)¹⁵

betr. unbegleitete Kinder in Europa: Fragen im Hinblick auf Ankunft, Aufenthalt und Rückkehr

1. Das Bewusstsein wächst, dass die Probleme, mit denen Kinder konfrontiert sind, die ohne Begleitung aus ihren Heimatländern nach Europa fliehen und dort bleiben, angegangen werden müssen. Es könnte bis zu 100.000 solcher migrierender Kinder geben, auch wenn - abgesehen von Statistiken zu Asylanträgen - kaum zuverlässige Daten zu diesem Phänomen vorliegen. Diese Kinder, vornehmlich Jungen zwischen 14 und 17 Jahren, kommen aus vielfältigen und komplexen Gründen nach Europa. Doch einmal in Europa angelangt, haben sie von Land zu Land höchst unterschiedliche Chancen auf Schutz und Hilfe. Dies führt zu ungleicher Behandlung und unterschiedlichen Auslegungen, was das Wohl des Kindes angeht. In vielen Fällen sind diese Kinder in einer äußerst prekären Lage; ihnen drohen Missbrauch und Vernachlässigung, sie können zu Opfern von Menschenhandel und kriminellen Netzwerken werden.

2. Die Parlamentarische Versammlung erinnert daran, dass kraft des Übereinkommens über die Rechte des Kindes der Vereinten Nationen, das alle Mitgliedstaaten des Europarats ratifiziert haben, eine besondere Pflicht zum Schutz und zur Unterstützung aller unbegleiteten Kinder besteht, ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit, Einwanderungsstatus oder Staatenlosigkeit. In welcher Weise diese Kinder von Einwanderungs- und Asylvorschriften betroffen sind, muss in dieser Pflicht und Perspektive verankert werden.

3. Die Versammlung hat die vorstehenden Belange in der Vergangenheit in ihrer Empfehlung 1596 (2003) und Empfehlung 1703 (2005) thematisiert, in denen sie unter anderem dazu aufgerufen hat, verbindlich anzuerkennen, dass bei allen Maßnahmen das Kindeswohl vorrangig berücksichtigt werden müsse; zudem wurde die Harmonisierung nationaler Sorgerechtsgesetze und die Einführung einheitlicher und wirksamer Schutzmechanismen für Kinder angemaht, die Asylsuchende oder Opfer von Menschenhandel sind. Bedauerlicherweise sind auf diesen Gebieten kaum Fortschritte zu verzeichnen.

4. In diesem Zusammenhang lobt die Versammlung die Entscheidung der Europäischen Union, unbegleitete Minderjährige in ihrem Stockholmer Programm für 2010 - 2014 zu einem vordringlichen politischen Thema zu machen, und begrüßt die Verabschiedung eines Aktionsplans der Europäischen Union für unbegleitete Minderjährige. Dennoch unterstreicht die Versammlung die Notwendigkeit, diesen Aktionsplan in einer Weise umzusetzen, die in vollem Umfang dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes der Vereinten Nationen entspricht.

5. Die Versammlung glaubt, dass das treibende Motiv, wie Länder mit unbegleiteten Kindern umgehen, der Kinderschutz und nicht etwa die Einwanderungskontrolle sein sollte. Vor diesem Hintergrund legt die Versammlung die folgenden fünfzehn gemeinsamen Grundsätze fest und lädt ihre Mitgliedstaaten ein, diese Grundsätze zu beachten und gemeinsam an ihrer Umsetzung zu arbeiten:

5.1. Unbegleitete Kinder müssen in erster Linie als Kinder, nicht als Migranten behandelt werden.

5.2. Die Interessen des Kindes müssen bei allen das Kind betreffenden Maßnahmen vorrangig berücksichtigt werden, ungeachtet des Migrations- oder Aufenthaltsstatus' des Kindes.

¹⁵ Versammlungsdebatte am 15. April 2011 (18. Sitzung) (siehe Dok. 12539, Bericht des Ausschusses für Wanderbewegungen, Flüchtlings- und Bevölkerungsfragen, Berichterstatterin: Frau Reps; sowie Dok. 12558, Stellungnahme des Ausschusses für Sozialordnung, Gesundheit und Familie, Berichterstatterin: Frau Coleiro Preca). Von der Versammlung am 15. April 2011 (18. Sitzung) verabschiedeter Text. Siehe auch Empfehlung 1969 (2011).

5.3. Keinem Kind sollte der Zutritt zum Staatsgebiet verwehrt werden, Kinder sollten nicht im Schnellverfahren an den Grenzen eines Mitgliedsstaates abgeschoben werden. Spezialisierte Dienste sollten veranlassen, dass unbegleitete Minderjährige umgehend Hilfe und Fürsorge erhalten, auch mit dem Ziel festzustellen, ob der/die Betreffende minderjährig ist, wie sich seine/ihre persönlichen Umstände und sein/ihr Schutzbedürfnis darstellen und letztlich eine dauerhafte Lösung zum Wohl des Kindes ausfindig zu machen.

5.4. Kinder, die Opfer von Menschenhandel sind, sollten von besonderen Regelungen profitieren, was Identifizierung, Aufnahme und Schutz angeht. Diese sollten an ihre Bedürfnisse angepasst sein und ihren Schutz in Übereinstimmung mit der Konvention des Europarates gegen Menschenhandel (SEV Nr. 197) und dem Übereinkommen zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch (SEV Nr. 201) sicherstellen.

5.5. Jedes Kind ohne Begleitung sollte umgehend einen Vormund erhalten, der beauftragt ist, sein Wohl sicherzustellen. Der gesetzliche Vormund sollte unabhängig sein und über die notwendige Fachkenntnis im Bereich der Kinderbetreuung und -fürsorge verfügen. Jeder Vormund sollte regelmäßige Schulungen besuchen und einer regelmäßigen und unabhängigen Prüfung/Kontrolle unterworfen sein.

5.6. Unbegleiteten Kindern sollte unverzüglich rechtliche, soziale und psychologische Hilfe gewährt werden. Die Kinder sollten, sobald sie angekommen sind oder aufgegriffen werden, einzeln und in einer Sprache und Form, die sie verstehen können, über ihr Recht auf Schutz und Hilfe aufgeklärt werden, darunter auch über ihr Recht, Asyl oder andere Formen von internationalem Schutz zu beantragen, sowie über die notwendigen Verfahren und deren Auswirkungen.

5.7. Alle Gespräche mit einem unbegleiteten Kind betreffend seine persönlichen Daten und seinen Hintergrund sollten einzeln durch spezialisiertes, gut ausgebildetes Personal und im Beisein des Vormunds geführt werden.

5.8. Allen unbegleiteten Kindern muss der Zugang zu Asyl- und internationalen Schutzverfahren vorbehaltlos eingeräumt werden. Ein harmonisiertes, kinderfreundliches Asylsystem muss eingerichtet werden, mit Verfahren, die die zusätzlichen Schwierigkeiten berücksichtigen, die Kinder bei der Bewältigung von Traumata und bei der schlüssigen Wiedergabe ihrer Erfahrungen und kinderspezifischen Verfolgungserlebnisse haben könnten. Asylanträgen unbegleiteter Kinder sollte Priorität eingeräumt werden; sie sollten zwar innerhalb eines möglichst kurzen Zeitrahmens bearbeitet werden, doch sollte den Kindern gleichzeitig ausreichend Zeit gegeben werden, den Prozess zu begreifen und sich darauf vorzubereiten. Alle unbegleiteten Kinder in Asylverfahren müssen neben ihrem Vormund auch von einem Rechtsanwalt vertreten werden, den der Staat ihnen unentgeltlich stellt, und in der Lage sein, Entscheidungen über ihre Schutzansprüche vor Gericht anzufechten.

5.9. Eine Inhaftierung unbegleiteter Kinder aus Migrationsgründen sollte nicht erlaubt sein. Anstelle der Inhaftierung sollten für den entsprechenden Zeitraum angemessene Vorkehrungen zur Betreuung und Fürsorge getroffen werden, vorzugsweise die Pflegeunterbringung, unter Lebensbedingungen, die auf die Bedürfnisse von Kindern zugeschnitten sind. Wo Kinder in Zentren untergebracht werden, müssen sie von Erwachsenen getrennt werden.

5.10. Die Schätzung des Alters sollte nur erfolgen, wenn vernünftige Zweifel an der Minderjährigkeit des/der Betreffenden bestehen. Die Schätzung sollte zunächst von der Annahme der Minderjährigkeit ausgehen und im Rahmen einer multidisziplinären Beurteilung seitens einer unabhängigen Behörde über einen Zeitraum hinweg erfolgen; sie darf sich nicht ausschließlich auf die ärztliche Begutachtung stützen. Untersuchungen sollten nur mit der Zustimmung des Kindes oder seines Vormunds vorgenommen werden. Sie dürfen nicht intrusiv sein und sollten ethischen Standards in der Medizin entsprechen. Die Fehlerwahrscheinlichkeit medizinischer und anderer Untersuchungsergebnisse sollte deutlich angegeben und berücksichtigt werden. Sollten Zweifel bleiben, dass der/die Betreffende minderjährig ist, ist im Zweifel für ihn/sie zu entscheiden. Gegen aufgrund von Schätzungen ergangene Entscheide sollten Beschwerde oder andere Rechtsbehelfe eingelegt werden können.

5.11. Die Sicht des Kindes sollte angehört und bei allen relevanten Verfahren, entsprechend dem Alter und der Reife des/der Betreffenden, gebührend berücksichtigt werden. Es sollten administrative und gerichtliche Verfahren in den Mitgliedstaaten konzipiert und auf kinderfreundliche Art und Weise angewandt werden;

5.12. Eine dauerhafte Lösung für das unbegleitete Kind zu finden, sollte ab dem ersten Kontakt mit ihm das oberste Ziel sein. Auf Wunsch des Kindes oder seines Vormunds sollte dies auch beinhalten, im Rahmen von "Family Tracing" die Familie wieder zu finden, sofern es sicher ist, dies zu tun, und keine Familienmitglieder in Gefahr gebracht werden. Gleichzeitig gehört zur dauerhaften Lösung eine individuelle Beurteilung der Interessen und des Wohls des Kindes, bei der alle Optionen für dauerhafte Lösungen gleichberechtigt abgewogen werden. Eine dauerhafte Lösung kann die Integration des Kindes in eine Gastfamilie, die Familienzusammenführung in einem Drittland, oder die Rückkehr und Wiedereingliederung im Herkunftsland sein. Die Behörden, der Vormund und das betroffene Kind sollten gemeinsam ein individuelles Lebensprojekt entwerfen, das im Laufe seiner Umsetzung entsprechend der Empfehlung des Ministerkomitees CM/Rec(2007)9 überwacht wird. Bis eine dauerhafte Lösung gefunden ist, sollte das Kind im Gastland ein Aufenthaltsrecht genießen. Dieses Aufenthaltsrecht im Gastland sollte für die Dauer des persönlichen Lebensprojekts des Kindes gelten, selbst wenn das Projekt bis zur Volljährigkeit andauert.

5.13. Zugang zu angemessener Unterkunft, Erziehung und Bildung, Berufsausbildung und medizinischer Versorgung muss für alle unbegleiteten Kinder garantiert sein, ungeachtet ihres Migrationsstatus und unter den gleichen Bedingungen wie minderjährigen Staatsangehörigen. Außerdem sollten unbegleitete Kinder in der Lage sein, umfassende Kinderfürsorgeprogramme zu nutzen. Diese sollten gegebenenfalls ihre emotionalen Bedürfnisse nach traumatischen Erfahrungen berücksichtigen und über die zu leistende sofortige psychologische Hilfe hinaus (siehe Absatz 5.6) Maßnahmen wie eine gezielte Ausbildungsförderung, Unterbringung in Pflegefamilien oder eine spezielle Heimunterbringung sowie eine Integrationshilfe für behinderte Kinder umfassen;

5.14. Die Möglichkeiten zur Familienzusammenführung sollten über das Herkunftsland hinaus ausgeweitet und aus humanitärer Perspektive angegangen werden; dies beinhaltet auch die Erforschung weiterer Familienbande im Gastland und in Drittländern, geleitet vom Grundsatz des Kindeswohls. Die Dublin-II-Verordnung sollte nur dann auf unbegleitete Kinder angewandt werden, wenn der Transfer in ein Drittland zum Besten des Kindes ist.

5.15. Das Kindeswohl sollte bei allen Schritten berücksichtigt werden, die zur Rückkehr des Kindes in sein Herkunftsland führen. Rückkehr ist keine Option, wenn die Gefahr besteht, dass sie eine Verletzung der grundlegenden Menschenrechte des Kindes nach sich ziehen würde. Wenn keine Eltern oder anderen Familienangehörigen ausfindig gemacht werden können, sollte eine Rückkehr nur nach vorherigen sicheren, konkreten und angemessenen Vorkehrungen für Versorgung und Reintegration im Herkunftsland erfolgen. Die Rückkehr in die Anstaltsfürsorge sollte an sich nicht als dauerhafte Lösung betrachtet werden. Ein fachmännisches Gremium für Kinderschutz sollte die Beurteilung der Rückkehrbedingungen übernehmen. Auch sollte ein Plan zur Nachbetreuung erarbeitet werden, um sicherzustellen, dass der Schutz des Kindes nach der Rückkehr gewährleistet ist. Argumente, die nichts mit den Rechten der Kinder zu tun haben, z. B. betreffend die allgemeine Migrationskontrolle, dürfen bei Rückkehrentscheidungen nicht vorrangig vor dem Kindeswohl berücksichtigt werden. Die Rückkehr in Länder, in denen Sicherheit, Schutz – auch vor der Zurückweisung – und das Wohlergehen des Kindes nicht gewährleistet werden können, darf nicht ins Auge gefasst werden. Kinder in Rückkehrverfahren müssen zusätzlich zu den Vormündern von Rechtsanwälten vertreten werden. Sie müssen Zugang zu den Rückkehrfallakten erhalten und in der Lage sein, Rückkehrentscheidungen vor Gericht anzufechten; ihr Einspruch muss aufschiebende Wirkung im Hinblick auf die Rückkehr haben.

6. Die Versammlung ruft die Europäische Union dazu auf, insbesondere

6.1. die volle Umsetzung des Aktionsplans der Europäischen Union für unbegleitete Minderjährige gemäß dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes der Vereinten Nationen zu fördern;

6.2. in Betracht zu ziehen, neue Rechtsnormen vorzuschlagen, um bestehende Gesetzeslücken im Recht der Europäischen Union für den Schutz aller unbegleiteten Kinder zu schließen, unabhängig davon, ob diese Asyl beantragen oder nicht.

6.3. europaweit eine harmonisierte Methode zur Erhebung relevanter Informationen über unbegleitete Kinder einzuführen, um so einen zweckmäßigen Datenabgleich auf europäischer Ebene möglich zu machen, gleichzeitig aber den Schutz personenbezogener Daten sicherzustellen, nationale unabhängige Institutionen zu unterstützen, die in der Lage sind, die Daten zu sammeln und ein geeignetes Ressourcenzentrum zu schaffen, was alle Bereiche angeht, die die Situation unbegleiteter Kinder berühren.

- 6.4. gemeinsame Standards und verfahrensrechtliche Schutzmechanismen für Vormundschaft und Rechtshilfe für alle unbegleiteten Kinder einzuführen und umzusetzen, damit sichergestellt ist, dass ihre Interessen und Schutzbedürfnisse für die Dauer aller Verwaltungs- und Gerichtsverfahren gewahrt sind.
- 6.5. die Einführung eines gemeinsamen Protokolls für die Durchführung von Altersschätzungen nach ethischen, medizinischen und rechtlichen Grundsätzen zu unterstützen, um die derzeit üblichen, divergierenden Ansätze und Praktiken abzustimmen;
- 6.6. im Rahmen der überarbeiteten Asylrichtlinie weiterhin auf die Schaffung eines harmonisierten Asylsystems für unbegleitete Minderjährige hinzuwirken sowie im Rahmen der Instrumente der Europäischen Union betreffend Asyl und Menschenhandel, die derzeit überarbeitet werden, auf ein harmonisiertes System für Hilfe und Schutz minderjähriger Opfer von Menschenhandel hinzuarbeiten; sicherzustellen, dass alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihren Pflichten erfüllen, die sich aus dem Recht der Europäischen Union für unbegleitete Kinder ergeben.
- 6.7. verbesserte grenzübergreifende Mechanismen zum Umgang mit Kinderschutzbelangen einzurichten, wenn unbegleitete Kinder sich in ganz Europa bewegen, auch wenn sie beispielsweise aus Auffangzentren verschwinden.
- 6.8. es weder zu unterstützen noch zu finanzieren, dass Auffangeinrichtungen zum Zweck der Abschiebung von Kindern in ihr Herkunftsland gebaut werden, die weder ordnungsgemäß funktionierende Systeme zum Schutz von Kindern und ausreichende Schutzvorkehrungen bieten, noch transparent arbeiten; sicherzustellen, dass das Vorhandensein solcher Zentren keinesfalls eine Vorentscheidung darüber darstellt, ob die Rückkehr wirklich zum Besten des Kindes ist.
- 6.9. Unterstützung von Herkunftsländern in ihren Bemühungen, Systeme für Kinderschutz und Lebenschancen für alle Kinder zu fördern, um so das Risiko unsicherer und unnötiger Migration zu mindern;
- 6.10. die Zusammenarbeit mit Herkunftsländern betreffend die Einschätzung der Umstände eines Kindes sicherzustellen, um von Fall zu Fall dauerhafte Lösungen für Kinder zu finden;
- 6.11. in ganz Europa bewährte Methoden für den Rückkehrprozess zu fördern, einschließlich der Zusammenarbeit mit Drittländern, damit eine angemessene Hilfe für die Betreuungs- und Sorgerechtsregelungen und die Wiedereingliederung sichergestellt ist;
- 6.12. die angemessene Integration unbegleiteter Kinder im Gastland sicherzustellen, wenn festgestellt wird, dass dies zum Besten des Kindes ist.

Empfehlung 1969 (2011)¹⁶

betr. unbegleitete Kinder in Europa: Fragen im Hinblick auf Ankunft, Aufenthalt und Rückkehr

1. Die Parlamentarische Versammlung verweist auf ihre Entschließung 1810 (2011) betr. unbegleitete Kinder in Europa: Fragen im Hinblick auf Ankunft, Aufenthalt und Rückkehr.
2. Sie erinnert an die wichtige Rolle, die der Europarat gespielt hat, als es darum ging, Kinderrechte und Kinderschutz in migrationspolitischen Diskussionen rund um Europa stärker in den Blickpunkt zu rücken und praktische Werkzeuge zur Bewältigung der Situation unbegleiteter Kinder zu bieten, insbesondere durch die Entwicklung von Lebensprojekten für unbegleitete migrierende Minderjährige (Empfehlung des Ministerkomitees CM/Rec. (2007)9), die ein einzigartiges Mittel sind, unbegleiteten Kindern sinnvolle und dauerhafte Lösungen zu bieten.

¹⁶ Versammlungsdebatte am 15. April 2011 (18. Sitzung) (siehe Dok. 12539, Bericht des Ausschusses für Wanderbewegungen, Flüchtlings- und Bevölkerungsfragen, Berichterstatterin: Frau Reps; sowie Dok. 12558, Stellungnahme des Ausschusses für Sozialordnung, Gesundheit und Familie, Berichterstatterin: Frau Coleiro Preca). Von der Versammlung am 15. April 2011 (18. Sitzung) verabschiedeter Text.

3. Die Versammlung ist der Ansicht, dass der Europarat weiterhin eine vorrangige Rolle spielen sollte, indem er hilft, ein gangbares und harmonisiertes europaweites Schutzsystem für unbegleitete Kinder zu schaffen. In dieser Hinsicht sollte der Europarat eng mit der Europäischen Kommission an der Umsetzung des Aktionsplans der Europäischen Union für unbegleitete Minderjährige und an der weiteren Identifizierung und Schließung von Lücken arbeiten, die sich beim Schutz dieser verletzlichen Gruppe immer noch auftun. Der Europarat sollte auch zusammen mit anderen relevanten Institutionen der Europäischen Union an der Harmonisierung von Datenerhebungssystemen und Asylverfahren für unbegleitete Kinder in Europa arbeiten.
4. Im Lichte der vorstehenden Ausführungen ersucht die Versammlung das Ministerkomitee,
- 4.1. die Empfehlungen der Versammlung an die Mitgliedstaaten zur Kenntnis zu nehmen, die in ihrer oben genannten Resolution enthalten sind, und die Mitgliedstaaten dringend zu deren Einhaltung aufzufordern;
- 4.2. die Mitgliedstaaten dringend zur Einhaltung des Allgemeinen Kommentars Nr. 6 des Ausschusses der Vereinten Nationen für die Rechte des Kindes, sowie der entsprechenden Richtlinien aufzufordern, die das Büro des Hochkommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNCHR), UNICEF, die Kinderrechtsorganisation Save the Children, das „Separate Children in Europe“-Programm (SCEP) und andere internationale Organisationen verabschiedet haben, insbesondere aber der UNHCR-Richtlinien 2008 zur Feststellung des Kindeswohls, der UNHCR-Richtlinien 2009 über Asylansprüche von Kindern und der vierten Fassung des SCEP Statement of Good Practices;
- 4.3. das zuständige Gremium innerhalb des Europarats anzuweisen, eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Regierungsexperten, Mitgliedern der Zivilgesellschaft und Vertretern einschlägiger internationaler Organisationen sowie der Gremien des Europarats, zu bilden, um die fünfzehn gemeinsamen, in Entschließung 1810 (2011) vorgelegten Grundsätze weiter zu prüfen, mit dem Ziel, Leitsätze des Europarats für den Schutz unbegleiteter Kinder in Form einer neuen Empfehlung des Ministerkomitees zu erarbeiten.
- 4.4. Fragen betreffend die Problematik unbegleiteter Kinder voll in das übergreifende Projekt "Europa für Kinder und mit Kindern aufbauen" in ihre aktuelle Strategie für 2006-2011 sowie in alle zukünftigen, im Rahmen dieses Programms unternommenen Aktivitäten zu integrieren und in diesem Zusammenhang insbesondere zur Entwicklung gemeinsamer Richtlinien für die Beurteilung des Kindeswohls, die Vormundschaft für unbegleitete Kinder, die Altersschätzung und die Anwendung kinderfreundlichen Rechts in Bezug auf unbegleitete Kinder beizutragen.
- 4.5. Ressourcen zur Umsetzung von Lebensprojekten für unbegleitete Minderjährige zu finden, da diese ein unschätzbare Werkzeug sind, wenn es darum geht, dauerhafte Lösungen für sie zu finden; einen zentralen Ansprechpartner innerhalb des Europarats zu benennen, damit sichergestellt ist, dass das Problem unbegleiteter Kinder in allen Mitgliedstaaten des Europarats koordiniert angegangen und nachhaltig thematisiert wird, und im Kontext des laufenden Reformprozesses zu gewährleisten, dass das Schicksal unbegleiteter Kinder bei allen zukünftigen zwischenstaatlichen Maßnahmen des Europarates gebührend berücksichtigt wird.
- 4.6. die Mitgliedstaaten zu ermutigen, der Entwicklungsbank des Europarats Projekte vorzulegen mit dem Ziel, Lebensprojekte für unbegleitete Kinder zu finanzieren oder mitzufinanzieren.

Entschließung 1811 (2011)¹⁷

betr. den Schutz von Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt

1. Mehr als die Hälfte der 210 Millionen Migranten auf der Welt und drei Viertel aller Flüchtlinge sind Frauen. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen machten Migrantinnen 2010 52,3% der 69 Millionen Migranten in Europa aus. Immer mehr Frauen wandern auf der Suche nach wirtschaftlichen Chancen aus – ein Trend, der sich in absehbarer Zukunft kaum umkehren dürfte.

¹⁷ Versammlungsdebatte am 15. April 2011 (18. Sitzung) (siehe Dok. 12549, Bericht des Ausschusses für Wanderbewegungen, Flüchtlings- und Bevölkerungsfragen, Berichterstatterin: Frau Frahm; sowie Dok. 12578, Stellungnahme des Ausschusses für die Chancengleichheit von Frauen und Männern, Berichterstatterin: Frau Circene). Von der Versammlung am 15. April 2011 (18. Sitzung) verabschiedeter Text. Siehe auch Empfehlung 1970 (2011).

2. Migrantinnen spielen auf dem Arbeitsmarkt eine entscheidende Rolle und leisten einen wertvollen Beitrag zur Wirtschaft und der Gesellschaft der Aufnahmeländer. Sie stehen aber auch vor spezifischen Herausforderungen. Frauen wandern vorwiegend aus Notwendigkeit aus und müssen häufig ihre Kinder zurücklassen, um zur Unterstützung ihrer Familie Arbeit zu finden. Andere wandern mit ihrer Familie aus und tragen die Belastung harter Arbeit und der häuslichen Betreuungsaufgaben.

3. Migrantinnen finden Arbeit, die der traditionellen Rolle der Frau entspricht – Hausarbeit, Kinderbetreuung, Gesundheitsversorgung, Hotel- und Catering-Aktivitäten, Herstellung von Textilien, Akkordarbeit –, wobei sie bei schlechter Bezahlung lange Arbeitszeiten haben, unter Umständen unzumutbar ausgebeutet werden und in vielen Fällen einen irregulären Rechtsstatus haben. Die Hausarbeit ist besonders problematisch, da die Frauen dabei isoliert sind, bisweilen missbraucht werden, wenig an Leistungen erhalten und kaum Rechte einklagen können. Es handelt sich um eine Tätigkeit, die international nicht als „Arbeit“ anerkannt ist. Migrantinnen sehen sich bisweilen auch Missbrauch und Gewalt durch Arbeitgeber, Polizeibeamte, Arbeitsamtvermittler und Ehepartner ausgesetzt. Wegen der zunehmenden Kriminalisierung der Migranten, ihrer begrenzten Kenntnisse über ihre Rechte und Möglichkeiten, Hilfe zu erhalten, sind sie oft nicht in der Lage, in solchen Missbrauchsfällen Abhilfe zu finden.

4. Sehr viele Frauen erreichen die Aufnahmeländer als Ehefrauen berufstätiger Migranten. Wegen ihres Migrationsstatus dürfen viele dieser Frauen eine bestimmte Zeit lang nicht arbeiten. Das zwingt sie zur Suche nach Beschäftigung in nicht geregelten Sektoren und bei Arbeiten, die deutlich unter ihrer Qualifikation liegen. In den meisten Staaten verlieren sie ihren Migrationsstatus und ihren Anspruch auf Schutz, wenn sie wegen häuslicher Gewalt beschließen, ihren Ehepartner oder Lebensgefährten zu verlassen. Viele verheiratete Frauen mit einem bestimmten kulturellen und ethnischen Hintergrund werden auch von ihrer Familie und ihrem Umfeld davon abgehalten, eine Lohnarbeit anzutreten. Sie bleiben auf den eigenen Wohnbereich beschränkt, wo sie – isoliert von der örtlichen Gemeinschaft – Hausarbeit verrichten, ohne wirklich die Chance zu erhalten, die Sprache des Aufnahmelandes zu erlernen, wodurch sich ihre Isolierung weiter verstärkt und ihre Möglichkeiten zur Integration in die aufnehmende Gesellschaft verringert werden.

5. Weibliche Asylsuchende und Flüchtlinge stellen eine besonders anfällige Kategorie von Frauen auf dem Arbeitsmarkt dar. Langwierige Asylverfahren und die Nichtanerkennung geschlechtsspezifischer Asylansprüche bringen diese Frauen oft ins Elend und in die Rolle von Hausklavinnen. Die Lage von Opfern des Frauenhandels ist genauso schlecht, da sie nicht nur nachweisen müssen, durch Menschenhandel in das Land verbracht worden zu sein, sondern wegen ihres zeitlich begrenzten Rechtsstatus auch Schwierigkeiten haben, selbst wenn sie aus humanitären Gründen das Recht zum Verbleib in dem Aufnahmeland zugesprochen bekommen haben, eine Arbeitsstelle zu finden.

6. Die Parlamentarische Versammlung hat wiederholt die Notwendigkeit von Maßnahmen betont, um die Integration von Migrantinnen in Europa zu fördern und diesbezügliche Maßnahmen vorgeschlagen (zuletzt in der Entschließung 1478 (2006) und der Empfehlung 1732 (2006)), ebenso auch das Erfordernis, Migrantinnen vor häuslicher Gewalt zu schützen (Entschließung 1697 (2009) und Empfehlung 1891 (2009) „Migrantinnen: durch häusliche Gewalt besonders gefährdet“).

7. Angesichts der obigen Betrachtungen erkennt die Versammlung die Notwendigkeit an, dass die Aufnahmeländer Maßnahmen ausarbeiten und durchführen, um sich gezielt des Schutzes von Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt – unabhängig von ihrer Tätigkeit oder ihres Migrationsstatus – anzunehmen. Hierbei ruft sie die Mitgliedstaaten des Europarats zu folgenden Schritten auf:

7.1. Ausweitung der legalen Migrationschancen für Frauen und Annahme auf den Menschenrechten gründender einwanderungspolitischer Maßnahmen, die dem Geschlecht Rechnung tragen, die Migrant(inn)en stärken und eine irreguläre Migration sowie Ausbeutung und Menschenhandel verhindern. Insbesondere werden die Mitgliedstaaten zu folgenden Maßnahmen aufgerufen:

7.1.1. Verbesserung der Gesetze und Rechtsvorschriften über die Regelung der Einstellung und Beschäftigung berufstätiger Migrantinnen; Streben nach Migrationsvereinbarungen für Arbeitskräfte unter Einschluss einer 50:50-Quote für Frauen und Männer;

7.1.2. Diversifizierung und Bereitstellung zusätzlicher legaler Beschäftigungsmöglichkeiten für Migrantinnen;

- 7.1.3. Sicherstellung, dass bei allen Studien zur Erfassung der von Migrant(inn)en geforderten Fähigkeiten auch Dienstleistungen im Haushalt wie Kinderbetreuung und pflegerische Tätigkeiten berücksichtigt werden;
- 7.1.4. Gewährleistung, dass ein ausgewogener Anteil von Frauen und Männern von „zirkulären Migrationsprogrammen“ profitiert;
- 7.1.5. Aufforderung der Herkunftsländer zum Aufbau eines einheitlichen und effektiven Informationssystems über Stellen im Ausland mit dem Ziel der gleichen Zahl von Arbeitsangeboten für Migrantinnen und Ausbau der Überwachung von Arbeitsvermittlern und anderer Informationsstellen im Ausland;
- 7.1.6. Anweisung an die Konsulate in den Herkunftsländern, Migrantinnen Informationen über die Gefahren des Menschenhandels und der Ausbeutung zu geben, darunter auch angemessene Angaben über gesetzliche Rechte, Einspruchsmöglichkeiten und in dringenden Fällen anzusprechende Organisationen;
- 7.2. Wahrung der Menschenrechte, unter anderem durch folgende Maßnahmen:
- 7.2.1. Gewährung eines individuellen Rechtsstatus für Migrantinnen, die im Zuge einer Familienzusammenführung mit ihrem Ehepartner zusammenkommen, möglichst innerhalb eines Jahres nach ihrer Ankunft, wie dies in vielen früheren Entschlüssen der Versammlung empfohlen wurde;
- 7.2.2. Gewährleistung des Rechts auf Familienleben und Eheschließung gemäß den Artikeln 8 und 12 der Europäischen Menschenrechtskonvention (SEV Nr. 5) durch Verzicht auf die Auferlegung übermäßiger Zulassungskriterien – wie schwieriger Sprachprüfungen – für Ehepartner im Zuge des Familienzusammenführungsverfahrens;
- 7.2.3. Genehmigung für Frauen, die mit ihren Ehemännern zusammengeführt wurden, sich sofort nach ihrem Eintreffen um eine Arbeitsstelle zu bemühen und an erschwierigen Fortbildungs- und Sprachkursen teilzunehmen;
- 7.2.4. Sicherstellung, dass irregulär eingewanderte Migrantinnen uneingeschränkt Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung sowie fairen Arbeitsbedingungen erhalten und Gewährleistung ihrer Möglichkeit, Gewalt und Ausbeutung melden zu können, ohne eine Ausweisung befürchten zu müssen;
- 7.2.5. Bereitstellung geeigneter Hilfsmaßnahmen, einschließlich psychologischer Unterstützung und Rehabilitation sowie von Schutzdienstleistungen, darunter kostenlose Rechtsberatung, Dolmetscherdienste, Hilfen im Wohn- und Kinderbetreuungsbereich, für Opfer von Gewalt zuhause und am Arbeitsplatz sowie von Diskriminierung, Ausbeutung und Menschenhandel;
- 7.2.6. Schaffung eines rechtlichen Rahmens, um Migrantinnen das Recht zu gewähren, ihre eigenen Pässe und Aufenthaltsgenehmigungen zu behalten und Strafbarmachung der inoffiziellen Konfiszierung dieser Dokumente;
- 7.3. Förderung der Chancengleichheit durch folgende Schritte:
- 7.3.1. Gewährleistung, dass alle Migrantinnen unabhängig von ihrem rechtlichen Status die gleichen Rechte wie innerstaatliche Arbeitnehmer erhalten; insbesondere, indem ihnen vertretbare Arbeitsbedingungen, arbeitsrechtlicher Schutz und Zugang zur Sozialen Sicherheit gewährt werden;
- 7.3.2. Einführung von Verfahren zur Anerkennung von im Herkunftsland erworbenen Abschlüssen/Diplomen und Berufsqualifikationen mit der Schaffung von Möglichkeiten für eine Höherstufung von Qualifikationen durch berufliche Bildung, Fortbildung und Erlernen der Landessprache;

7.3.3. Befürwortung des Unternehmertums und der Selbständigkeit von Migrantinnen und Bereitstellung einer angemessenen Unterstützung für die Einrichtung und den Aufbau von Geschäften;

7.4. Verhinderung und Bekämpfung der Ausbeutung auf dem Arbeitsmarkt durch folgende Maßnahmen:

7.4.1. Förderung anständiger, menschlicher, würdiger und einträglicher Arbeitsplätze für Migrantinnen;

7.4.2. Einrichtung von Systemen zur Überwachung der Lage von Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt im Hinblick auf Mindestlöhne, Arbeitsbedingungen und die Anwendung der Gesundheits- und Sicherheitsbestimmungen;

7.4.3. Einführung von Registrierungs- und Lizenzierungssystemen für Arbeitsanbieter, insbesondere in unzureichend oder gar nicht geregelten Sektoren wie dem Gesundheitswesen und der Hausarbeit; Verhängung abschreckender und verhältnismäßiger Sanktionen für Arbeitsvermittler wie für diese in Anspruch nehmende Unternehmen bei einem Verstoß gegen arbeitsrechtliche Vorschriften;

7.4.4. Aufklärung von Migrantinnen über ihre Rechte, Beschwerdemöglichkeiten und Kontakte zu für Arbeitnehmerrechte Eintretende Gruppierungen;

7.4.5. Abkoppelung der Gewerbeaufsicht von Einwanderungsvorgaben und Gewährung des Rechts für Arbeitnehmer ohne Ausweisunterlagen, Missbrauchshandlungen zu melden, ohne um ihren Verbleib in dem Aufnahmeland fürchten zu müssen;

7.4.6. Gewährung eines schützenden Einwanderungsstatus für berufstätige Migrantinnen, die missbraucht oder misshandelt worden sind.

8. Die Versammlung fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich dazu auf, die wichtige produktive Rolle und den gesellschaftlichen Wert der Hausarbeit anzuerkennen. Deshalb ruft sie die Mitgliedstaaten zu den nachstehenden Schritten auf:

8.1. Anerkennung der Hausarbeit als Arbeit im Sinne des einzelstaatlichen Arbeitsrechts;

8.2. Unterstützung der Ausarbeitung eines neuen Übereinkommens der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) über Hauspersonal und der ergänzenden Empfehlung in Bezug auf anständige Arbeit für im häuslichen Bereich Tätige;

8.3. Ausarbeitung unabhängiger Visamodelle für im häuslichen Bereich und in der Pflege tätige Migrant(inn)en, die eine legale Einreise und die Ausstellung eines standardisierten Arbeitsvertrag ermöglichen und einen Wechsel des Arbeitgebers und der Art der Arbeit gestatten;

8.4. Sicherstellung, dass Visa nicht an bestimmte Arbeitgeber gebunden sind und Aufhebung oder Ausschluss jeder Festlegung, wonach Arbeitnehmer im Hause des Arbeitgebers wohnen müssen;

8.5. Sicherung arbeitsrechtlicher Ansprüche und Schutzmaßnahmen für immigierte Haushaltshilfen, insbesondere in Bezug auf eindeutig umrissene Arbeitsaufgaben, tägliche Arbeits- und Ruhezeiten (in jedem Fall der Mindestlohn oder eine entsprechende Vergütung), die Art der Bezahlung, Regelungen für Nacharbeit und Überstunden, Urlaubszeiten, Kündigungsvorschriften und Sozialversicherungsschutz;

8.6. Schutz immigrierter Haushaltshilfen vor allen Formen des Missbrauchs und der Belästigung einschließlich körperlichen, verbalen, sexuellen und psychischen Missbrauchs und derartiger Belästigung sowie Gewährleistung ihres Rechts, gegen Arbeitgeber, die sie misshandeln, Rechtsmittel einzulegen;

8.7. Unterstützung der Arbeit von Nichtregierungs- und Basisorganisationen, die für Frauen- und Migrantinnenrechte eintreten, Migrantinnen vor Missbrauch, Ausbeutung und Gewalt schützen wollen und sich für die Stärkung der Position von Frauen (Empowerment) einsetzen.

Empfehlung 1970 (2011)¹⁸

betr. den Schutz von Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt

1. Die Parlamentarische Versammlung verweist auf ihre Entschließung 1811 (2011) zum Schutz von Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt.

2. Die Versammlung sieht es als wesentlich an, den Schutz der Grundrechte von Migrantinnen in den Mitgliedstaaten des Europarats zu gewährleisten. Sie bekundet ihre Anerkennung für die bisher geleistete Arbeit des Ministerkomitees zur Förderung der Rechte und der Rechtsstellung von Migrant(inn)en und mit dem Ziel der Familienzusammenführung eingereister Personen.

3. Die Versammlung ruft das Ministerkomitee zu folgenden Maßnahmen auf:

3.1. Ermutigung der Regierungen der Mitgliedstaaten zur beschleunigten Ratifizierung der einschlägigen rechtlichen Schutzinstrumente, insbesondere des Europäischen Übereinkommens über die Rechtsstellung der Wanderarbeitnehmer (SEV Nr. 93) und des Übereinkommens zur Bekämpfung des Menschenhandels (SEV Nr. 197);

3.2. Aufforderung an die Mitgliedstaaten des Europarates, das Europaratsübereinkommen zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (SEV Nr. 210) so bald wie möglich zu unterzeichnen und sicherzustellen, dass es auf alle Frauen, ohne jede Diskriminierung, angewandt wird, ungeachtet dessen, ob ihr Aufenthaltsstatus gesetzmäßig ist oder nicht;

3.3. Bestärkung der Regierungen der Mitgliedstaaten in ihren Bemühungen, sich aktiv an der Ausarbeitung der künftigen Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) über Haushaltspersonal zu beteiligen und deren Bestimmungen einzuhalten;

3.4. Einleitung einer Aufklärungskampagne in den Mitgliedstaaten mit dem Ziel, die Tätigkeit von Haushaltspersonal als Arbeit anzuerkennen und Praktiken wie die Einbehaltung von Pässen und/oder Löhnen sowie körperlichen, sexuellen und psychischen Missbrauch von Haushaltspersonal zu beseitigen;

3.5. Aufforderung an die Mitgliedstaaten, Aktivitäten zur Verhinderung und Bekämpfung der Diskriminierung von Migrantinnen und Mädchen zu entwickeln und umzusetzen und ihre aktive Beteiligung am politischen, öffentlichen und wirtschaftlichen Leben zu fördern, auch an Gewerkschaften und anderen Vereinigungen, die ihre Arbeitsrechte schützen und fördern;

3.6. dringliche Aufforderung an die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten, Migrantinnen in die Ausarbeitung der Einwanderungs- und Sozialpolitik einzubeziehen;

3.7. Ausbau der Partnerschaft zwischen den Mitgliedstaaten des Europarats und den Herkunftsländern, um die Menschenrechte von Migrantinnen zu achten, die Gleichstellung der Geschlechter – auch im Zivilrecht – zu fördern und die Stellung der Frauen zu stärken (Empowerment);

3.8. Überprüfung – in Zusammenarbeit mit der Europäischen Union – der Verfügbarkeit legaler Einwanderungswege für Migrantinnen, um so durch Verminderung der irregulären Migration ihre Migrationschancen und ihren Schutz zu sichern.

¹⁸ Versammlungsdebatte am 15. April 2011 (18. Sitzung) (siehe Dok. 12549, Bericht des Ausschusses für Wanderbewegungen, Flüchtlings- und Bevölkerungsfragen, Berichterstatterin: Frau Frahm; sowie Dok. 12578, Stellungnahme des Ausschusses für die Chancengleichheit von Frauen und Männern, Berichterstatterin: Frau Circene). Von der Versammlung am 15. April 2011 (18. Sitzung) verabschiedeter Text.

Empfehlung 1961 (2011)¹⁹**betr. die Überschuldung der Staaten: eine Gefahr für Demokratie und Menschenrechte**

1. Ohne eine solide Ordnungspolitik kann es keine verantwortungsvolle Staatsführung geben. In ihrem Streben, die europäischen Völker einander näher zu bringen, hat eine Gruppe von Staaten die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts festgelegt und das Euro-Projekt in Angriff genommen. Das vergangene Jahrzehnt und insbesondere die letzten Jahre aber haben die besorgniserregende Unfähigkeit vieler europäischer Regierungen gezeigt, vorausschauende ordnungspolitische Maßnahmen zu treffen und geeignete staatliche Verschuldungspolitiken zu verfolgen. Ein gefährlicher Teufelskreis aus Überschuldung, hohen Haushaltsdefiziten und wirtschaftlicher Rezession gefährdet nunmehr die Grundlagen der europäischen Strukturen und die Lebensqualität der Bürger in Europa.

2. Das große europäische Vorhaben erwuchs aus menschlichen Tragödien und entwickelte sich durch Krisen. Die aktuellen Probleme der Staaten, die den Kern der europäischen Integration bilden, sollten als Impuls für konzertiertere Maßnahmen im Hinblick auf verantwortungsvolle Staatsführung und Ordnungspolitik dienen. Es besteht die dringende Notwendigkeit, das Wirtschaftssystem, das Risiken falsch bewertet und in den Jahren des Aufschwungs verantwortungslos agiert hat, zu reparieren. Obwohl sich die Machtverhältnisse zum großen Teil zu sehr zugunsten der globalen Finanzmärkte und des privatwirtschaftlichen Sektor verschoben haben, ist der Staat nach wie vor der wichtigste Regulierer und Garant der Rechtsstaatlichkeit, wodurch Demokratie, Grundrechte und das ordnungsgemäße Funktionieren der Marktwirtschaft gestützt werden.

3. Die Parlamentarische Versammlung ist besorgt, dass kurzfristige nationale politische Entscheidungen das Vertrauen der Öffentlichkeit in staatliche Institutionen erschüttert, Spekulationen über die Lebensfähigkeit des europäischen Sozialstaatsmodells angeheizt und zu Spannungen zwischen öffentlichem und privatwirtschaftlichem Sektor geführt haben. Das einseitige Vertrauen auf die Ausbreitung von Finanzdienstleistungen zu Lasten anderer Wirtschaftssektoren hat makroökonomische Ungleichgewichte und Spekulationsblasen hervorgerufen. Manche Bankenrettungspakete waren durch die Notwendigkeit der Wahrung der wirtschaftlichen Stabilität begründet, aber insgesamt ist es nicht gerecht, die Verluste des privaten Sektors auf die Staaten und letztlich auf alle Steuerzahler abzuwälzen. Diese Verzerrung auf dem Markt und in der Staatsführung muss beseitigt werden, um ähnliche Krisen in Zukunft zu vermeiden.

4. Die Versammlung nimmt dankbar zur Kenntnis, dass die höhere internationale wechselseitige wirtschaftliche Abhängigkeit zu einer engeren multilateralen Zusammenarbeit im Rahmen der G-20 geführt hat, die für eine verbesserte Regulierung des Finanzsektors sorgen, die Aufsicht über die Rating-Agenturen stärken und die Steuerflucht eindämmen soll. Sie nimmt die Einrichtung des Europäischen Finanzstabilisierungsfonds im Mai 2010 als vorübergehende Maßnahme und des Europäischen Ausschusses für Systemrisiken, der im Januar 2011 seine Arbeit aufgenommen hat, gemeinsam mit drei europäischen Aufsichtsbehörden für den Banken-, Versicherungs- und Wertpapiersektor zur Kenntnis. Aufgrund ihrer Kontrollbefugnisse sollten diese Behörden in der Lage sein, frühzeitig mögliche makroökonomische Ungleichgewichte zu erkennen und zu korrigieren und die Aktivitäten der in der Europäischen Union registrierten Rating-Agenturen besser zu strukturieren.

5. Darüber hinaus nimmt die Versammlung die Absicht der Europäischen Kommission zur Kenntnis, im Sommer 2011 einen umfassenden rechtlichen Rahmen für den Umgang mit maroden Banken (d. h. Banken, die zu groß und komplex und zu sehr miteinander verwoben sind, um sie in Konkurs gehen lassen zu können) vorzuschlagen, damit diese umstrukturiert oder abgewickelt werden können, ohne dass die Steuerzahler dafür aufkommen müssen. Sie ist zudem der Auffassung, dass die Option einer teilweisen Umschuldung bei übermäßiger öffentlicher Verschuldung kein Tabu sein sollte und dass Rahmenmechanismen für eine ordnungsgemäße Umschuldung geprüft werden sollten.

6. Die Krise wurde zum Teil durch die Kombination einer Deregulierung der Finanzmärkte und staatlicher Garantien für den Finanzsektor verursacht. Diese Kombination hat zur Verstaatlichung der privaten Schulden geführt: die öffentliche Hand zahlt den Preis, den die Anteilseigner und Obligationäre der Finanzinstitutionen hätten zahlen sollen. In Zukunft sollten Garantien immer mit strikten Regelungen zur Bewältigung der Gefahr

¹⁹ Von der Versammlung am 11. April 2011 (11. Sitzung) verabschiedeter Text (siehe Dok. 12556, Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Entwicklung, Berichterstatter: Herr Omtzigt; Dok. 125571, Stellungnahme des Ausschusses für Sozialordnung, Gesundheit und Familie; Berichterstatter: Herr Hunko; sowie Dok. 12572, Stellungnahme des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und kommunale und regionale Angelegenheiten, Berichterstatter: Herr Meale). Von der Versammlung am 11. April 2011 (11. Sitzung) verabschiedeter Text.

für die Öffentlichkeit solcher Garantien verbunden werden. Werden diese Garantien in Anspruch genommen, sollten die Manager der Finanzinstitutionen den Preis zahlen, ihre Gehälter gekürzt werden und sie davon absehen, Bonuszahlungen zu akzeptieren. Denn wäre der öffentliche Sektor nicht eingesprungen, hätten ihre Institutionen Bankrott angemeldet. Dies sollte so lange gelten, wie sie öffentliche Unterstützung erhalten.

7. Die Versammlung ist sich bewusst, dass einige Mitgliedstaaten des Europarates auf zweifelhafte Praktiken zurückgegriffen haben, um ihr kurzfristiges Haushaltsdefizit zu minimieren. Diese Praktiken sind in der Regel nicht transparent und können sich gravierend auf die zukünftige und langfristige Staatsverschuldung auswirken. Vor allem können Derivate als nützliches Instrument zur Steuerung der Staatsverschuldung dienen, aber auch zur Verschleierung einer höheren öffentlichen Verschuldung beitragen, wenn sie missbraucht werden. Da die Aktivitäten staatlicher Kreditnehmer im Bereich der Derivate nur in sehr geringem Umfang der Öffentlichkeit bekannt werden, kann allenfalls eine sehr eingeschränkte Überwachung seitens der "staatlichen Aktionäre" (d. h. der Steuerzahler) erfolgen. Diese fehlenden Informationen führen dazu, dass sich die Rechenschaftspflicht der Regierungen in Bezug auf die Lage der öffentlichen Verschuldung und die Transparenz der nationalen Statistik verringern.

8. Die Versammlung betont daher die Bedeutung der Transparenz in einer Demokratie und Marktwirtschaft. Ohne Transparenz ist die Demokratie unvollständig, da nur eine ausreichend informierte Bevölkerung klug abstimmen und dementsprechend ihre politischen Rechte unter vollständiger Kenntnis der Tatsachen wahrnehmen kann. In diesem Zusammenhang erinnert die Versammlung an die Verdienste der Medien als Hüter der Demokratie, da sie die Öffentlichkeit in die Lage versetzen, auf politischen Machtmissbrauch oder wirtschaftliches Fehlverhalten zu reagieren. Da die Verwaltung der öffentlichen Finanzen einwandfreie Transparenz erfordert und der Grundsatz der Zustimmung zur Besteuerung als ein Garant der Demokratie betrachtet wird, müssen die Regierungen ihre guten Absichten nachweisen und für die vollständige Transparenz der staatlichen Bücher sorgen, um die Demokratie zu stützen.

9. In diesem Zusammenhang ist äußerst beunruhigend, dass Mitgliedstaaten gezwungen wurden, für die Staatsverschuldung des jeweils anderen Staates zu bürgen, z.B. im Fall von Island und Griechenland. Staatsschulden sind somit zu zwischenstaatlichen Schulden geworden. Dies ist nur in absoluten Ausnahmefällen akzeptabel und sollte eine kurzzeitige vorübergehende Notfallmaßnahme darstellen. Zwischenstaatliche Schulden und Bürgschaften erhöhen das systemische Risiko innerhalb Europas, da die Zahlungsunfähigkeit eines Staates zu einer Kettenreaktion aus Umschuldung, Nothaushalten, Erhöhung der Geldmenge und großen Belastungen für die Bürger Europas führt.

10. Das Risiko staatlicher und anderer Bürgschaften sollte in den Büchern nicht verschwiegen werden, da sie eine echte Gefahr für die öffentlichen Finanzen darstellen. Die Krisen in Irland und Island resultierten unmittelbar aus nicht tragbaren Bürgschaften. Diese Bürgschaften hätten daher vollständig und getrennt von anderen Angelegenheiten den Parlamenten der Mitgliedstaaten gemeldet werden müssen. Länder, die für Staatsschulden und andere Schulden bürgen, sollten in einer international vereinheitlichten Weise vollständig über diese Bürgschaften informieren. Dies betrifft auch Einlagensicherungssysteme und Kredite und Bürgschaften für den Finanzsektor. Die außerbilanzielle Buchführung erwies sich in der Entstehung der Krise als Problem und sollte daher in den staatlichen Büchern vermieden werden. Die Versammlung fordert deshalb die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und Eurostat auf, spätestens innerhalb von sechs Monaten nach Verabschiedung der vorliegenden Empfehlung methodische Leitlinien für Staaten im Hinblick auf mehr Transparenz bei der Berichterstattung über staatliche Bürgschaften zu erarbeiten.

11. Der Einfluss der Finanzmärkte auf die Staatsführung, das öffentliche Interesse, die öffentliche Durchführung wirtschaftspolitischer Maßnahmen und die demokratischen Institutionen in Europa ist besorgniserregend. Die Versammlung ist der Auffassung, dass es erforderlich ist, innerhalb des Europarates – auch im Rahmen des Forums für die Zukunft der Demokratie – und in den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten dieses Thema weiterhin zu erörtern. Sie hebt die Notwendigkeit einer engeren Interaktion und eines verstärkten Informationsaustauschs zwischen den nationalen Parlamenten, Regierungen und den Bretton-Woods-Institutionen hervor, insbesondere wenn die Hilfe der Letztgenannten benötigt wird.

12. Die Versammlung beklagt, dass die Staaten die privaten Schulden tatsächlich verstaatlicht haben. Artikel 1 des Protokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention (SEV Nr. 9) verbietet ausdrücklich die Enteignung von Privateigentum. Er sollte auch die Enteignung privater Schulden verbieten, damit nicht die Steuerzahler beansprucht werden, um den Preis für das Scheitern von Institutionen des Privatsektors zu zahlen.

13. Die Versammlung empfiehlt dem Ministerkomitee, die Regierungen der Mitgliedstaaten aufzufordern,

13.1. für vollständige Transparenz und Rechenschaftspflicht bei staatlichen Bürgschaften zu sorgen und Pläne für eine allmähliche Reduzierung dieser Bürgschaften zu erarbeiten;

13.2. die Erosion des Lebensstandards und der sozioökonomischen Rechte der Bürger einzudämmen und sich dabei nach Kräften zu bemühen, die durch Sparmaßnahmen hervorgerufenen Belastungen gerecht auf die Bevölkerung zu verteilen und besonders gefährdete Gruppen von den Anpassungsmaßnahmen auszuschließen;

13.3. bei der Entwicklung abgestufter Strategien für die Stabilisierung der öffentlichen Verschuldung und den darauf folgenden Schuldenabbau durch fortlaufende Haushaltskonsolidierung in Verbindung mit Strukturreformen, nachhaltigen Anreizen für Wachstumssektoren, einer verbesserten Steuerverwaltung und einem ausgewogeneren Verhältnis zwischen dem Umfang der Sozialleistungen und den Staatseinnahmen Realismus walten zu lassen;

13.4. sorgfältiger auf die Integrität der Wirtschaftswissenschaftler zu achten, deren Rat für die Politik ebenso unverzichtbar wie zweifelhaft oder bisweilen sogar manipulativ ist. Die Versammlung ist überzeugt, dass die Ethik und Verantwortung dieses Berufsstandes gestärkt werden könnte, indem beispielsweise die zuständigen Gremien aufgefordert werden, einen weltweiten oder zumindest europäischen Verhaltenskodex zu erarbeiten, der Disziplinarmaßnahmen beinhaltet.

Empfehlung 1962 (2011)²⁰

betr. die religiöse Dimension des interkulturellen Dialogs

1. Die Parlamentarische Versammlung stellt das wachsende Interesse an Fragen im Hinblick auf den interkulturellen Dialog in einem europäischen und weltweiten Kontext fest, wo die Anstrengungen zur Herstellung engerer Beziehungen und einer engeren Zusammenarbeit zwischen Gemeinschaften in unseren Gesellschaften und unter den Völkern, um zum Wohle Aller gemeinsam etwas aufzubauen, ständig durch fehlendes Verständnis, hohe Spannungen und sogar barbarische Akte von Hass und Gewalt gefährdet werden.

2. Die Versammlung begrüßt die innerhalb des Europarates entwickelte positive Dynamik, die für einen Ansatz zur systematischen Einbeziehung der Fragen im Zusammenhang mit dem interkulturellen Dialog und seiner religiösen Dimension begünstigt. Das „Weißbuch zum interkulturellen Dialog – gleichberechtigt in Würde zusammenleben“ und die vom Ministerkomitee veranstalteten jährlichen Austausch über „die religiöse Dimension des interkulturellen Dialogs“ stellen gewissermaßen die größte Leistung dieses Ansatzes dar.

3. Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention (nachfolgend „die Konvention“ genannt, SEV Nr. 5) garantiert das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Diese Freiheit stellt eine der Grundlagen einer „demokratischen Gesellschaft“ im Sinne der Konvention dar; sie ist im Hinblick auf ihren religiösen Aspekt einer der entscheidendsten Bestandteile der Identität und der Lebensauffassung von Gläubigen, jedoch auch ein wichtiges Gut für Atheisten, Agnostiker, Skeptiker oder nicht betroffene Menschen.

4. Die Geltendmachung dieses unveräußerlichen Rechts setzt voraus, dass es Allen frei steht, einer Religion anzugehören oder nicht und ihre Religion allein privat oder aber kollektiv und in der Öffentlichkeit im Kreise derer, die ihren Glauben teilen, zu bekunden. In Europa besitzen Kirchen und religiöse Gemeinschaften das Recht zu existieren und sich unabhängig zu organisieren. Dennoch sind die Religionsfreiheit und die Freiheit, eine philosophische oder sekuläre Weltanschauung zu haben, untrennbar mit einer vorbehaltlosen Akzeptanz aller in der Konvention verankerten Grundwerte verbunden.

5. Diese Werte sollten uns zusammenbringen, doch ist es ebenfalls notwendig, die kulturellen Unterschiede anzuerkennen, die zwischen Menschen unterschiedlicher Überzeugungen existieren. Unterschiede haben, so lange sie mit der Achtung der Menschenrechte und der Grundsätze der Demokratie vereinbar sind, nicht nur jedes Recht zu existieren, sondern sie helfen uns auch, den Inbegriff unserer pluralen Gesellschaften zu bestimmen.

²⁰ Versammlungsdebatte am 12. April 2011 (12. und 13. Sitzung) (siehe Dok. 12553, Bericht des Ausschusses für Kultur, Wissenschaft und Bildung, Berichterstatterin: Frau Brasseur; sowie Dok. 12576, Stellungnahme des Politischen Ausschusses, Berichterstatter: Herr Toschew). Von der Versammlung am 12. April 2011 (13. Sitzung) verabschiedeter Text.

6. Das europäische Modell ist seiner Definition nach multikulturell und sollte Unterschieden, die sich aus unterschiedlichen historischen Hintergründen ergeben, Rechnung tragen. Gemeinsame Werte wie gegenseitige Achtung, Schutz der Menschenrechte, Demokratie, Toleranz, die Akzeptanz, dass Unterschiede normal sind, und die Vision einer gemeinsamen Zukunft müssen jedoch weiter gestärkt werden.
7. Das Problem liegt oft in unserer Haltung gegenüber der Vielfalt. Die Versammlung betont die Notwendigkeit, das ein Jeder lernen muss, seine Unterschiede positiv mit anderen zu teilen und Andere mit ihren Unterschieden zu akzeptieren, damit von Zusammenhalt geprägte Gesellschaften aufgebaut werden, die offen für Vielfalt sind und die Würde jedes Einzelnen respektieren. Die Versammlung ist von der Bedeutung der religiösen Dimension des interkulturellen Dialogs und von der Zusammenarbeit zwischen den religiösen Gemeinschaften zur Förderung der gemeinsamen Werte, die den gemeinsamen Kern unserer europäischen Gesellschaft sowie einer jeden demokratischen Gesellschaft ausmachen, zur Erreichung dieses Ziels überzeugt.
8. Die Versammlung ist der Ansicht, dass es nicht nur wünschenswert, sondern auch notwendig ist, dass die verschiedenen Kirchen und religiösen Gemeinschaften – insbesondere Christen, Juden und Moslems – gegenseitig das Recht auf Religions- und Glaubensfreiheit anerkennen. Es ist ebenfalls unerlässlich, dass Menschen aller Überzeugungen und Weltanschauungen, religiöser oder anderer Art, akzeptieren, den Dialog zu verstärken, aufbauend auf der gemeinsamen Behauptung, dass die Würde aller Menschen gleich ist sowie der uneingeschränkten Verpflichtung zu den demokratischen Grundsätzen und den Menschenrechten. Dies sind zwei entscheidende Voraussetzungen für die Entwicklung einer neuen Kultur des gemeinsamen Zusammenlebens. Die Versammlung ruft daher alle religiösen Gemeinschaften und Kirchen auf, ihre Anstrengungen für einen Dialog, auch mit humanistischen Bewegungen, beharrlich fortzusetzen, um übereinstimmend darauf hinzuarbeiten, das Ziel einer effektiven Wahrung dieser Werte überall in Europa und auf der ganzen Welt zu erreichen.
9. Die Staaten müssen die notwendigen Voraussetzungen für einen Pluralismus der Religionen und Überzeugungen schaffen und eine wirksame Achtung der Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit, wie durch Artikel 9 der Konvention garantiert, gewährleisten.
10. Die Versammlung erinnert in diesem Zusammenhang an die Verpflichtung der Staaten zu gewährleisten, dass alle religiösen Gemeinschaften, die die gemeinsamen Grundwerte akzeptieren, sich eines angemessenen rechtlichen Status erfreuen können, der die Ausübung der Religionsfreiheit garantiert, und dass jede vorrangige Förderung für bestimmte Religionen nicht unverhältnismäßig und in der Praxis diskriminierend wird. Die Staaten müssen auch die Rechte religiöser Gemeinschaften mit der Notwendigkeit vereinbaren, die Rechte von Menschen ohne religiöse Überzeugung, die sich zu diesen Grundwerten bekennen, zu schützen.
11. Die Versammlung ist der Ansicht, dass es erforderlich ist, eine dynamische, produktive Partnerschaft zwischen den staatlichen Institutionen, religiösen Gemeinschaften sowie Gruppen, die eine nichtreligiöse Auffassung befürworten, aufzubauen. Der gemeinsame Ausgangspunkt hierfür ist die Anerkennung der verschiedenen Religionsgemeinschaften und nicht-religiösen Überzeugungen, dass die Menschenwürde ein wesentliches und universales Gut ist.
12. Die Versammlung empfiehlt daher den staatlichen Behörden auf kommunaler und nationaler Ebene, Begegnungen im Rahmen des interreligiösen Dialogs zu erleichtern und Projekte zu fördern und zu unterstützen, die gemeinsam von mehreren Gemeinschaften, einschließlich humanistischen und nichtreligiösen Vereinigungen, durchgeführt werden, die bestrebt sind, die gesellschaftlichen Bande durch Mittel wie die Förderung der Solidarität zwischen den Gemeinschaften, Fürsorge für die am stärksten benachteiligten Personen und die Bekämpfung der Diskriminierung zu konsolidieren.
13. Die Versammlung bekräftigt erneut die Bedeutung und die Funktion des Bildungssystems für Kenntnisse und das Verständnis der verschiedenen Kulturen, einschließlich des Glaubens und der Überzeugungen, die sie identifizieren, sowie für das Lernen demokratischer Werte und die Achtung der Menschenrechte. Sie empfiehlt, den Staaten und Religionsgemeinschaften, gemeinsam und auf der Grundlage der Leitlinien des Europarates die Fragen im Hinblick auf den Religionsunterricht, die Bildung über Religionsgemeinschaften sowie die Ausbildung von Lehrern und religiösen Geistlichen oder Personen mit religiöser Verantwortung nach einem holistischen Ansatz gemeinsam zu überprüfen.
14. Die Versammlung betont, dass für die religiöse Erziehung in der Schule der Grundsatz der staatlichen Neutralität gilt und dass es nach dem Fallrecht des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte an den nationalen Behörden ist, streng darauf zu achten, dass nicht gegen die religiösen oder nicht-religiösen Überzeugungen der Eltern verstoßen wird.

15. Nach Auffassung der Versammlung besteht die Herausforderung heute darin, die notwendige Einigung und die Ausgewogenheit zu erzielen, damit der Religionsunterricht die Möglichkeit zur Begegnung und zur Aufgeschlossenheit auf beiden Seiten bietet. Sie empfiehlt den staatlichen Behörden und religiösen Gemeinschaften, konzertierte Anstrengungen in diese Richtungen zu unternehmen und ersucht die Staaten, Mittel für Aussagen zur Ermöglichung von Leistungen vor Ort vorzusehen. Es wäre äußerst ratsam, wenn jeder Lehrer während seiner Ausbildung ungeachtet seines Bildungstyps und seines Bildungszweigs ein Bildungsmodul belegen würde, das ihn mit den wichtigsten Gedankenrichtungen vertraut macht.

16. Die Versammlung erinnert daran, dass die interne Autonomie religiöser Institutionen in Bezug auf die Ausbildung von Personen mit religiöser Verantwortung ein Grundsatz ist, der der Religionsfreiheit innewohnt. Dennoch wird diese interne Autonomie durch die Grundrechte, die demokratischen Prinzipien und die Rechtsstaatlichkeit, die wir gemeinsam aufrechterhalten, begrenzt. Die Versammlung fordert daher die religiösen Institutionen und die religiösen Führer dazu auf, wenn möglich gemeinsam und im Rahmen des interreligiösen Dialogs geeignete Möglichkeiten zu prüfen, um Personen mit religiöser Verantwortung besser auszubilden im Hinblick auf

16.1. Kenntnis und Verständnis anderer Religionen und Überzeugungen sowie im Hinblick auf Offenheit, Dialog und Zusammenarbeit zwischen Religionsgemeinschaften;

16.2. die Achtung der Grundrechte, der demokratischen Grundsätze und der Rechtsstaatlichkeit als eine gemeinsame Grundlage für einen solchen Dialog und eine derartige Zusammenarbeit.

17. Die Versammlung empfiehlt dem Ministerkomitee,

17.1. eine echte Partnerschaft für Demokratie und Menschenrechte zwischen dem Europarat, den religiösen Institutionen und humanistischen und nichtreligiösen Organisationen zu fördern und danach zu streben, die aktive Beteiligung aller Akteure an Maßnahmen zur Förderung der Grundwerte der Organisation zu fördern;

17.2. zu diesem Zweck einen Ort für den Dialog einzurichten, einen Arbeitsort zwischen dem Europarat und hochrangigen Vertretern von Religionen und nicht-konfessionellen Organisationen, um den bestehenden Beziehungen eine stabile und offiziell anerkannte Plattform zu geben;

17.3. diese Initiative in Absprache mit den interessierten Parteien zu entwickeln, die Parlamentarische Versammlung und, soweit möglich, die Europäische Union eng einzubinden und die Allianz der Zivilisationen sowie ggf. andere Partner einzuladen, dazu beizutragen;

17.4. in diesem Zusammenhang fortzufahren, Sitzungen zu veranstalten, die der religiösen Dimension des interkulturellen Dialogs gewidmet sind.

18. Die Versammlung empfiehlt dem Ministerkomitee ferner,

18.1. den Beitritt der Mittelmeerstaaten zur Venedig-Kommission, zum Teilabkommen zur Jugendmobilität mit Hilfe der Jugendkarte und zum Nord-Süd-Zentrum zu fördern;

18.2. alle Mitgliedstaaten zu ersuchen, alle vom Nord-Süd-Zentrum durchgeführten gezielten Projekte zu unterstützen, um die positiven Kräfte, die bei der religiösen Dimension des interkulturellen Dialogs am Werk sind, über die Grenzen des europäischen Kontinents auf die interregionale Ebene bzw. weltweit auszudehnen;

18.3. die Ressourcen für das Projekt der interkulturellen Städte zu erhöhen, in das die religiöse Dimension des interkulturellen Dialogs ausdrücklich aufgenommen werden sollte;

18.4. mehr Unterstützung für die Arbeit des Europäischen Wergeland-Zentrums in Oslo zu leisten, insbesondere zum Aufbau seiner Fähigkeit, mit den Mitgliedstaaten des Europarates bei Projekten zusammenzuarbeiten, die die interkulturelle und die interreligiöse Dimension der Lehrer- und Erzieherausbildung betreffen.

19. Die Versammlung ersucht die Europäische Union, insbesondere das Europäische Parlament und die Europäische Kommission, unter Hinweis auf die vom Ministerkomitee am 11. Mai 2010 verabschiedete Charta zusammen mit ihrer Grundrechteagentur gemeinsame Programme mit dem Europarat für Demokratieerziehung und Menschenrechtsbildung, sowie für den interkulturellen und den interreligiösen Dialog einzuleiten.

20. Die Versammlung ersucht die Allianz der Zivilisationen, gemeinsame Programme mit dem Europarat zu veranstalten, die auf bessere Synergien bei ihren jeweiligen Maßnahmen in Europa abzielen.

Empfehlung 1967 (2011)²¹

betr.: die Massenankunft irregulärer Migranten, Asylsuchender und Flüchtlinge an den Südküsten Europas

1. Die Parlamentarische Versammlung verweist auf ihre Entschließung 1805 (2011) betr. die Massenankunft irregulärer Migranten, Asylsuchender und Flüchtlinge an den Südküsten Europas.

2. Die Versammlung begrüßt in diesem Zusammenhang die schnelle Antwort des Ministerkomitees im Hinblick auf eventuelle Maßnahmen der Organisation im Falle von Massenankünften von Asylsuchenden und Migranten aus dem südlichen Mittelmeerraum nach der Initiative des Generalsekretärs des Europarates. Sie begrüßt auch die Unterstützung des Ministerkomitees für die Vorschläge des Generalsekretärs im Hinblick auf die Entwicklung von Notfallplänen und die Schulung von Beamten, die Asylanträge bearbeiten.

3. In der Hoffnung, dass diese Maßnahmen unverzüglich umgesetzt werden, betont die Versammlung, dass der Europarat sowohl kurz- als auch langfristig eine wichtigere Rolle spielen muss.

4. Die Versammlung ist der Ansicht, dass ihre eigene Erfahrung, die des Europäischen Komitees zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT) sowie die Erfahrung des Menschenrechtskommissars des Europarates hilfreich für Behörden sein kann, die an der Bewältigung dieser Massenankünfte von Migranten und Asylsuchenden beteiligt sind. Sie empfiehlt, dass der Europarat die Verantwortlichen für die Aufnahme und Ingewahrsamnahme in den Mitgliedstaaten sowie die relevanten Gremien des Europarates zusammenbringen sollte, um beispielhafte Praktiken und Methoden für eine Zusammenarbeit zu untersuchen, um den Schutz von Mindeststandards bei den Menschenrechten und Klarheit darüber zu gewährleisten, was von den Mitgliedstaaten erwartet wird.

5. Die Versammlung fordert das Ministerkomitee ebenfalls nachdrücklich dazu auf, gemeinsam mit der Entwicklungsbank des Europarates zu prüfen, in welchem Maße sie Mitgliedstaaten bei der Aufnahme irregulärer Migranten, Flüchtlinge und Asylsuchender und der Integration derer, die internationalen Schutzes bedürfen, unterstützen kann.

V. Reden deutscher Delegationsmitglieder

Die Überschuldung der Staaten: eine Gefahr für Demokratie und Menschenrechte (Dok. 12556)

Andrej HUNKO, Deutschland, UEL

Vielen Dank, Herr Präsident!

²¹ Versammlungsdebatte am 14. April 2011 (16. Sitzung) (siehe [Dok. 12581](#), Bericht des Ausschusses für Wanderbewegungen, Flüchtlinge und Vertriebene, Berichterstatterin: Frau Strik). Von der Versammlung am 14. April 2011 (16. Sitzung) verabschiedeter Text.

Das Thema „Überschuldung von Staaten: Gefahr für Demokratie und Menschenrechte“ ist ein überaus wichtiges Thema und von höchster Aktualität.

Herr Omtzigt hat angesprochen, dass am vergangenen Wochenende das isländische Referendum über die Übernahme der Icesave-Schulden stattfand: 60 % der Bevölkerung haben mit „Nein“ gestimmt. Das ist ein wichtiges Signal zu der Frage, ob die Schulden privater Banken von öffentlichen Haushalten übernommen werden sollen, die dann wiederum massiv unter Druck geraten und soziale Rechte in Frage stellen.

Ich würde es sehr begrüßen, wenn es zu dem Thema europaweit viel mehr öffentliche Auseinandersetzung geben würde. Ich bedauere es sehr, dass der isländische Finanzminister Steingrímur Sigfússon heute leider nicht hier sein kann.

Ich danke Herrn Omtzigt für diesen guten und wichtigen Bericht und möchte einige Punkte hervorheben.

Es kann nicht sein, dass das Prinzip der Privatisierung von Gewinnen und Sozialisierung von Verlusten weiter fortgeführt wird. Wenn die Verluste der Finanzkrise auf die öffentlichen Haushalte abgewälzt werden, ist die Gefahr sehr groß, dass der demokratische Spielraum der Parlamente immer weiter eingeschränkt wird und soziale Rechte der Bevölkerung unter Druck kommen.

Ich begrüße es, dass die Frage einer Umstrukturierung von Schulden, eines *Haircuts*, im Bericht von Herrn Omtzigt aufgemacht ist. Ich bin der Meinung, dass eine solche Umstrukturierung in einigen Staaten unumgänglich sein wird, wenn man vermeiden will, dass soziale Rechte beschnitten werden.

Wir hatten hier im Jahre 2009 bereits in der Resolution 1673 „*Challenges of the financial crisis for the world economic institutions*“ regulierende Mechanismen für die Finanzmärkte gefordert. Ich denke, das ist durchaus notwendig, um die Wiederholung einer solchen Krise und die damit verbundenen Konsequenzen für Demokratie und Menschenrechte auszuschließen.

Die *recommendation* von Herrn Omtzigt benennt richtigerweise den gewachsenen Einfluss der Finanzmärkte auf die demokratischen Institutionen. Es kann doch nicht sein, dass nationale und europäische Parlamente und Regierungen angstvoll auf die Eröffnung der Märkte schauen und dann sehr weitreichende Entscheidungen aus Angst davor treffen, dass die Märkte sonst in Turbulenzen geraten: Das ist kein demokratisch akzeptabler Zustand.

Es muss weiterhin sichergestellt werden, dass diejenigen, die am wenigsten Schuld an der Staatsverschuldung und an der Krise haben, nicht dafür zur Kasse gebeten werden. Auch das wird im Bericht gesagt, und dafür danke ich.

Abschließend möchte ich sagen, dass meiner Meinung nach Staatsverschuldung als solche nicht unbedingt zu einem Verlust an Demokratie und Menschenrechten führen muss. Dazu führt vielmehr die Art und Weise, wie mit der Staatsverschuldung umgegangen wird. Meiner Ansicht nach ist die Kombination von Staatsverschuldung mit Austeritätsprogrammen problematisch, die Regierungen dazu zwingen, soziale Rechte in Frage zu stellen. Der Sozialausschuss wird zu diesem Thema noch einen eigenen Bericht vorlegen.

Herr Präsident: Lassen Sie uns von dieser Versammlung ein starkes Signal aussenden, dass Demokratie und soziale Rechte nicht unter die Räder einer zunehmenden Diktatur der Finanzmärkte über demokratische Gesellschaften kommen.

Vielen Dank.

Johann WADEPUHL, Deutschland, EPP/CD

Herr Präsident,

meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich glaube, dass wir eine auch für diese Versammlung außerordentlich wichtige Debatte führen, und ich möchte ausdrücklich Herrn Omtzigt für seinen Bericht danken.

In der Tat ist Staatsverschuldung auch kurzfristig für die Staaten ein grundlegendes Problem und eine Bedrohung für Demokratie, Menschenrechte und den Rechtsstaat. Ein Staat, der nicht handlungsfähig ist, der nicht in der Lage ist, seine Staatsdiener zu bezahlen, für die Ärmsten der Armen und für Bildungsgerechtigkeit zu sorgen, verliert Vertrauen.

Und, was Kollege Volontè zu Recht gesagt hat: Ein Staat, der nicht an die nachfolgenden Generationen denkt, der nicht weiß, dass die heutige Generation auf Kredit von Kindern und Enkelkindern lebt, macht keine nachhaltige, verantwortbare Politik. Deswegen hat der Bericht zu recht die Ursachen sehr umfanglich erforscht, und ich glaube, bei der Ursachenforschung beginnt die Problemlösung.

Wie auch in den letzten Beiträgen noch einmal unterstrichen wurde, brauchen wir in der Tat eine Regulierung der Finanzmärkte, eine Regulierung und wirksamere Kontrolle der Banken, eine Kontrolle der Spekulation und selbstverständlich der Rating-Agenturen. Dabei sind übrigens die Euro-Zone, selbst die Europäische Union, vielleicht sogar Europa überfordert. Wir brauchen alle dazu: die Vereinigten Staaten von Amerika, ja die ganze Welt. Da ist im Grunde mindestens die G20-Gruppe gefordert, um hier zu strengeren Regulierungen zu kommen.

Auf der anderen Seite kann nur dann spekuliert werden, wenn jemand Schulden gemacht hat. Deswegen gehört, wie Kollege Pieter Omtzigt in seinem Bericht in hervorragender Weise herausgestellt hat, zur Ursachenanalyse, dass es Staaten gibt, die eben zu viele Schulden gemacht haben. Dabei sitzen wir alle in einem Glashaus: Auch Deutschland hat zu viele Schulden gemacht. Aber es gibt eben viele Staaten, die ihre Schulden nicht mehr bedienen und deswegen zum Objekt der Spekulation werden können. Dies verurteile ich, aber dafür haben sie selbst auch eine Ursache gesetzt.

Die wichtigste Folgerung daraus ist deswegen, dass die Staatsverschuldung an sich, die Wurzel allen Übels, bekämpft werden muss. Daher begrüße ich die Kollegen aus Griechenland, Portugal und Spanien, die beispielhaft gesprochen haben. Ich bewundere den Mut der Politikerinnen und Politiker, die dort handeln und dafür sorgen, dass die Staatsverschuldung abgebaut wird.

Dabei müssen wir sie unterstützen und Solidarität zeigen und ihnen sagen, dass wir gesunde Staaten mit einer funktionierenden sozialen Marktwirtschaft brauchen, die nicht mehr ausgeben als sie einnehmen. Das ist der richtige Weg, und dann werden wir auch der Spekulation das Handwerk legen.

Herzlichen Dank.

Annette GROTH, Deutschland, UEL

Dankeschön, Herr Präsident!

Ich möchte auch auf das zuletzt Gesagte eingehen. Die Löhne in ganz Europa befinden sich im fliegenden Fall. Die Gewinne dagegen steigen immer höher. Wir haben also eine zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich; Reiche werden immer reicher, Arme immer ärmer. Das ist im höchsten Maße demokratiegefährdend.

Ich hätte mir sehr gewünscht, dass in dem Bericht etwas mehr dazu stehe, inwieweit Militärausgaben zu den wachsenden Schulden beigetragen haben. Deutschland allein gibt jeden Tag hundert Millionen Euro für das Militär aus. Ich weiß nicht, wie das in Griechenland oder Portugal ist, aber jedenfalls gibt es hier ein unglaubliches Einsparpotenzial.

Stattdessen wird immer nur von Bildungs-, Renten- und Gesundheitskürzungen gesprochen. Das ist meines Erachtens der völlig falsche Weg.

Was mir in dem Bericht ebenfalls fehlt, ist die Erwähnung der großen Gefahr der Sündenbockmentalität. Leute, die mit ihrer Situation unzufrieden sind und sehen, dass sie durch Steuern und andere Belastungen immer mehr an den Staatsausgaben beteiligt werden, suchen Sündenböcke. Wir sehen das in Russland, Ungarn, Deutschland

und anderen Ländern. Diese Sündenböcke finden sie zumeist bei Migranten, Flüchtlingen, den Schwächsten der Gesellschaft. Das macht mir zutiefst Angst.

Wenn es heute in Ungarn, das momentan die EU-Präsidentschaft innehat, Dörfer gibt, wo bewaffnete Bürgerwehren regelrecht Jagd auf Sinti und Roma machen, wenn es, wie kürzlich in Russland, riesige gewalttätige Auseinandersetzungen mit Nazis gibt, wo die Polizei völlig verstört war und sagte, sie habe so etwas noch nie erlebt, dann sollten wir dahin viel stärker unsere Aufmerksamkeit lenken, denn das ist in höchstem Maße demokratiegefährdend und bedroht die Menschenrechte.

Danke.

Amendments: (Dok. 12556)

Andrej HUNKO, Deutschland, UEL/GUE

Amendment 1

Vielen Dank Herr Präsident!

Hier geht es darum, dass die Bezugnahme auf den Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU ersetzt wird durch eine neutralere Formulierung, nämlich *appropriate public debt policies*.

Es gibt unterschiedliche Einschätzungen über den Stabilitäts- und Wachstumspakt. Ich bin der Meinung, dass er nicht unbedingt zur Vermeidung der Krise geführt hat. Deswegen wollten wir vom Sozialausschuss hier eine neutralere Formulierung.

Amendment 2

Hier schlagen wir vor, das kurze Wörtchen „too“ einzufügen, das bedeutet: (*nicht verständlich*) too much power shifted towards global financial markets.

Diese kleine Einfügung bekräftigt die Aussage, dass mehr Macht an die Finanzmärkte gegangen ist.

Amendment 4

Vielen Dank!

Hier geht es um die Bezugnahme auf unsere Resolution vom Jahre 2009, vor allen Dingen um die Betonung von mehr regulatorischen Mechanismen bezüglich der Finanzmärkte. Das wurde in verschiedenen Beiträgen angesprochen und ich denke, dass dies in die *recommendation* gehört.

Die religiöse Dimension des interkulturellen Dialogs (Dok. 12553)

Marina SCHUSTER, Deutschland, ALDE / ADLE

Sehr geehrter Herr Präsident,

liebe Kolleginnen und Kollegen!

Auch ich möchte gerne Frau Brasseur für ihren Bericht und ihre Arbeit danken. Die Tatsache, dass sich so viele Redner für diese Debatte gemeldet haben, zeigt, dass das Thema in den Mitgliedsstaaten sehr aktiv diskutiert wird.

Die Religions- oder auch Weltanschauungsfreiheit hat den Stellenwert eines in der Menschenwürde begründeten, universalen Menschenrechts. Sie bildet damit auch die Grundlage des säkularen Rechtsstaates, der damit die Heimstatt für Menschen unterschiedlicher religiöser oder nichtreligiöser Überzeugungen darstellt. Wie jedes Menschenrecht ist die Religionsfreiheit auch ein Gleichheitsrecht, nämlich begründet in der gleichen Würde aller Menschen.

Jeder hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit, und dieses Recht schließt eben ausdrücklich die Freiheit ein, seine Religion zu wechseln oder auch keine anzunehmen.

Frau Brasseur legt in ihrem Bericht zu Recht einen Schwerpunkt auf den Bereich der Bildung und des Dialogs. Ich glaube, dass es beim Zusammenleben in einer Gesellschaft genau darum geht, dass wir einander mit Respekt und Toleranz begegnen. Toleranz heißt aber eben nicht Gleichgültigkeit.

Auf der Basis eines säkularen Rechtsstaats bedarf es interreligiöser, aber auch innerreligiöser Lernprozesse. Eine ganz wichtige Aufgabe kommt dem Schulsystem sowie der Ausbildung von Lehrenden zu. Wir müssen das Verständnis und die Kenntnisse von verschiedenen Kulturen und Religionen, Glaubens- und anderen Überzeugungen auf Basis unserer demokratischen Werte und der Menschenrechte vermitteln.

Wenn Sie erlauben, möchte ich Beispiele aus Deutschland bringen. Ich unterstütze ausdrücklich die Einführung eines bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts an Schulen. Dafür brauchen wir in Deutschland ausgebildetes Lehrpersonal. Deswegen ist es richtig, dass die Bundesregierung Mittel für die Ausbildung von Religionslehrern für den Islam und muslimische Geistliche zur Verfügung stellt, und dass diese an staatlichen Hochschulen in deutscher Sprache stattfindet. Es ist meines Erachtens wichtig, den 4,3 Millionen Menschen muslimischen Glaubens in Deutschland diese Möglichkeit zu geben. Auch diese Ausbildung ist ein wichtiger Beitrag für die Integration.

Ich wünsche mir eine aktive Debatte und bin sehr dankbar für die heutigen Beiträge unserer Kollegen, aber auch unserer verehrten Gäste.

Vielen Dank.

Die Bekämpfung der Armut (Dok. 12555)

Katrin WERNER, Deutschland, UEL/GUE

Sehr geehrter Herr Präsident,

sehr geehrte Damen und Herren!

Im Namen meiner Fraktion, der Vereinigten Europäischen Linken, möchte ich mich zuallererst bei Herrn Volontè für diesen guten Bericht bedanken.

Ja, es ist wahr: Europa wird immer reicher und die Armut in Europa nimmt zu. Armut ist auch ein Resultat aus der Finanz- und Wirtschaftskrise. Doch Armut gab es bereits vorher. Sie ist Resultat konkreter politischer Entscheidungen. Schon 2008 mussten 42 Millionen EU-Bürger mit erheblichen materiellen Entbehrungen leben.

Armut ist ein hausgemachtes Problem. Wenn die Europäische Union heute als Antwort auf die Finanz- und Wirtschaftskrise etwa Griechenland oder Portugal zu einem radikalen Sparkurs zwingt, dann verursacht das noch mehr Armut. Grundlegende soziale, wirtschaftliche und kulturelle Menschenrechte werden dabei in Frage gestellt.

Es braucht den politischen Willen, um „der Armut ein Ende zu setzen“, wie Sie, Herr Volontè, es richtigerweise in Ihrem Bericht fordern. Die Finanz- und Steuerpolitik muss sich auch auf nationaler Ebene an den sozialen und ökologischen Erfordernissen unserer Gesellschaft ausrichten. Politik muss sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren.

Wir brauchen Investitionen in Bildung, aber nicht nur für junge Menschen, um sie vor späterer Armut zu schützen. Bildung begleitet uns ein Leben lang.

Viele gesellschaftliche Gruppen sind von Armut betroffen, z.B. Alleinerziehende, Erwerbslose, ältere Menschen, Menschen mit Behinderung und ethnische Minderheiten. Oft werden diese Menschen, wenn sie um Hilfe ersuchen, gesellschaftlich stigmatisiert. In der Vorlage wird darauf hingewiesen, dass sie nicht nur materielle Leistungen, sondern auch soziale Integration und politisches Gehör brauchen.

Wir müssen den vollständigen Zugang zu Beschäftigungsmöglichkeiten, angemessener medizinischer Hilfe und Wohnraum ohne Diskriminierung garantieren. Wir brauchen Mindesteinkommensgarantien, um Menschen vor Armut zu schützen und die Binnenkaufkraft zu stärken. Und wir brauchen den gesetzlich geregelten Mindestlohn.

Sehr geehrter Herr Volontè, bei diesen Forderungen haben Sie die Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken an Ihrer Seite. Hier in Straßburg scheinen wir irgendwie alle Sozialistinnen und Sozialisten zu sein. National redet und lebt es sich leider viel zu oft ganz anders.

Ich hoffe, Sie können sich mit Ihren Forderungen nach Mindestlohn, Mindesteinkommen und einem menschenwürdigen Umgang mit armen Menschen nicht nur hier in Straßburg Gehör verschaffen, sondern auch in den einzelnen Ländern.

Persönlich würde ich mich freuen, wenn Sie die Bundeskanzlerin Angela Merkel und die deutsche Delegation ihrer EVP von Ihren Forderungen überzeugen können. Wenn Sie möchten, gehen wir diesen Weg gemeinsam.

Annette GROTH, Deutschland, UEL/GUE

Herr Präsident!

Ich bin mit allem einverstanden, was hier gesagt wurde, möchte jedoch an eine Strategie erinnern, die anscheinend in Vergessenheit geraten ist, nämlich die Lissabon-Strategie. Sie wurde 1990 von der EU-Kommission ausgerufen und hatte zum Ziel, bis 2010 die EU zum wettbewerbsfähigsten Markt der Welt zu machen. Außerdem stand darin wohl auch etwas von Reichtum und Wohlstand für alle.

Doch dann fing man in allen EU-Staaten an, den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren; „flexibility enhances employability“ - Flexibilisierung der Kapitalmärkte, Arbeitszeitverlängerung, Verschieben des Ruhestands-Eintrittsalters und dergleichen mehr. Das hat sich nicht bewahrheitet, wie man eigentlich schon von vornherein wusste.

Jetzt haben wir das Resultat dieser ganzen Flexibilisierung. Wie hier sehr drastisch gesagt wurde: Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer. Da muss man überlegen, ob man nicht die EU, d. h. unsere Regierungen, die die Lissabon-Strategie damals zusammen mit den Lobbyisten des heute „Businesseurope“ genannten Verbands verbrochen haben, dafür verantwortlich machen muss.

Jetzt haben wir die Europa 2020-Strategie, und es geht weiter: mehr Flexibilisierung, länger arbeiten, mehr bezahlen für Rente, Gesundheit und dergleichen. Es wird uns weiter in dieselbe Katastrophe führen! Herr Flynn hat es eben gesagt: Großbritannien ist heute, 30 Jahre nach Thatcher, eines der ungleichsten Länder weltweit! In Deutschland ist es ähnlich.

Für diese vernachlässigten Themen müssen wir dringend etwas tun. EU-Politik ist in den meisten Ländern nicht populär; daher fokussiert man sich oft auf den nationalen Rahmen und vergisst dabei genau diese seltsamen Strategien, die für die gegenwärtige Situation verantwortlich zu machen sind: vermehrte Armut und dergleichen auf der einen Seite, und gleichzeitig ein wahnsinniger Reichtum auf der anderen.

Danke.

Erziehung zur Gewaltfreiheit in der Schule (Dok. 12513)**Katrin WERNER, Deutschland, UEL/GUE**

Sehr geehrter Herr Präsident,

sehr geehrte Damen und Herren!

Im Namen meiner Fraktion, der Vereinigten Europäischen Linken, möchte ich mich bei dem Berichterstatter für diesen wichtigen Bericht bedanken.

Gewalt an Schulen ist ein reales Problem. Die Lösung dieses Problems ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Lehrer, Eltern, Schüler, aber auch Großeltern, Nachbarn, wir alle sind hier gefordert. Da Kinder, die ihre Konflikte mit Gewalt zu lösen versuchen, oft selbst Opfer sind, kann nur der Grundsatz „Prävention vor Sanktion“ gelten. Sie haben mit vielfältigen Schwierigkeiten zu kämpfen.

Sie besuchen Schulen, in denen sie oft isoliert sind. Programme an Schulen zur gewaltfreien Konfliktbewältigung sind schlecht ausgestattet oder fehlen. Eine individuelle Betreuung von Schülern ist kaum möglich. Dabei ist gute Bildung der Schlüssel zu einem selbstverantworteten gewaltfreien Umgang mit Konflikten. Es kann dabei nur um lebenslange Bildung gehen – für alle Schichten der Gesellschaft.

Ein gerechtes Bildungssystem, gerechte Möglichkeiten für lebenslanges Lernen, eröffnen Perspektiven für Menschen, die sich am Rand der Gesellschaft befinden. Menschen über ein frei zugängliches, inklusives Bildungssystem Chancen zu eröffnen, ist das beste Mittel gegen sozialen Druck und damit auch gegen Gewalterscheinungen.

Zugleich stellt der Bericht richtigerweise fest, dass Kinder, die sich gewalttätig verhalten, oft aus Familien stammen, in denen Gewalt Teil der Erziehung ist. Meist befinden sich diese Familien in sozialen Notlagen, haben mit Erwerbslosigkeit und Armut zu kämpfen.

Der vorliegende Bericht beschreibt die wechselseitige Verbindung zwischen Gewalt in der Schule und gesellschaftlicher Gewalt. Dabei denken wir zum Beispiel an Gewalt im Fernsehen. Wir wissen aber auch, dass genauso Krieg eine Gesellschaft verändert.

Viele europäische Nationen führen mit ihren Soldatinnen und Soldaten Krieg – etwa in Afghanistan, im Irak oder in Libyen. In Deutschland wirbt die Bundeswehr an Schulen um junge Menschen, die eine Lebensentscheidung für den Eintritt in eine Berufsarmee treffen sollen. Der Einsatz von Gewalt zur Durchsetzung eigener Interessen wird zu etwas Normalem gemacht. Das ist besorgniserregend. Und es ist das Gegenteil von Bildung junger Menschen etwa durch NGOs an Schulen im Sinne von Humanismus, Toleranz und Demokratie.

In Zeiten schärferer sozialer Auseinandersetzungen in Europa haben es diese Werte schwer. Minderheiten werden mehr und mehr zu Sündenböcken für soziale Schief lagen gemacht. In Deutschland z.B. verteilen Neonazis CDs auf Schulhöfen.

Das ist ein extremes Beispiel, wie sich die Gewalttätigkeit in unserer Gesellschaft auf unsere Kinder auswirkt. Wir erleben eine Gesellschaft, die auf soziale Herausforderungen mit Ausgrenzung, Hass und Neid gegenüber Migrantinnen und Migranten, Hilfebedürftigen, Menschen mit Behinderung und sexuelle Minderheiten reagiert. Ab einem gewissen Punkt schlägt dieser Trend in Gewalt um – auch an unseren Schulen.

Was also kann eine gesellschaftliche Antwort auf die Gewalt an Schulen sein? Waffenverbote und strenge Regeln für den Umgang von Lehrern mit ihren Schülern sind notwendig, aber bei Weitem nicht ausreichend.

Wir brauchen eine bessere finanzielle Ausstattung von Schulen, kleinere Klassen, die die individuelle Betreuung aller Kinder ermöglichen. Die Ausbildung von Lehrern im Umgang mit Gewalt ist nötig. Zugleich brauchen wir Lernangebote für junge Mütter und Väter, für Großeltern.

Wir müssen aber auch für eine bessere Lebenssituation von Familien sorgen, die sich in sozialen Notlagen befinden. Mindestlöhne, Grundeinkommen und eine armutsfeste Grundsicherung für Kinder sind notwendig, um Armut als Katalysator für Gewalt aus den Familien zu verbannen. Wir brauchen Schulen, die die Isolation gewaltbereiter Kinder aufbrechen.

Kinder aus verschiedenen sozialen Schichten und verschiedener Herkunft müssen im Sinne von Humanismus und Toleranz gemeinsam lernen und gemeinsam leben lernen – integrativ und inklusiv. Und unsere Gesellschaft muss der Gewalt abschwören – im kleinen wie auch im großen Rahmen. Sie muss sich der Mitmenschlichkeit verschreiben. Nur so können wir letztlich Gewalt an Schulen wirksam begegnen.

Danke.

Aktualitätsdebatte: Die Lage in Nordafrika

Marina SCHUSTER, Deutschland, ALDE / ADLE

Herr Präsident,

liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir sind beeindruckt von dem unglaublichen Mut der Menschen, die auf die Straßen gegangen sind, um unter Gefahr von Leib und Leben für ihre Perspektiven ihre Stimme zu erheben. Wir sehen, dass in Ländern wie Tunesien und Ägypten eine große Hoffnung und Chance besteht.

Zugleich eskaliert die Gewalt in Syrien, Bahrein und Jemen, was wir verurteilen. In Libyen wissen wir noch nicht, wie der UN-mandatierte Einsatz ausgehen wird.

Nicht nur für die Oppositionskräfte in Nordafrika, sondern vor allem auch für die Zivilgesellschaft ist es daher so wichtig, dass wir als Parlamentarische Versammlung ein starkes Signal senden. Als Demokraten stehen wir an der Seite von Demokraten, und wir sollten und können die Demokratiebewegungen unterstützen. Aber nicht mit dem erhobenen Zeigefinger, sondern mit ehrlichen Angeboten.

Wir können zur Förderung von Demokratie sehr viel beitragen, vor allem auch bei der rechtlichen Unterstützung, gerade was die Wahlrechtsreform betrifft; auch in Zusammenarbeit mit der Venice Commission.

In Ägypten und Tunesien geht es darum, binnen kurzer Zeit die verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen für faire und freie Wahlen aufzubauen, die dann mit internationalen Wahlbeobachtern ablaufen sollen. Ich erinnere daran, dass dazu auch die Vorbereitung der Wahlen gehört (Wählerregister, Zuschnitt der Stimmkreise).

Denn oft ist es ja so, dass der Wahltag selbst scheinbar problemlos abläuft, dass aber schon vorher entscheidende Rahmenbedingungen getroffen wurden, die es der Opposition nicht ermöglicht haben, teilzunehmen oder entsprechend Zugang zu den Medien zu haben. Da sollten wir sehr sorgfältig sein und auch in der Vorbereitung unsere Unterstützung anbieten.

Auch was den Zeitpunkt der Parlamentswahlen betrifft, gibt es natürlich in den entsprechenden Ländern eine Diskussion. Ich glaube, es ist im Interesse aller, dass der Zeitpunkt so gewählt wird, dass Chancengleichheit gewährleistet ist.

Es war gerade für die Oppositionsparteien z.B. in Ägypten sehr schwer, bei den vorherigen Wahlen zu kandidieren. Ich habe selber Oppositionskandidaten getroffen, die in Haft waren, weil sie wagten, gegen Mubarak zu

kandidieren. Oppositionsparteien muss natürlich auch in flächendeckender Organisation die Teilnahme an der Wahl ermöglicht werden.

Das ist ein Prozess, der in den Ländern vonstatten gehen muss, wo sehr unterschiedliche Foren gefunden werden, die die Bürgergesellschaft voranbringen.

Auch sollte uns klar sein, dass moderate islamische Kräfte ihren Platz suchen werden. Es ist meines Erachtens wichtig, dass dieser Prozess von der Zivilgesellschaft dort in einer offenen Diskussion geführt wird.

Eines ist mir besonders wichtig, was auch von Herrn Gross angesprochen wurde: Der gesellschaftliche Wandel darf nicht zu Lasten von Minderheiten gehen, seien es religiöse, ethnische, sexuelle oder andere. Das ist ein besonders wichtiger Punkt, denn viele Menschen setzen große Hoffnung auf die Entwicklung, gerade was die Situation der religiösen Minderheiten betrifft.

Wir haben viel anzubieten. Es ist sehr wichtig, dass der Prozess, der dort angestoßen wurde, nicht enttäuscht wird. Es wird auch um ökonomische Perspektiven gehen – der Tourismus wurde angesprochen. Aber natürlich muss sich auch die EU den Spiegel vorhalten und ihre Handelsbeschränkungen auf den Prüfstand stellen, denn ohne ökonomische Perspektive wird der Erfolg dort nicht eintreten können.

Vielen Dank.

Die Todesstrafe in den Mitglied- und Beobachterstaaten des Europarates: ein Verstoß gegen die Menschenrechte (Dok. 12456)

Christoph STRÄSSER, Deutschland, SOC, Vorsitzender der Kommission für Rechts- und Menschenrechtsfragen

Vielen Dank, Herr Präsident!

Auch ich möchte mich dem Dank und der großen Hochachtung für die Arbeit anschließen, die Frau Wohlwend und das Sekretariat des Rechtsausschusses hier vorgestellt haben.

Wir haben hier über alle Fraktionen hinweg gute Argumente gehört, die dafür sprechen, den Kampf für die Abschaffung der Todesstrafe weiterzuführen. Wir haben viele Dinge gehört, von den zehn Geboten, von finanziellen Gründen, von dem vermeintlichen präventiven Inhalt einer Todesstrafe.

Das, was Herr Zaragoza zum Schluss noch einmal gesagt hat, finde ich sehr wichtig, und zwar reinzuhören in die Gesellschaften. Gerade wir als Parlamentarier haben die Möglichkeit vor Ort, uns Gedanken zu machen, uns zu unterhalten.

Ich glaube, keine Gesellschaft kann sich davor sicher sein, dass, wenn schwere Verbrechen geschehen – wenn Kinder misshandelt und ermordet werden – an den berühmten Stammtischen nicht die Diskussionen über die Wiedereinführung der Todesstrafe aufkommen. Ich finde, dass wir hier eine große Aufgabe haben.

Wir als Parlamentarier haben die Aufgabe, dorthin zu schauen, wo es die Todesstrafe noch gibt, aber wir haben auch in Europa dafür zu sorgen, dass es nie wieder zu ernsthaften Diskussionen über die Wiedereinführung der Todesstrafe kommt.

Ich bedanke mich noch einmal bei allen, die an dieser Arbeit mitgewirkt haben. Ich glaube, dass der Kampf gegen die Todesstrafe erst dann gewonnen sein wird, wenn es keine einzige Hinrichtung mehr auf dieser Welt gibt und wenn in keinem Staat mehr die Möglichkeit der Verhängung der Todesstrafe gegeben ist.

In diesem Sinne bin ich ganz sicher, dass die Parlamentarische Versammlung des Europarats eine ganz wichtige Rolle spielt. Der Bericht, den Frau Wohlwend heute vorgelegt hat, ist ein ganz wichtiger Mosaikstein in diesem Prozess.

Auch bitte ich darum und hoffe, dass es hier in der Parlamentarischen Versammlung eine breite Zustimmung zu diesem Bericht gibt.

Herzlichen Dank.

Den Mechanismus zur Verhütung von Folter in Europa verstärken (Dok. 12551)

Marina SCHUSTER, Deutschland, ALDE / ADLE

Sehr geehrter Herr Präsident,

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir bekennen uns zum absoluten Folterverbot. Nach meiner, nach unserer Überzeugung kann und darf es für einen demokratischen Rechtsstaat nur die ausnahmslose Einhaltung des Verbots der Folter und grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung und Bestrafung geben.

Es muss daher unser Anliegen sein, für eine Stärkung der internationalen Mechanismen für die Folterprävention einzutreten. Hierzu gehört auch der Anti-Folter-Ausschuss der Vereinten Nationen. Ich bedauere, dass noch nicht alle Mitgliedsstaaten des Europarates das Anti-Folter-Abkommen OPCAT unterzeichnet haben. Es ist sehr wichtig, dass alle Mitgliedsstaaten so schnell wie möglich ratifizieren und einen unabhängigen, adäquaten und mit entsprechenden Ressourcen ausgestatteten, nationalen Mechanismus zur Verhütung von Folter installieren.

Das europäische Übereinkommen zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe, CPT, ist in der Tat eine große Erfolgsgeschichte des Europarates.

Einige Anmerkungen zu den zwei wesentlichen Punkten des Berichtes von Herrn Gardetto:

Einmal der Grundsatz der Vertraulichkeit: Er ist in der Tat in der Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden eine wichtige Arbeitsgrundlage, denn wir wissen alle, wie wichtig die Vertraulichkeit bei der Zusammenarbeit ist und dass sie die Arbeit fördern kann.

Ich möchte aber betonen, und gebe damit dem Berichtersteller Recht, dass wir als Europarat die Aufgabe haben, hin- und nicht wegzuschauen. Deswegen ist es richtig, dass die endgültigen Berichte veröffentlicht werden und zwar schneller, denn es muss eine öffentliche Debatte geben, und dies muss auch öffentlich befördert werden.

Deutschland hat in der Vergangenheit, genau wie viele andere Staaten, regelmäßig der Veröffentlichung zugestimmt.

Der zweite Punkt, den Herr Gardetto in seinem Bericht erwähnt, ist die Wahl der Mitglieder des CPT. Wir haben als Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung des Europarates die Aufgabe, die Richter für den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu wählen, und ich glaube, wir sollten uns nicht davor fürchten, auch die Mitglieder des CPT zu wählen.

Insofern bitte ich Sie ganz herzlich, den Bericht von Herrn Gardetto zu unterstützen.

Vielen Dank.

Christoph STRÄSSER, Deutschland, SOC, Vorsitzender der Kommission für Rechts- und Menschenrechtsfragen

Ganz kurz Herr Vorsitzender,

Ich möchte nicht dazu beitragen, dass hier das Licht ausgeht, wenn wir noch drin sind, aber ich möchte im Namen des Ausschusses dem Berichterstatter und dem Sekretariat ganz herzlich danken.

Wir haben uns heute Abend zum zweiten Mal mit einem Thema beschäftigt, das zu den Kernaufgaben des Europarates zählt, und ich möchte meine Warnung von vorhin noch einmal wiederholen. Das Verbot von Folter ist auch in den Gesellschaften, in denen wir leben, nicht sakrosankt.

Auch in Deutschland hat es in den letzten Jahren in einem bestimmten Fall die Frage der sog. Rettungsfolter gegeben, d. h. der Androhung von Foltermaßnahmen durch Polizisten im Dienst bei einer Kindesentführung. Es ist zum Glück durch gerichtliches Urteil entschieden worden, dass solche Maßnahmen nicht gerechtfertigt sind. Allerdings ist es ein Beispiel dafür, dass das Thema immer wieder auf unserer Tagesordnung stehen muss.

Der Ausschuss wird auch bei der Verabschiedung dieses Berichtes nicht stehenbleiben. Wir werden die Arbeit des CPT auch weiter begleiten, und ich glaube, dass es gut ist, eine öffentliche Beteiligung des Ausschusses der Parlamentarischen Versammlung am CPT weiterhin im Blick zu halten und dafür zu sorgen, dass das unter vernünftigen Umständen geschieht.

Das ist unser Fazit. Noch einmal herzlichen Dank an den Berichterstatter. Ich schließe mich natürlich dem Wunsch und der Bitte an die heute Abend hier noch präsenten Kollegen an, in dieser Kernfrage des Europarates ihre breite Zustimmung zu gewähren – man sollte die noch Vorhandenen wirklich nicht dafür beschimpfen, dass sie noch da sind, sondern eher die anderen, dass sie nicht da sind.

Die Aufgabe, der wir uns heute hier gestellt haben, ist meines Erachtens sehr wichtig.

Dankeschön.

Wasser, eine Konfliktquelle (Dok. 12538)**Marina SCHUSTER, Deutschland, ALDE / ADLE**

Herr Präsident,

liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zunächst möchte ich im Namen der ALDE-group dem Berichterstatter sehr herzlich danken. Es ist sehr wichtig, dass wir uns heute mit den verschiedenen Facetten des Menschenrechts auf Wasser, aber auch Wasser als Konfliktquelle auseinandersetzen und eine sehr wichtige Resolution verabschieden.

Wie Herr Marquet angesprochen hat, haben derzeit weltweit fast 1 Milliarde Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, und 2,6 Milliarden Menschen verfügen über keinen Zugang zu ausreichend hygienischer Abwasserversorgung. Daraus resultieren Infektions- und Durchfallerkrankungen. Es sterben mehr Kinder an den Folgen von verunreinigtem Wasser als an Malaria oder AIDS. Alle 20 Sekunden stirbt daran ein Kind.

Wasser und der Zugang dazu hat aber noch eine andere Dimension: In einigen Konflikten wird Wassermangel politisch ausgenutzt und Wasser als Machtmittel eingesetzt. Zum Beispiel werden Staudämme gebaut oder Flüsse umgeleitet, um die Wasserzufuhr eines anderen Staates zu beeinflussen.

In Zukunft wird sich die Frage nach dem Zugang zu Wasser durch den Klimawandel, die Urbanisierung, die Zunahme von Wüsten und das Bevölkerungswachstum noch weiter verschärfen.

Das Recht auf den Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitäre Grundversorgung ist ein Menschenrecht, das bereits in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte aus dem Jahre 1948 in Artikel 25 angelegt ist. Es ist wichtig, dass die Vereinten Nationen dies auf eine deutsch-spanische Initiative hin noch einmal bestätigt haben, denn dieses Recht wird aus diesen fundamentalen Menschenrechten praktisch schon abgeleitet.

Ich begrüße auch sehr, dass die Vereinten Nationen den Zeitraum 2005 bis 2015 zur „Wasserdekade“ erklärt haben – „water for life“. Es ist meines Erachtens sehr wichtig, dass wir zu diesem Thema auch Veranstaltungen durchführen und Öffentlichkeit erreichen und auch die kritischen Fragen erörtern.

Auch freue ich mich, dass die bisherige unabhängige Expertin der Vereinten Nationen, Catarina de Albuquerque, nun den Status einer Sonderberichterstatterin erhält.

Wir dürfen nicht aufhören, für eine universelle Anerkennung des Menschenrechts auf sauberes Trinkwasser und sanitäre Grundversorgung zu werben und müssen uns auch mit den verschiedenen Aspekten beim Zugang zu Wasser auseinandersetzen - die Resolution hat hier sehr viele wichtige Punkte.

Es ist eine zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts, und ich wünsche mir und bitte um eine breite Zustimmung zu diesem Bericht.

Vielen Dank.

Doris BARNETT, Deutschland, SOC

Vielen Dank, Herr Präsident!

Vorweg eine Bemerkung: Wir haben hier einen wirklich bemerkenswerten Bericht mit umfassender Datenlage, der auch Grundlage für Diskussionen in unseren Ländern zuhause sein sollte.

Ohne Wasser kein Leben – somit ist Wasser das wichtigste Lebensmittel für uns. Aber es ist auch Grundlage für unseren Wohlstand: Mit der in unseren Breiten zur Verfügung stehenden Menge von Wasser können wir uns eine auskömmliche Landwirtschaft erlauben, die neben Obst, Gemüse und Getreide auch noch ausreichend Viehfutter für unseren zunehmenden Fleischbedarf liefert. Das Wasser in unseren Ländern, wenn auch nicht in allen Regionen, reicht auch aus für industrielle Bedürfnisse. Nur in manchen trockenen Wochen gibt es mal kurzfristige Probleme.

Wir achten darauf, möglichst wenig Pflanzenschutzmittel auszubringen, damit das Grundwasser nicht übermäßig belastet wird. Natürlich verfügen wir in unseren Ländern und den meisten Regionen über ein ordentliches Abwasser- und Klärwerkssystem.

In den meisten unserer Mitgliedsstaaten ist das UN-Grundrecht auf sauberes Wasser und Sanitärversorgung somit verwirklicht. Aber diese Selbstverständlichkeit ist auch bei uns kein Naturgesetz - Klimawandel, ein steigender Wasserverbrauch, massive Eingriffe des Menschen z. B. durch illegale Einleitung von ungeklärten Abwässern in Flüsse und Seen können uns schnell einen Strich durch die Rechnung machen.

Spätestens dann erkennen wir unsere Abhängigkeit. Aber wir können unsere Probleme lösen – gemeinsam. Deshalb stehen wir in der Verantwortung, den Ländern und Regionen zu helfen, die nicht wie wir mit großen Wasservorräten gesegnet sind, sondern sich Wasser teilen müssen mit Nachbarstaaten.

Vor geraumer Zeit wurde in den Industriestaaten darüber nachgedacht, mit Wasser als dem „blauen Gold“ zu spekulieren. Schon vor 10 Jahren konnte man im „Handelsblatt“ in Deutschland lesen: „Wasser wird für Anleger immer wichtiger (...) Experten gehen davon aus, dass im Jahre 2025 ein Drittel der Menschheit keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser mehr haben wird. Für Anleger lohnt sich daher der Blick auf Unternehmen, die ihr Geld mit Versorgung, Aufbereitung, Reinigung und Entsorgung von Wasser verdienen.“

Natürlich gilt diese Aussage nicht für die zu entwickelnden Gebiete in Afrika, Südamerika oder Asien, weil dort kaum Gewinne zu erzielen sind, aber kilometerlange Leitungen zu den einzelnen Dörfern zu verlegen wären. Das überlässt man gerne den Regierungen. Aber in unseren Metropolen, da ließe sich doch gutes Geld verdienen.

Überall gibt es Großkonzerne, die sich der Wasserversorgung annehmen. Diesen Konzernen müssen wir unsere Aufmerksamkeit schenken. Sie besitzen eine große Marktmacht und bestimmen den Preis in Bezug auf Wasser und Abwasser. Mir wäre es da wohler, wenn es wieder mehr kommunale Wasserversorgungsunternehmen gäbe und wir alle erkennen würden, dass Wasser eben kein Börsenobjekt sein darf. Die Entschließung nimmt dazu in Punkt 15 auch Stellung.

Zu Recht heißt es in der Entschließung, dass Wasser wegen seiner Vermarktbarkeit auch zu einem politischen Instrument geworden ist, ja sogar zu einer Waffe.

Wir besitzen jede Menge technischer Möglichkeiten, um für Versorgungssicherheit beim Wasser zu sorgen. Es sollte unsere Pflicht sein, diese Technologien mit den notleidenden Regionen zu teilen. Wasser darf nicht zum Luxusgut wie Gold werden. Weil Wasser lebensnotwendig ist, hat die UN den Zugang zum Wasser zum Grundrecht erklärt, und wir sollten erkennen, dass es tatsächlich ein Menschenrecht ist.

Danke.

VI. Mitgliedsländer des Europarates (47)

Albanien	Moldau
Andorra	Monaco
Armenien	Montenegro
Aserbajdschan	Niederlande
Belgien	Norwegen
Bosnien und Herzegowina	Österreich
Bulgarien	Polen
Dänemark	Portugal
Deutschland	Rumänien
ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	Russland
Estland	San Marino
Finnland	Schweden
Frankreich	Schweiz
Georgien	Serbien
Griechenland	Slowakische Republik
Irland	Slowenien
Island	Spanien
Italien	Tschechische Republik
Kroatien	Türkei
Lettland	Ukraine
Liechtenstein	Ungarn
Litauen	Vereinigtes Königreich
Luxemburg	Zypern
Malta	

Länder mit Sondergaststatus

- zur Mitwirkung in der Parlamentarischen Versammlung ohne Stimmrecht berechtigt

Der Sondergaststatus von Belarus wurde am 13. Januar 1997 ausgesetzt.

Beobachterstatus in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates: Israel, Kanada, Mexiko

Beobachterstatus beim Europarat: Heiliger Stuhl, USA, Japan

VII. Funktionsträger der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Präsident Mevlüt ÇAVUŞOĞLU (Türkei – AKP)
Vizepräsidenten 20, darunter Joachim Hörster (Deutschland – CDU/CSU / EPP/CD)
Generalsekretär Mateo Sorinas (Spanien)

Politischer Ausschuss

Vorsitzender Björn von Sydow (Schweden – SOC)
Stv. Vorsitzende Dariusz Lipiński (Polen – EPP/CD)
Konstantin Kosachev (Russland – EDG)
Michael Aastrup Jensen (Dänemark – ALDE)

Ausschuss für Recht und Menschenrechte

Vorsitzende Christos Pourgourides (Zypern – EPP/CD)
Stv. Vorsitzende Dmitry Vyatkin (EDG) (Russland – EDG)
Christoph Strässer (Deutschland – SOC)
Serhiy Holovaty (Ukraine – ALDE)

Ausschuss für Wirtschaft und Entwicklung

Vorsitzender Hermine Naghdalyan (Armenien – ALDE)
Stv. Vorsitzende Ertuğrul Kumcuoğlu (Türkei – EDG)
Konstantinos Vrettos (Griechenland – SOC)
Giuseppe Galati (Italien – EPP/CD)

Ausschuss für Sozialordnung, Gesundheit und Familie

Vorsitzende Liliane Maury Pasquier (Schweiz – SOC)
Stv. Vorsitzende Pernille Frahm (Dänemark – UEL)
Bernard Marquet (Monaco – ALDE)
Pieter Omtzigt (Niederlande – EPP/CD)

Ausschuss für Kultur, Wissenschaft und Bildung

Vorsitzende Gvozden Srećko Flego (Kroatien – SOC)
Stv. Vorsitzende Muriel Marland-Militello (Frankreich - EPP/CD)
Morgan Johansson (Schweden - SOC)
Elvira Kovács (Serbien – EPP/CD)

Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und kommunale und regionale Angelegenheiten

Vorsitzender Dimitrios Papadimoulis (Griechenland - UEL)
Stv. Vorsitzende John Prescott (Vereinigtes Königreich – SOC)
Elsa Papadimitriou (Griechenland – EPP/CD)
Ruhi Açıkgöz (Türkei – EDG)

Ausschuss für Wanderbewegungen, Flüchtlings- und Bevölkerungsfragen

Vorsitzende Christopher Chope (Vereinigtes Königreich – EDG)
Stv. Vorsitzende Giacomo Santini (Italien – EPP/CD)
Tadeusz Iwiński (Polen – SOC)
Andrej Zernovski (ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien – ALDE)

Ausschuss für Geschäftsordnung und Immunitäten

Vorsitzender Egidijus Vareikis (Litauen – EPP/CD)
Stv. Vorsitzende André Bugnon (Schweiz – ALDE)
Indrek Saar (Estland – SOC)

Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern

Vorsitzender José Mendes Bota (Portugal – PPE/DC)
Stv. Vorsitzende Gisèle Gautier (Frankreich – EPP/CD)
Mirjana Ferić-Vac (Kroatien – SOC)
Doris Stump (Schweiz – SOC)

Ausschuss für die Einhaltung der von den Mitgliedstaaten des Europarates eingegangenen Pflichten und Verpflichtungen (Monitoring-Ausschuss)

Vorsitzender Dick Marty (Schweiz – ADLE)
Stv. Vorsitzende Josette Durrieu (Frankreich - SOC)
Pedro Agramunt Font De Mora (Spanien – EPP/CD)
Karin S. Woldseth (Norwegen – EDG)

SOC Sozialistische Gruppe
EPP/CD Gruppe der Europäischen Volkspartei
EDG Gruppe der Europäischen Demokraten
ALDE Gruppe der Liberalen, Demokraten und Reformer
UEL Gruppe der Vereinigten Europäischen Linken